



Free21

Credible news mounted on paper

Magazin

Nr. 3, 10. Jg., Juni 2023

Im Netz: www.free21.org

ab Seite 4

Aufgetaucht...

...nach 41 Jahren aus einem Meer von Lügen – die Geschichte der „Unterwasser U-2“. Sie belegt, dass die schwedische U-Boot-Affäre kein Irrtum war, sondern Verrat höchster schwedischer Militärs an ihrem Ministerpräsidenten Olof Palme und seiner Regierung. Der erste Teil des Scoops wird weltweit zum ersten Mal in diesem Heft abgedruckt!



USAID: koloniale Ausbeutung



Die US-Behörde USAID dient kapitalistischen und imperialistischen US-Interessen, um Geld und Ressourcen des globalen Südens in die Taschen der US-Kapitalistenklasse zu lenken.

Von Amanda Yee

▶ SEITE 13

Weg zum Gesundheitsfaschismus



Wenn der neue internationale Gesundheitsvertrag akzeptiert wird, droht uns eine nicht gewählte Weltgesundheitsregierung zur Ausrafung von Ausnahmeständen.

Von Prof. Harald Walach

▶ SEITE 18

Ablösung der unipolaren Weltordnung



Die von den USA dominierte unipolare Weltordnung könnte durch eine multipolare Welt, die China und Russland anstreben, abgelöst werden.

Von General a. D. Harald Kujat

▶ SEITE 26



Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654 E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins: Bild 1: ©Shoofit.

Bild 2: DVIDSHUB, Flickr, CC BY 2.0

Bild 3: UN Photo / Jean-Marc Ferré, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Bild 4: White House Photographic Office, Wikimedia Commons, CCo

GEOPOLITIK

4 „Eine Unterwasser-U-2“: Teil 1

Wurde 1982 bei den Einsätzen gegen angeblich sowjetische U-Boote ein Mini-U-Boot mit US-Besatzung



schwer beschädigt? Prof. Ola Tunanders sensationelle Veröffentlichung erscheint weltweit zum ersten mal in Free21!

26 Ablösung der unipolaren Weltordnung?

Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, erläutert in einem Interview seine Sicht auf den Ukrainekrieg und die geopolitischen Kontinentalverschiebungen, die uns in nächster Zukunft beschäftigen werden.



32 Gewagtes Spiel auf dem westasiatischen Schachbrett

Der Altmeister der geopolitischen Analyse, Pepe Escobar, erläutert die neuen Spielzüge und den Stand der Dinge zwischen Syrien, den anderen arabischen Staaten und Russland. Die Lage ist geprägt vom Proxykrieg in der Ukraine, der russische Kräfte bindet.



GESCHICHTE & GESELLSCHAFT

13 USAID – Das humanitäre Gesicht kolonialer Ausbeutung

Nach außen ist die USAID eine Behörde für Entwicklungshilfe und eine Organisation, die Ländern der 3. Welt bei Katastrophen zur Seite steht. Hinter der freundlichen Fassade lauert eine Maschinerie, die vor allem den USA selbst Macht, Einfluss und Geschäfte beschert.

Von Amanda Yee



18 WHO bahnt den Weg zum Gesundheitsfaschismus ...

Prof. Harald Wallach erläutert die geplanten „Weltgesundheitsregeln“ der WHO. Im Windschatten des Ukrainekrieges werden jetzt Entscheidungen getroffen, die ein totalitäres Weltgesundheitsregime durch eine privat finanzierte Elitenorganisation einführen.

35 Wie NATO und EU Kinder gegen unerwünschte Gedanken imprägnieren

Mit „Prebunking“, einer Art psychologischer Impfung, und anderen Maßnahmen, will die EU-Kommission jetzt auch Kinder vor Fake-News und Desinformation schützen. Oder vor dem, was sie so bezeichnet. Johannes Mosmann erläutert den geistigen Sumpf, aus dem diese Pläne stammen.



WIRTSCHAFT & GELD

44 EU/EZB-Putsch durch digitalen Euro steht bevor

Die Einführung des digitalen Euro ist beschlossene Sache. Der Abschied vom Bargeld wird uns als Segen bringender Fortschritt verkauft, aber er ist vor allem Möglichkeit, Wohlverhalten zu erzwingen, denn die Kontrolle über das Geld hat nicht der Besitzer, sondern der Staat, warnt Prof. Sander Faes



KRIEG & FRIEDEN

47 Atomkriegsrisiko und Künstliche Intelligenz

Den Kalten Krieg haben wir ohne nuklearen Holocaust überlebt. Das war reine Glückssache, es stand mehrfach auf Messers Schneide. Die künstliche Intelligenz wird die Lage nicht verbessern, im Gegenteil. Die Katastrophe wartet darauf, zu geschehen. Wird KI der entscheidende Faktor? Von Leo Ensel



Regelbasierte Medien im regelbasierten Westen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Halten Sie es für möglich, dass Sie von Ihrer Regierung belogen werden? Blöde Frage, ich weiß. Die Antwort ist nicht schwierig. Aber in diesem Heft geht es in der Titelgeschichte um komplizierte Lügengebilde als gebrochene Wahlversprechen.

Nämlich um diese Fragen: Halten Sie es für möglich, dass Sie von den Streitkräften ihres Landes belogen werden? Dass die Streitkräfte auch die Regierung belügen, der sie eigentlich treu dienen sollten, in guten wie in schlechten Tagen, sozusagen, wie es alle Landesverfassungen in NATOstan fordern? Halten Sie es für möglich, dass sich die Streitkräfte ihres Landes mit der Regierung einer fremden Supermacht verschworen haben, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen? Weil die Streitkräfte den Eindruck haben, dass die fehlgeleitete Bevölkerung unverzeihlicherweise falsch gewählt hat und korrigiert werden muss? Halten Sie es für möglich, dass die Medien Ihres Landes im entscheidenden Moment nützliche Idioten sind, aus böser Absicht oder aus Dummheit im Dienst?

Nein, die Rede ist nicht von den USA unter Donald Trump, der von Putin am Nasenring durch die Manege geführt wird. Sondern von Schweden. Denn genau was oben beschrieben wurde, ist vor gut 40 Jahren in Schweden passiert. Nur: viele Schweden wissen nichts davon. Viele wollen es nicht wahr haben, wenn sie davon erfahren. Denn: Solche Verhältnisse gab und gibt es vielleicht in Diktaturen in Afrika, oder in Südamerika, glauben sie – aber in Schweden? In einem der zivilisiertesten Länder der Welt? Und dann ist das Ziel dieser Täuschungsoperation, Olof Palme, auch noch umgebracht worden? So etwas zu denken, ist viel verlangt. Zu viel. Insbesondere, wenn man gleichzeitig von regelbasierten Medien konstant auf Linie gehalten wird.

Ganz ähnlich ist es zur Zeit in Deutschland. Erinnern Sie sich noch, dass Pipelines beim Terroranschlag mit dem größten Sachschaden aller Zeiten in Europa gesprengt wurden? Es wird so wenig darüber geredet – und irgendwie hat auch keiner so richtig den Drang, die Sache aufzuklären. Apropos Schweden. Es hat doch den Tatort untersucht und Spuren gesichert? Dazu dürften auch mindestens zwei nicht explodierte Sprengsätze gehören, denn es gibt acht Pipelinestränge, aber nur sechs sind gesprengt worden. Warum erfahren wir nichts dazu? Warum agieren die Ermittlungsbehörden wie beim Mord an John F. Kennedy, bei dem immer wieder neue Theorien in Umlauf gebracht werden, als Nebelkerzen, wenn das Verbrechen in den Umrissen klarer wird?

Wer an die Theorie vom Einzeltäter und dem einzelnen magischen Geschoss glaubt, das vier mal die Richtung geändert hat, und dabei alle Wunden erzeugte, die Kennedy und Conally aufwies, der glaubt auch an 5 Männer und eine Frau in einem Segelboot, die eine Pipeline in die Luft gejagt haben, mit Sprengstoff, den sie in der Kombüse mit einem Küchenmesser zurechtgeschnitten haben, während sie vor Anker lagen, in 80 Meter tiefem Wasser, mit Hertieflossen und einem Heuler als Unterwasser-Kumpan.

Und diesen Menschen kommt auch nicht in den Sinn, dass eine „regelbasierte Ordnung“ als Freibrief für jede Art von Verbrechen genutzt werden kann. Beweis: auch die Mafia hat eine regelbasierte Ordnung, aber die ist genauso wenig mit dem Völkerrecht kompatibel, wie – (hier dürfen Sie selbst weiterdenken. Ganz ohne Unterstützung regelbasierter Medien.)

Dirk Pohlmann, Chefredakteur Free21



Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an translate@free21.org



Dieser Text wurde zuerst am 31.03.2023 auf [www.olatunander.substack.com](https://www.olatunander.substack.com/p/an-underwater-u-2-part-1) unter der URL <https://olatunander.substack.com/p/an-underwater-u-2-part-1> veröffentlicht. Lizenz: Ola Tunander, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



U-Boot-Jagd am Marinestützpunkt Muskö südlich von Stockholm am 5. Oktober 1982.

„Eine Unterwasser-U-2“: Teil 1

Über ein beschädigtes Mini-U-Boot 1982 in Schweden

Autor: Ola Tunander

ist Professor Emeritus am PRIO (Peace Research Institute Oslo – Institut für Friedensforschung) in Oslo. Von 1987-2016 arbeitete er als Forscher am PRIO und veröffentlichte 12 Bücher und eine Reihe von Artikeln zu den Themen: Sicherheitspolitik, Marinestrategie, U-Bootoperationen, Geopolitik, Dual state, Psychologische Operationen (PSYOP) und zur Geschichte des Kalten Krieges.



Die U-Boot-Zwischenfälle in den 1980er Jahren, insbesondere die Ereignisse in Hårsfjärden in der Nähe des Marinestützpunkts Muskö im Jahr 1982, waren von enormer Bedeutung für die schwedische Wahrnehmung einer Bedrohung aus Moskau. Schweden veränderte sich von einem Jahr zum anderen. Bis 1980 hatten 25-30% der Schweden die Sowjetunion als direkte Bedrohung oder als feindlich gegenüber Schweden wahrgenommen. Drei Jahre später, 1983, war diese Zahl auf 83% gestiegen. Schweden war ein anderes Land geworden. Die gesamte öffentliche Meinung hatte sich geändert. Die russische Bedrohung beherrschte Schweden. Die sozialdemokratische Partei Schwedens, die nun an der Regierung war, musste in die Defensive gehen.

In diesem Artikel soll ein konkreter Vorfall untersucht werden: Was geschah als das schwedische Schnellboot *Väktaren* am 5. Oktober 1982 um 14:40 Uhr eine Unterwasserbombe abwarf. Es gibt

keine definitiven Beweise, aber zahlreiche Quellen behaupten, dass in diesem Moment ein kleines Unterwasserfahrzeug versenkt oder schwer beschädigt wurde. In diese Richtung deuten die Aussagen von schwedischen und amerikanischen Entscheidungsträgern, sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich. Ein ehemaliger stellvertretender CIA-Direktor für Nachrichtendienste und ein ehemaliger US-Marineminister sprachen bei diesem Vorfall von einer „Unterwasser-U-2“. Was bedeutet, dass dieses Ereignis die gleiche Bedeutung gehabt haben könnte wie der Abschuss des amerikanischen U-2-Flugzeugs über der Sowjetunion im Mai 1960. Aber über den schwedischen Vorfall wurde nichts bekannt.

Viele der Quellen zu diesem Artikel sind nicht im Internet zu finden. Und viele von ihnen beziehen sich auf Dokumente in schwedischen Archiven und Archiven anderer Länder sowie auf Bücher und Interviews, die nicht im Internet zu finden

sind. Um die Suche nach Originalquellen zu erleichtern, verweise ich auf eine frühere norwegische Version dieses Artikels („40 år siden U-2-episoden under vann“), die reguläre Fußnoten enthält und 2022 veröffentlicht wurde [1]. Ich werde diese Quellen zu jedem Kapitel angeben.

In Teil I dieses Artikels beginne ich mit einem *ersten* Abschnitt, der den U-2-Zwischenfall von 1960 aufgreift und die Bedeutung dieses Ereignisses beschreibt. Im *zweiten* Abschnitt werden einige Aussagen hoher Beamter über ein beschädigtes oder gesunkenes Mini-U-Boot vorgestellt. Im *dritten* Abschnitt werden schwedische Dokumente über eben diesen Vorfall im Jahr 1982 besprochen [2]: das Kriegstagebuch des Marinestützpunkts, das Tagebuch des Verteidigungsministers und der Bericht des späteren Marinechefs Dick Börjesson über die Spuren auf dem Meeresboden. Ich habe Interviews mit mehreren Personen auf militärischer und ziviler Seite geführt und aufgenommen, die direkt an dem Vorfall beteiligt waren, und zwar nicht nur mit Schweden, sondern auch mit Amerikanern und Norwegern. Im *vierten* Abschnitt präsentiere ich Informationen aus einer Reihe von Gesprächen mit Offizieren und Zivilisten des US-Geheimdienstes und der US-Marine, aber auch Interviews mit Schlüsselfiguren, die Dirk Pohlmann für das ZDF und den deutsch-französischen Sender ARTE geführt hat [3].

In Teil II fahre ich mit einem *fünften* Abschnitt fort, in dem ich mögliche Szenarien für Schiffe diskutiere, die an der Operation teilgenommen haben könnten. Ich erörtere britische und westdeutsche U-Boote sowie italienische Mini-U-Boote unter amerikanischem oder britischem Kommando. Dieser Abschnitt basiert zum Teil auf amerikanischer Literatur, zum Teil auf Gesprächen mit zentralen Personen aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland, Norwegen und Schweden. Nicht zuletzt mit Robert Bathurst, dem ehemaligen Leiter des US-Marinegeheimdienstes, mit dem ich zehn Jahre lang zusammengearbeitet habe. Der *sechste* Abschnitt stützt sich auf Dokumente aus Schwedens offiziellem Bericht zur Geschichte des Kalten Krieges 1969-89 (2002), vom damaligen Chef der Marine und vom ehemaligen Leiter des Nach-

richtendienstes, die für Premierminister Ingvar Carlsson geschrieben wurden, aber auch auf Bücher von Ingvar Carlsson selbst und seines Verteidigungsministers Thage G. Peterson.

In Teil III fahre ich mit einem *siebten* Abschnitt fort, der Einzelheiten über das schwedische System enthält, die auf Gesprächen mit Fachleuten des US-Marinegeheimdienstes wie Robert Bathurst und seinem Kollegen Bobby Inman beruhen. Während Bathurst Mitte der 1960er Jahre stellvertretender US-Attaché in Moskau war, war Inman stellvertretender US-Attaché in Stockholm. Inman war dann Direktor des Marinenachrichtendienstes, stellvertretender Direktor der Defense Intelligence Agency (DIA), Direktor der National Security Agency (NSA) und stellvertretender Direktor der Central Intelligence (DDCI). Außerdem war er der engste Berater von Präsident George H.W. Bush in Sachen Geheimdienst. Das Kapitel stützt sich zum Teil auf Informationen eines ehemaligen Vorsitzenden der Joint Chief of Staff (Generalstabchefs) und auf Informationen von Offizieren des Marinenachrichtendienstes. Ein *achter* Abschnitt enthält Informationen von Schlüsselfiguren der CIA und von Admiral James „Ace“ Lyons, der von 1981 bis 1983 Befehlshaber der Zweiten US-Flotte und von 1983 bis 1985 stellvertretender Chef der Marineoperationen war. Er wurde direkt vom Direktor der Central Intelligence Agency William Casey kontaktiert und sagte: „Es waren meine Mitarbeiter“, die das getan haben. Auf dieses Kapitel folgt eine Diskussion über die Quellen.

1. Ein U-2 Flugzeug über der Sowjetunion (1960) [4]

Der Abschuss des U-2-Flugzeugs am 1. Mai 1960 war möglicherweise das größte Ereignis dieses Jahres. Es war eine Katastrophe für die Vereinigten Staaten. Ein U-2-Aufklärungsflugzeug der CIA wurde über der zentralen Sowjetunion in der Nähe des Uralgebirges bei Swerdlowsk, dem heutigen Jekaterinburg (2500 km nördlich der Türkei), abgeschossen. Das Flugzeug, das aus Peshawar in Pakistan kam, war auf dem Weg nach Bodø in

Norwegen. Es flog sehr hoch und machte extrem gute Fotos. Es sollte einen großen Teil der Sowjetunion abdecken und viele Militäreinrichtungen fotografieren. Das Flugzeug flog zu hoch, als dass die Russen es hätten angreifen können, aber nun wurde es abgeschossen. Die Explosion einer Rakete ereignete sich direkt hinter dem Flugzeug, als ob der Abschuss ein Unfall gewesen wäre. Der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow protestierte scharf. Die Vereinigten Staaten, die zunächst keine Ahnung hatten, was die Russen wussten, folgten sofort ihrer stets im Voraus geplanten Tarngeschichte. Die USA behaupteten, das Flugzeug sei aus Adana in der Türkei gekommen. Es sei in Schwierigkeiten geraten und nördlich der Türkei verschwunden. Das Flugzeug war angeblich mit der Untersuchung von Luftbewegungen beauftragt. Der Pilot habe die Sauerstoffversorgung verloren und gemeldet, dass er in Adana nicht landen könne. Es wurde vermutet, dass er in Ohnmacht gefallen sein könnte. CIA-Chef Allen Dulles, der Director of Central Intelligence (DCI), hatte Präsident Dwight Eisenhower „kategorisch vollständige“ Garantien gegeben, dass der Pilot einen Absturz nicht überleben würde und dass die Russen das Flugzeug in dieser Höhe nicht abschießen könnten. Die Vereinigten Staaten behaupteten, dass sie sowjetisches Hoheitsgebiet nicht absichtlich verletzt hätten (Bamford, 2002; Brugioni, 2010; Burrows, 2001).

Es stellte sich jedoch heraus, dass es den Sowjets gelungen war, das U-2-Flugzeug abzuschießen, und dass der Pilot Gary Powers überlebt hatte und von den Russen gefangen genommen worden war. Die Sowjets waren in der Lage gewesen, den Film zu entwickeln, und sie sagten, dass die Bilder extrem gut waren. Es seien Bilder von wichtigen militärischen Einrichtungen gemacht worden. Nun mussten die Amerikaner zugeben, dass es sich um Spionage über der zentralen Sowjetunion handelte. Es war das größte diplomatische Desaster für die Vereinigten Staaten in diesem Jahr. Chruschtschow konnte sich über alle amerikanischen Lügen lustig machen. Die Amerikaner hatten nicht nur die Medien, sondern auch die Vereinten Nationen belogen.

Eisenhower wollte CIA-Direktor Allen Dulles entlassen, aber er konnte es nicht.

Es würde seiner eigenen Regierung den Eindruck vermitteln, dass er selbst nicht informiert war – obwohl viele wussten, dass er es war –, und es würde den Russen den Eindruck vermitteln, dass er selbst keine Kontrolle über die CIA oder seine eigene Verwaltung hätte. Eisenhower schrieb, dass Chruschtschow dann in der Lage sein könnte, seine eigenen Argumente außer Acht zu lassen. Chruschtschow könnte sagen, dass es egal sei, welche Versprechungen Eisenhower mache, da er ohnehin nicht die Verantwortung trage.

Das gleiche Problem stellte sich in Norwegen nach dem U-2-Vorfall. Obwohl viele in Bodø und im norwegischen Geheimdienst vom U-2-Flugzeug wussten, war unklar, was Premierminister Einar Gerhardsen und sein Außenminister Halvard Lange wussten. Gerhardsen sagte, man habe ihn über alliierte Aufklärungsflugzeuge informiert, die für kurze Besuche auf dem Flughafen Bodø gelandet waren [5], aber er wusste nichts von der Landung der U-2. Lange sagte dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko, dass auch er nicht informiert worden sei. „Umso schlimmer“, antwortete Gromyko laut Langes engem Berater Einar Ansteensen. Das heißt, wenn der Ministerpräsident und der Außenminister nichts wussten, konnten die Amerikaner auf norwegischem Territorium machen, was sie wollten. Die Regierung hatte keine Kontrolle über ihre eigenen Streitkräfte. Wie konnten die Russen den Worten des Ministerpräsidenten vertrauen, wenn er nicht wusste, was seine eigenen Mitarbeiter taten?

Vladimir Cheremnykh, ein sowjetischer Generalleutnant, den wir 1994 an das Friedensforschungsinstitut Oslo (PRIO) einluden, war am Abschuss des U-2-Flugzeugs beteiligt. Das war wichtig für seine Karriere. In den Jahren 1976-86 war er als erster stellvertretender Stabschef des Leningrader Militärbezirks für die militärische Planung in Nordeuropa zuständig – ausgenommen 1980-81, als er Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Afghanis-

tan war. Der U-2-Vorfall war einer der größten Geheimdienstskandale des Kalten Krieges. Es gab jedoch einen offenbar ebenso schwerwiegenden Vorfall in Schweden – auf dem Marinestützpunkt Muskö im Jahr 1982. Und von Cheremnykh erfuhr ich, dass dieser Vorfall, „ein gesunkenes Mini-U-Boot“, nicht sowjetischen Ursprungs war.

2. Erklärungen hoher Beamter über ein beschädigtes Mini-U-Boot [6]

Im Juni 1993 veranstaltete PRIO in Rjukan eine Konferenz über Atomwaffen und internationale Politik [7]. Ich unterhielt mich lange mit James Schlesinger, dem CIA-Direktor und Verteidigungsminister von Präsident Richard Nixon (1973-76). Ich aß mit ihm zu Mittag, und während unserer Autofahrt zurück nach Oslo bestätigte er, dass auf dem Marinestützpunkt Muskö ein westliches U-Boot unter US-Kommando beschädigt worden war. Aber er könne sich „nicht an die Einzelheiten erinnern“, sagte er. Mehr wollte er nicht sagen. Eine Person, die aufgrund ihrer Position ein Gespräch zwischen zwei englischsprachigen Botschaftern mitgehört hatte, konnte die gleiche Geschichte erzählen. Und 1999 erzählte mir Einar Ansteensen [8], während eines Gesprächs, das ich mit ihm im Dezember 1999 im Haus von Bernt Bull, dem Berater des ehemaligen norwegischen Außenministers Knut Frydenlund, führte, fast die gleiche Geschichte. Ansteensen war nicht nur Langes (Halvard Manthey Lange, norwegischer Außenminister von 1946-1965, Anm. d. Red.) engster Berater, sondern leitete auch 15 Jahre lang die politische Abteilung und den politischen Planungsstab im norwegischen Außenministerium. Er war ein Mentor der Außenminister Knut Frydenlund und Thorvald Stoltenberg gewesen. Ansteensen hatte während der U-Boot-Jagd 1982 mit dem US-Marineattaché in Stockholm zu Abend gegessen und erfahren, dass die Schweden versehentlich ein kleines U-Boot unter US-Kommando versenkt oder schwer beschädigt hatten. „Das war eine traurige Geschichte“, sagte er. Er habe nur

den norwegischen Verteidigungsminister Sven Hauge darüber informiert, nicht aber Hauges schwedischen Amtskollegen General Lennart Ljung und auch nicht Premierminister Olof Palme, den er gut kannte. Mehr wollte er nicht sagen. Die Angelegenheit war offensichtlich sehr heikel.

Als ich als ziviler Experte an der offiziellen schwedischen U-Boot-Untersuchung 2000-2001 [9] teilnahm (an der dritten offiziellen U-Boot Untersuchung, Anm. d. Red.), erzählte ich Botschafter Rolf Ekéus, dem Leiter der Untersuchung, was Ansteensen gesagt hatte. Ekéus kannte Ansteensen, und was er wusste, war offensichtlich wichtig.

Die Untersuchung war ins Leben gerufen worden, nachdem der Verteidigungsminister von Präsident Ronald Reagan, Caspar Weinberger [10] (1981-87), in einem langen Interview im schwedischen Fernsehen (SVT) im März 2000 [11] gesagt hatte, dass die Vereinigten Staaten regelmäßig und häufig westliche U-Boote in schwedischen Gewässern eingesetzt hätten, um „die schwedische Bereitschaft zu testen“.

Einen Monat später hatte der britische Marineminister Keith Speed in einem anderen SVT-Interview dasselbe gesagt [12]. Er erzählte von „Penetrationstauchübungen. Können U-Boote tatsächlich in den Stockholmer Hafen eindringen und dort fast auftauchen? Nicht ganz, aber ähnliche Dinge. Wie weit könnten wir kommen, ohne dass Sie es bemerken.“ (Penetrationstauchübung = Eine Übung, um zu testen wie weit man unbemerkt in fremde Hoheitsgewässer vordringen kann, Anm. d. Red.) Sowohl Weinberger als auch Speed sagten, dass diese Operationen nach „Konsultationen zwischen beiden Seestreitkräften“ eingeleitet wurden. Im Falle Großbritanniens waren es der britische Chef des Verteidigungsstabs oder der Flaggoftizier (entspricht einem Admiralsrang, Anm. d. Red.) der U-Boote, die sich mit ihrem schwedischen Amtskollegen berieten. Wir haben Grund zu der Annahme, dass es sich bei dem Mini-U-Boot in Muskö 1982 nicht um ein sowjetisches U-Boot handelte, sondern



US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger überreicht Präsident Ronald Reagan das erste Exemplar der populären Publikation des Verteidigungsministeriums, „Soviet Military Power“ 1983. Das Verteidigungsministerium war in der Lage, die Sowjetunion als aggressive Macht darzustellen. Und der Einsatz westlicher U-Boote, die als sowjetische U-Boote bezeichnet wurden, veränderte die Wahrnehmung der sowjetischen Bedrohung nicht nur in Schweden, sondern in ganz Europa grundlegend. (Foto: Wikimedia Commons / public domain)

um ein U-Boot, das für solche Tests verwendet wurde, über die Weinberger und Speed gesprochen hatten.

Jedes Jahr berichteten die Direktoren des U.S. Marinegeheimdienstes, John Butts (1982-85), William Studeman (1985-88) und Thomas Brooks (1988-91), vor dem Armed Services Committee des Repräsentantenhauses über die sowjetischen Marineaktivitäten und die Bedrohung der westlichen Länder, aber sie sprachen nie über sowjetische Vorstöße in schwedische Gewässer. Diese Vorstöße gab es nicht. Hätten sie Vertrauen in die schwedischen Berichte gehabt, hätten sie dies gesagt. Im März 1984 befragte das Armed Services Committee Konteradmiral Butts, den Direktor des Marinegeheimdienstes, zusammen mit John Lehman, Weinbergers Marineminister, zu den U-Booten in Schweden 1982-83. Butts sagte, dass das U-Boot, das 1981 bei Karlskrona auf Grund lief, ein „echtes“ sowjetisches U-Boot war [13], aber der Absatz über die U-Boote in Muskö 1982 ist immer noch geheim. Das bedeutet, dass diese U-Boote keine echten sowjetischen U-Boote waren. Es gab keinen Grund, diese Informationen geheim zu halten, und es war noch immer nicht möglich, sie freizugeben. Kurz nach die-

sem Treffen ließen hochrangige Offiziere jedoch etwas durchsickern. Sie erzählten „World News Tonight“ des Senders ABC (21. März 1984), dass die US-Marine U-Boote auch in den Gewässern befreundeter Länder eingesetzt hatte, während sie Hydrophone einsetzten und „die Fähigkeit eines Landes, Eindringlinge aufzuspüren“, prüften [14]. Die schwedische Kritik an den Vereinigten Staaten hatte Schweden offenbar zur Zielscheibe solcher Operationen gemacht. Ansteensen sagte, die Amerikaner hätten U-Boote in schwedischen Gewässern eingesetzt, aber nur bis zu einem bestimmten Breitengrad, um die Finnen nicht zu stören. Der schwedische Diplomat Rolf Ekéus (2000 zum Sonderbeauftragten der schwedischen Regierung ernannt, um die schwedische Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges und das Eindringen ausländischer U-Boote in schwedische Gewässer zu analysieren. Anm. d. Red.) und ich vereinbarten, dass ich mit Ansteensen sprechen sollte, sobald ich wieder in Oslo war, aber als ich dort ankam, war er gerade verstorben. Bei der Gedenkfeier nach der Beerdigung (17. April 2001) saß ich neben dem norwegischen Botschafter Arne Arnesen. Als ich ihm von der Untersuchung und den Äußerungen An-

steensens erzählte, sagte Arnesen vorsichtig: „Sind die Schweden reif genug für so etwas?“ Es war offensichtlich ein heikles Thema. Ich unterhielt mich auch regelmäßig mit dem damaligen Ministerpräsidenten Kåre Willoch, der sagte, er könne weder bestätigen noch dementieren, was Ansteensen gesagt habe, aber er fügte auch hinzu: „Man kann darauf vertrauen, dass das, was Ansteensen gesagt hat, richtig ist.“

3. Ein Unterwasser-U-2-Einsatz in den Stockholmer Schären (1982) [15]

Ich hatte einen besonderen Grund, mich für dieses Ereignis zu interessieren. 1985 hatte ich Kontakt zu einem schwedischen Taucher, der erzählte, dass er 1982 bei der U-Boot-Jagd in Muskö zu einem beschädigten Mini- oder besser gesagt einem Mini-U-Boot getaucht war und ein Kabel daran befestigt hatte. Sie hatten zunächst einen kleinen „schwarzen Hügel“ (später als „Walfischrückens“ bezeichnet) an der Oberfläche gesehen. Er wurde einige Minuten lang bis um ca. 14:15 Uhr beobachtet (laut dem Kriegstagebuch der Marinebasis) [16]. Ein Hubschrauber nahm

Kontakt mit ihm auf. Ein schwedisches *Väktaren*-Schnellboot warf eine Unterwasserbombe auf das Schiff. Diese habe das Mini-U-Boot zufällig getroffen und versenkt, sagte der Taucher. Ein Mini-U-Boot wurde möglicherweise „einmal durch eine Unterwasserbombe beschädigt“, schrieb die U-Boot-Verteidigungskommission 1983 in ihrem Bericht. Dem Kriegstagebuch der Marinebasis zufolge hat nur einmal ein schnelles Angriffsboot eine einzige Unterwasserbombe abgeworfen: *Väktaren* um 14:40 Uhr am 5. Oktober. Die Zielinformation erhielt es von Hubschrauber 71. Der Zeitpunkt des „beschädigten Mini-U-Boots“ wurde bei der U-Boot-Untersuchung 2001 von Mauritz Carlsson, dem Geheimdienstchef des Marinestützpunktes 1982, bestätigt.

Per Rudberg, Chef der Marine (1978-84), sagte 1983, dass ein Mini-U-Boot beschädigt worden sei. Um 14:42 Uhr, zwei Minuten nach der Detonation, meldete der Hubschrauber Y71 etwas auf der Oberfläche. Um 14.50 Uhr kehrt Y71 zur Ba-

sis zurück. Nach Angaben eines Militärarztes des Marinestützpunktes kam die Hubschrauberabteilung mit einem amerikanischen Taucher, der einen freien Aufstieg machen musste. Er überlebte.

Sie nannten ihn „Ohio“. Sie fragten ihn, woher er komme, aber er sagte nichts. Er zeigte nur geradeaus nach unten. Nach einer Stunde traf ein Wagen der US-Botschaft ein und kümmerte sich um den Taucher. Es war so etwas wie eine „Unterwasser-U-2“. Wie schon 1960 hatte der Pilot überlebt und war versorgt worden. Ich habe ein paar Mal mit dem Militärarzt gesprochen. Er hatte mich 2001 nach meinem Buch *Hårsfjärden* kontaktiert. Er starb kurz darauf.

Um 15:44 Uhr wird der gesamte Verkehr im Gebiet Hårsfjärden eingestellt. Um 16:10 Uhr wird das U-Boot-Bergungsschiff *Belos* aus Karlskrona (400 km entfernt) angefordert. Um 17.40 Uhr wird dem Marinestützpunkt das unbemannte Unterwasserfahrzeug *Sjöugglan* (zur Aufnahme von Fotos unter Was-

ser) zur Verfügung gestellt. Um 18.10 Uhr wird das Schiff *Urd* (zur Bergung der Torpedos) an den Ort der Detonation beordert. Alle Berichte über *Urd* sind immer noch geheim. Der Hubschrauber Y69 patrouilliert östlich der Detonation zwei Stunden lang am Strand von Märsgarn, als hätte man Angst, dass etwas oder jemand an Land gespült werden könnte. Im Kriegstagebuch heißt es: „23.17 Uhr: alle Taucher sind zurückgekehrt“. Alle Marineschiffe in der Gegend wurden angewiesen, ihre Motoren abzustellen. Es war die ganze Nacht über so still, als ob man um jemanden getrauert hätte. Am nächsten Tag begab sich Vizeadmiral Rudberg in die Hubschrauberabteilung, um mit dem Personal zu sprechen. Es war etwas Ernstes passiert.

Der Stabschef von Muskö, Lars-Erik Hoff, konnte mir nicht sagen, was passiert war. Aber er erzählte mir, dass Christina Jutterström, die Chefredakteurin von *Dagens Nyheter*, ihn angerufen hatte und sagte, sie habe absolut sichere Informationen, dass ein kleines U-Boot beschädigt worden sei. Sie wollte den Fall bestätigt haben. Der Kapitän des Bergungsschiffs *Belos*, Björn Mohlin, sagte, sie habe ihn ebenfalls angerufen, aber *Belos* sei einen Tag später in Muskö angekommen. Er wisse nichts, sagte er. Als ich mit Jutterström sprach, wollte sie ihre Quelle nicht preisgeben. Sie habe die „Pflicht“, „zu schweigen“, schrieb sie. Der Presseoffizier der Marine, Sven Calle Carlsson, teilte später mit, dass der Chef des Verteidigungsstabes, Vizeadmiral Bror Stefenson, zur Marineschule Berga auf dem Hårsfjärden geflogen sei, um um 18 Uhr eine erste Pressekonferenz für die weltweiten Massenmedien abzuhalten. Alle großen internationalen Fernsehsender und bis zu 500 Journalisten waren an diesem Tag anwesend. Carlsson informierte Stefenson und den Kommandanten von Berga, Commodore Christer Söderhjelm von der Marineakademie. Das war vielleicht eine Stunde vor der Pressekonferenz, vielleicht auch zwei Stunden, nachdem das Mini-U-Boot beschädigt oder versenkt worden war. Es war sehr geheim. Carlsson wurde nicht informiert. Nach der Unterrichtung von Carlsson sagte Stefenson, er wolle stattdessen etwas anderes zur



Die schwedische Zeitung *Dagens Nyheter* beschreibt die U-Boot-Jagd im Oktober 1982 auf dramatische Weise. Die Schlagzeilen: „Die Jagd nach dem U-Boot“ und „Das U-Boot versucht zu entkommen“. (Foto: Ola Tunander / <https://olatanander.substack.com/p/an-underwater-u-2-part-i>)

Sprache bringen. Carlsson war erstaunt: Was sollte das sein? sagte er. Söderhjelm sagte: „Ich denke, der Admiral sollte auf Sven Calle [Carlsson] hören.“ Aber als Stefenson seine Pressekonferenz abhielt, konnte er nichts darüber sagen, was genau vorgefallen war. Er fing an, über sich selbst zu sprechen. Er hatte dem Briefing von Sven Calle Carlsson nicht zugehört. Er hatte sich keine Notizen gemacht. Jemand muss ihm kurz vor der Pressekonferenz strikte Anweisungen gegeben haben, nicht das zu sagen, was er sagen wollte. Sven Calle Carlsson übernahm die Pressekonferenz vom Admiral. Stefenson hat vielleicht erst später erfahren, welche Nationalität das Mini-U-Boot hatte. Der Chef der Stockholmer Küstenverteidigungskräfte, Brigadegeneral Lars Hansson, sagte am nächsten Tag in einem Interview mit dem *Aftonbladet*, dass es sich um ein sowjetisches U-Boot oder vielleicht „ein NATO-U-Boot, das uns testen wollte“, gehandelt haben könnte. Stefenson bat Hansson, in sein Büro zu kommen: „Es gibt Gerüchte über ein NATO-U-Boot. Das sind Gerüchte, die wir sofort und energisch dementieren müssen“, sagte er.

Der Hauptbericht der Marine über Spuren und Objekte auf dem Meeresboden nach der U-Boot-Jagd von 1982 ist inzwischen weitgehend freigegeben (viele Anhänge sind noch geheim). Taucher hatten Spuren auf dem Grund gefunden. Es sah so aus, als ob ein Raupenfahrzeug vor Näsudden, wo das *Viktaren*-Schnellboot eine Unterwasserbombe gezündet hatte, aber auch bei Mälsten auf Grund gegangen war. In einem kurzen Absatz (12 Zeilen) des Berichts ist von zwei Wracks auf dem Meeresboden die Rede, doch ist dieser Absatz jetzt, nach 40 Jahren, immer noch geheim (Sonarbilder dieser beiden Wracks sind in Anhängen zu finden, die teilweise immer noch geheim sind). Ich habe mich an ein höheres Gericht gewandt, um die Freigabe dieser Zeilen und einiger Anhänge zu erwirken, aber das war nicht möglich. Ein Wrack war 16 Meter lang, das andere weniger als 10 Meter. Die Tatsache, dass die Marine an diesen Wracks tauchte, wurde 2001 freigegeben, aber 2008 erneut als geheim eingestuft. Warum? Neben dem Originaldokument, das vom späteren Chef der Marine, Vize-

admiral Dick Börjesson, verfasst wurde, gab es zwei Kopien. Der Bericht und eine Kopie wurden Vizeadmiral Per Rudberg, dem Chef der Marine, übergeben, während die andere Kopie an Konteradmiral Christer Kierkegaard ging, den Chef der Marinebasis. Man muss sich fragen, warum diese Informationen immer noch geheim gehalten werden. Dies waren auch die beiden schwedischen Admirale, die US-Verteidigungsminister Weinberger während seines fünftägigen Besuchs in Schweden, fast genau ein Jahr zuvor, unterrichtet und begleitet hatten.

1984-85 sprach ich mit einem Offizier, der den Taucher kannte, der ein Kabel an dem kleinen U-Boot befestigt hatte. Es war schwierig, ein gemeinsames Treffen zu vereinbaren, also rief ich den Taucher an einem Sonntagabend an. Er wohnte südlich von Stockholm. Er erklärte sich bereit, mich am Dienstagmorgen, also weniger als zwei Tage später, zu treffen. Er hatte einen Tag frei und wollte Wäsche waschen. Ich erhielt seine Adresse und seinen Türcode. Ich gab ihm meine Telefonnummer, falls etwas passieren würde. Am nächsten Tag rief er an und sagte, ein Treffen sei unmöglich. Er war in eine Stadt in Nordschweden mehrere hundert Kilometer entfernt versetzt worden. Nach einer Woche rief ich ihn im Norden an. Er sagte dann, dass er nicht darüber sprechen könne. Er hatte seine Wohnung und seine Freundin in Stockholm mit einer Frist von einem Tag verlassen. Er kam nie wieder zurück. Als ich 2001, also 15 Jahre später, als ziviler Experte an der U-Boot-Untersuchung teilnahm, rief ich ihn von unserem Büro im Verteidigungsministerium in Nordschweden an. Er sagte dann, er hätte meinen Anruf erwartet (nachdem er 15 Jahre lang nicht mit mir gesprochen hatte). Jemand, der wusste, dass ich bei der Untersuchung dabei war, hatte ihn gewarnt. Er sagte, er sei zu der Zeit nicht in Muskö, sondern in Karlskrona gewesen. Andere sagten, er sei in Muskö gewesen. Es war klar, dass er nichts mehr sagen wollte.

Man könnte sich fragen: Wie glaubwürdig sind solche Quellen? Warum sollten wir einem Taucher, einem Arzt oder einem Offizier glauben, der Behauptungen aufstellt, die nicht mit der offiziellen Version vereinbar sind?

Aber diese Quellen waren nicht die einzigen, die von einem beschädigten Mini-U-Boot sprachen. Per Rudberg, Chef der Marine, tat es auch. Die Dokumente deuten in dieselbe Richtung.

Es war etwas Ernstes passiert. Die schwedische Marine musste etwas Konkretes vorweisen. Man behauptete, dass die U-Boote aus der Sowjetunion stammten, aber die Marine musste Beweise vorlegen. Wenn es ein gesunkenes sowjetisches Mini-U-Boot gegeben hätte, hätte man es bergen und der Welt zeigen können. Ein gesunkenes sowjetisches Mini-U-Boot ergibt keinen Sinn. Als Einar Ansteensen 1999 sagte, das havarierte U-Boot habe unter amerikanischem Kommando gestanden, und als andere sagten, man habe einen Taucher der US-Marine aufgesammelt, wurde alles viel leichter verständlich. Jetzt war es möglich zu verstehen, warum die Marine nichts über den Vorfall sagen konnte. Als US-Verteidigungsminister Weinberger und der britische Marineminister Keith Speed im Jahr 2000 erklärten, dass die USA und die Briten regelmäßig und häufig U-Boote in schwedischen Gewässern eingesetzt haben, war dies eine Bestätigung dessen, was einige von uns bereits wussten. Aber wer war daran beteiligt?

4. Ein streng geheimes „Unterwasser-U-2“ [17]

Im April 2002 präsentierte ich mein frühes englisches Manuskript über westliche U-Boot-Operationen in schwedischen Gewässern der internationalen Historikergemeinschaft des norwegischen Nobel-Instituts. Das Manuskript wurde zu einem Buch über „US and British submarine deception in the 1980s“ [18] weiterentwickelt. Im Nobel-Institut legte ich viele Informationen vor, die alle auf westliche Aktivitäten hindeuteten, und einer der Historiker war an diesem Thema mehr interessiert als die anderen: Benjamin Fischer. Er hatte bis zu 30 Jahre lang für die CIA gearbeitet. Später hatte er die Position des CIA-Chefhistorikers inne. Im Juni 2002 veranstaltete das Nobel-Institut in Lysebu (Oslo) ein Symposium über den Kal-

ten Krieg in den 1980er Jahren mit Historikern aus mehreren Ländern [19], von denen einige einen Hintergrund bei den Geheimdiensten hatten, wie Generalleutnant William Odom von der NSA und Douglas MacEachin von der CIA. Ich unterhielt mich viel mit Odom, dem Militärberater von Zbigniew Brzezinski, des nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Jimmy Carter (1977-81). Außerdem war er Chef des Nachrichtendienstes der Armee (1981-85), Direktor der National Security Agency (NSA, 1985-88) und dann Direktor für nationale Sicherheitsstudien am Hudson Institute. Ich traf ihn auch auf späteren Konferenzen und in Washington am Hudson Institute. Ich erzählte ihm, was Caspar Weinberger im Jahr 2000 über die U-Boote der USA gesagt hatte, die regelmäßig in schwedischen Gewässern operierten, um die schwedische Küstenverteidigung zu testen, aber Bill Odom sagte nur kurz: „Ich werde nicht über geheime Informationen sprechen“. Es war offensichtlich, dass das, was Weinberger über die westlichen U-Boote, die an der schwedischen Küste operierten, gesagt hatte, immer noch sehr, sehr geheim war. Ein sehr sensibles Thema. Weinbergers stellvertretender Unter-Staatssekretär Dov Zakheim sagte am Tag nach dem Interview zu *Dagens Nyheter*: „Wenn Weinberger das sagen wollte, ist das seine Sache“. Aber er sagte einem Freund von mir, dass weder Weinberger, noch sein Nachfolger Frank Carlucci, noch sonst-



Der ehemalige stellvertretende CIA-Direktor für Nachrichtendienste (DDI), Douglas MacEachin (Leiter der CIA-Sowjetanalyse 1984-89), sprach 2011 in der Reagan-Bibliothek zusammen mit dem ehemaligen stellvertretenden Direktor für zentrale Nachrichtendienste, Admiral Bobby Ray Inman, zum Thema „Intelligence Used to End the Cold War“. (Screenshot C-SPAN 3)

wer mehr etwas sagen werden. Alle würden schweigen.

Auf dem Osloer Symposium 2002 sagte Ben Fisher (CIA, Anm. d. Red.) zu mir: „Fragen Sie Doug MacEachin?“ Er war bei der CIA für die Analyse der Sowjetunion und später für die gesamte Geheimdienstanalyse der CIA zuständig. „Er könnte etwas wissen“. Ab 1981 war MacEachin stellvertretender und späterer Leiter des Operationszentrums der CIA, das alle nachrichtendienstlichen Informationen für Präsident Reagan und sein tägliches Briefing vorbereitete. Von 1984 bis 1989 war er Leiter des CIA-Büros für sowjetische Analysen (SOVA) unter Robert Gates. Gates leitete später die CIA (Director of Central Intelligence) und war auch Verteidigungsminister, aber seit 1982 war er stellvertretender Direktor für Nachrichtendienste (DDI) der CIA. MacEachin hatte die gleiche Position des DDI von 1993-95 unter CIA-Direktor James Woolsey und dem amtierenden Direktor Admiral William Studeman inne. MacEachin wurde 1982 über den Vorfall in Muskö informiert.

Es war offensichtlich keine sowjetische Operation. Als ich ihn danach fragte, sagte er: „Das war wie ein U-2-Zwischenfall unter Wasser“, als ob ein Schiff unter dem Kommando der CIA oder der Marine versenkt worden wäre und ein amerikanischer Pilot überlebt hätte – genau wie bei dem U-2-Zwischenfall von 1960 und genau wie es mir der Taucher und der Arzt/Offizier, wie oben geschildert, gesagt haben.

Ich sagte: „Aber die Schweden sind [im Gegensatz zu den Russen] nie an die Öffentlichkeit gegangen“. Dann wandte er sich an Ben Fischer, der ebenfalls anwesend war, und fragte: „Wissen Sie, wovon wir hier reden?“ Ben Fischer antwortete kurz: „Ja, Ola hat ein Paper darüber geschrieben. Olas Vortrag war der erste Vortrag, den ich in Oslo gehört habe.“ Danach war das Gespräch zu Ende.

Daraufhin fragte ich MacEachin, mit wem außer Studeman ich sprechen sollte, der sein unmittelbarer Vorgesetzter gewesen war (Studeman war nach Butts Leiter des US-Marinegeheimdienstes, dann



US-Marineminister John Lehman (1981-87) und der Autor auf der Konferenz des Bodø-Instituts für Verteidigungsstudien im Jahr 2007 mit dem Vestfjord im Hintergrund, wo Lehmans Flugzeugträger in einem Krieg mit den Sowjets in den 1980er Jahren Radarschatten suchen sollte. (Foto: Ola Tunander)

1988-92 Nachfolger von Bill Odom als Direktor der NSA, dann 1991-93 stellvertretender Direktor der CIA unter Gates und Woolsey und 1995 amtierender CIA-Direktor). MacEachin sagte: „Haver, Rich Haver“. Richard Haver war Studemans Protegé und der erste zivile stellvertretende Direktor des US-Marinegeheimdienstes (unter Studeman und Thomas Brooks). Im Jahr 1989 rekrutierte Verteidigungsminister Dick Cheney ihn als seinen stellvertretenden Sekretär für die Nachrichtendienste. Während MacEachin DDI war, war Haver CIA-Exekutivdirektor für Angelegenheiten der Geheimdienstgemeinde. Im Jahr 2000 wurde er erneut von Cheney rekrutiert, nun aber als Geheimdienstleiter für George W. Bush während der Übergangszeit bis zum 20. Januar 2001. Danach wurde er der „Special Assistant for Intelligence“ von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Es war klar, dass MacEachin seine Informationen von diesen beiden erhielt. Sie hatten ihn offenbar über eine „Unterwasser-U-2“ in Schweden im Jahr 1982 informiert.

Am 20. und 21. August 2007 nahm ich in Bodø in Nordnorwegen an einer Konferenz über die maritime Strategie der USA teil, die unter dem Titel „Politisch-militärische Bewertungen der Nordflanke 1975-1990“ stattfand. Die Konferenz wurde vom Institut für Verteidigungsstudien und dem „Parallel History Project“ zusammen mit Odom, Admiral James Eberle, dem ehemaligen Chef der britischen Flotte und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Ostatlantik, mit General Vigleik Eide, dem norwegischen Verteidigungsminister (1987-89) und Vor-

sitzenden des NATO-Militärausschusses (1989-93), und dem ehemaligen US-Marineminister John Lehman (1981-87) organisiert. In der Nixon-Regierung hatte Lehman direkt unter Henry Kissinger und Alexander Haig gearbeitet. Ich hatte in den 1980er Jahren meine Doktorarbeit über die „Maritime Strategie der USA“ geschrieben, die als „Lehman's Maritime Strategy“ bekannt wurde. In den späten 1970er Jahren war Lehman am „Sea Plan 2000“ beteiligt, und als Marineminister von Präsident Reagan war er die treibende Kraft hinter der neuen Strategie, einer Strategie, die in erster Linie auf die sowjetischen strategischen U-Boote und die Stützpunkte auf der Kola-Halbinsel ausgerichtet war. Ich unterhielt mich viel mit ihm, und er freute sich darüber, dass ich in meiner Dissertation „*Cold Water Politics*“ (1989) [20], die auf dem Lehrplan des US Naval War College stand, seine Argumente hervorgehoben und korrekt beschrieben hatte. 2008 erwähnte er mich mit freundlichen Worten gegenüber einem Journalisten der britischen *Sunday Times*.

Lehman sagte, die Entscheidung über die U-Boot-Operationen in schwedischen Gewässern, über die Weinberger bei SVT [21] gesprochen hatte, sei von einem „Täuschungsausschuss“ („Deception Committee“) [22] unter CIA-Direktor William Casey getroffen worden, dem es bereits vor dem Übergang im Januar 1981 gelungen war, Reagan dazu zu bringen, diesen Ausschuss ein-

zusetzen. Die Aufgabe des Komitees war „Deception“, die Täuschung der Sowjets. Aber die Aufgabe bestand eindeutig auch darin, den Alliierten und Freunden „russische Offensivaktionen“ vorzugaukeln, um die Alliierten zur Mobilisierung gegen die Russen zu bewegen (siehe Teil III).

Es waren Casey, der nationale Sicherheitsberater Dick Allen und die stellvertretenden Außen- und Verteidigungsminister, die die Entscheidung getroffen haben, Präsident Reagan, Außenminister Alexander Haig und Verteidigungsminister Weinberger eine „plausible Abstreitbarkeit“ („plausible deniability“) zu geben, damit sie sagen konnten: Wir wussten nichts von diesen illegalen Aktivitäten. Lehman wollte nicht sagen, welche Schweden beteiligt waren. Aber er fügte hinzu, wenn er mir das gesagt hätte, hätte er mich „hinterher umbringen müssen“. Dies waren die sensibelsten Informationen, die sie besaßen. Er bestätigte, dass sie kleine italienische Mini-U-Boote in schwedischen Gewässern einsetzten, um der US-Marine eine „plausible Abstreitbarkeit“ zu geben, so dass die US-Vertreter im Falle eines Fehlers sagen könnten: „Das waren nicht wir, und wir alle wissen, wie die Italiener sind“.

Das Buch *Blind Man's Bluff* (1998) [23] von Sherry Sontag und Christopher Drew befasst sich mit der amerikanischen Spionage und dem Einsatz von Abhörgeräten in sowjetischen Ge-

wässern. Ein Großteil dieser Aktivitäten wurde von einem Verbindungsbüro zwischen der US-Marine und der CIA organisiert, dem „National Underwater Reconnaissance Office“ (NURO), das mit der CIA und dem entsprechenden Amt der US-Luftwaffe, dem „National Reconnaissance Office“ (NRO), das für die Satellitenüberwachung zuständig war, verwandt war. Das NURO wurde 1969 gegründet, aber es war extrem geheim. Formal ist es das immer noch. Seine Existenz wurde erst 1998 von Sontag und Drew aufgedeckt. Sie schrieben, dass in den frühen 1970er Jahren John Warner, Präsident Nixons Marineminister, Leiter des NURO war, während der stellvertretende Direktor für Wissenschaft und Technologie der CIA sein Stellvertreter war. In einem Gespräch mit Bill Odom und Doug MacEachin sagten diese, dass Rich Haver die zentrale Quelle von Sontag und Drew gewesen sei. MacEachin sagte jedoch, dass die U-Boot-Operationen in sowjetischen Gewässern nur einen Teil der NURO-Aktivitäten ausmachten. NURO habe auch in skandinavischen Gewässern mit U-Booten operiert. Bei einem Abendessen sprach ich mit einem Sonderberater von Präsident Clinton. Er sagte, es gebe ein Verbindungsbüro zwischen CIA und DIA (Defense Intelligence Agency) (mit Offizieren der Navy Intelligence), das die Operation in schwedischen Gewässern durchführte. „Es war die geheimste Sache, die wir hatten“, sagte er.



Admiral Bill Studeman als stellvertretender CIA-Direktor (DDCI) und später amtierender Direktor der Central Intelligence mit James Hirsch als stellvertretendem CIA-Direktor für Wissenschaft und Technologie im Haus des norwegischen Geheimdienstchefs Generalmajor Alf Roar Berg und mit Bergs Frau Joe zwischen ihnen. Als Direktor des Marinennachrichtendienstes war Studeman Chef des Nationalen Unterwasseraufklärungsbüros (NURO), während Hirsch der stellvertretende Chef war. Rechts sitzt Terje Kristensen, der ähnlich wie das NURO für die norwegische Unterwasseranalyse zuständig war und dann unter Berg stellvertretender Chef des norwegischen Geheimdienstes wurde. Kristensen ist im Bild angeschnitten, sitzt aber an der richtigen Stelle am Tisch (Foto: Privatarchiv Ola Tunander).

Quellen:

- [1] Ola Tunander, „40 år siden «U-2-episoden under vann»“, 01.10.2022, <<https://terjealnes.files.wordpress.com/2022/09/u-2-under-vann-1-oktober-2022.pdf>>
- [2] Taylor & Francis Online, Ola Tunander, „Subs and PSYOPs: The 1982 Swedish Submarine Intrusions“, am 13.07.2012, <<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/02684527.2012.699294>>
- [3] InternetArchive, Dirk Pohlmann, „Operation Täuschung - Die Methode Reagan / Doku Von Dirk Pohlmann“, uploaded 23.06.2020, <<https://archive.org/details/operation-tauschung-die-methode-reagan>>
- [4] siehe [1]
- [5] NRK TV, „3. Fra fred til kald krig“, <<https://tv.nrk.no/serie/einar-hele-historien/sesong/1/episode/3/avspiller>>
- [6] siehe [1]
- [7] Amazon, Jørn Gjelstad und Olav Njølstad, „Nuclear Rivalry and International Order“, am 05.04.1996, <<https://www.amazon.com/Nuclear-Rivalry-International-Research-Institute/dp/0803977530>>
- [8] lokalhistoriewiki.no, „Einar Ansteensen“, <https://lokalhistoriewiki.no/wiki/Einar_Ansteensen>
- [9] Regeringskansliet, „Perspektiv på Ubåtsfrågan“, am 15.11.2001, Update: 02.04.2015, <<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2001/11/sou-200185/>>
- [10] siehe [2]
- [11] Routledge, Ola Tunander, „The Secret War Against Sweden - US and British Submarine Deception in the 1980s“, 2004, <<https://www.routledge.com/The-Secret-War-Against-Sweden-US-and-British-Submarine-Deception-in-the-Tunander/p/book/9780714682754>>
- [12] siehe [2]
- [13] siehe [2]
- [14] siehe [2]
- [15] siehe [1]
- [16] Google Books, „The Secret War Against Sweden - US and British Submarine Deception in the 1980s“, 2004, <<https://books.google.se/books?id=cN-ETro00zEC&printsec=frontcover&hl=sv#v=onepage&q&f=false>>
- [17] siehe [2]
- [18] siehe [16]
- [19] Routledge, Olav Njølstad, „The Last Decade of the Cold War - From Conflict Escalation to Conflict Transformation“, 2004, <<https://www.routledge.com/The-Last-Decade-of-the-Cold-War-From-Conflict-Escalation-to-Conflict-Transformation/Njolstad/p/book/9780714685397>>
- [20] Google Books, Ola Tunander, „Cold Water Politics: The Maritime Strategy and Geopolitics of the Northern Front“, 1989, <<https://books.google.no/books?hl=no&id=dEa4AAAIAAJ&focus=searchwithinvolume&q=Lehman>>
- [21] siehe [2]
- [22] siehe [3]
- [23] Google Books, Sherry Sontag und Christopher Drew, „Blind Man's Bluff: The Untold Story of American Submarine Espionage“, Thorndike Press, 1999, <https://books.google.no/books/about/Blind_Man_s_Bluff.html?id=UmEpAQAMAAMAJ&redir_esc=y>

In den späten 1980er Jahren soll NURO aus Leuten wie Bill Studeman, Rich Haver, späteren Chefs des Marinegeheimdienstes wie Thomas Brooks (1988-91), Edward Sheaffer (1991-94), Mike Cramer (1994-97) und Mike McConnell bestanden haben. Sowohl Sheaffer als auch McConnell waren Geheimdienstchefs (J-2, Manager der Geheimdienstcommunity für militärische Operationen, Anm. d. Red.) des Vorsitzenden der gemeinsamen Stabschefs, Admiral William Crowe bzw. General Colin Powell. Ich fragte John Lehman, ob er, wie Warner, Leiter des NURO gewesen sei, was er bestätigte.

Als ich 2021 mit Lehmans Freund, Admiral Bobby Inman, sprach, der sowohl Direktor des Marinegeheimdienstes als auch Chef der Nationalen Sicherheitsbehörde und stellvertretender Leiter der DIA und CIA war (siehe unten), sagte er, dass der Leiter des NURO immer auch der Direktor des Marinegeheimdienstes war.

Der Marineminister kontrollierte die Finanzierung, war aber nie der formale Chef. Dies habe sowohl für die 1970er als auch für die 1980er Jahre gegolten, sagte er. Sontag und Drew hätten Warners Position missverstanden, und Lehman habe vielleicht eher seine informelle Rolle gesehen. Das würde aber bedeuten, dass nach 1985 Bill Studeman und später Thomas Brooks Chef des NURO waren, während Evens Hineman und später James Hirsch als stellvertretende CIA-Direktoren für Wissenschaft und Technologie ihre Stellvertreter waren. Inman sagte auch, dass NURO „keinerlei Aktivitäten im Baltikum“ durchführte. In Nordeuropa „lag der Schwerpunkt auf der sowjetischen Nordflotte“, so Inman. Wenn Inman die Wahrheit sagt, gäbe es ein noch geheimeres CIA-Marine-Netzwerk, „das die schwedisch-baltischen Operationen leitete“. Wir werden später sehen, wer diese Leute waren.

Ich habe John Lehman nie über den Vorfall von 1982 befragt. Aber als Dirk Pohlmann vom deutsch-französischen Fernsehsender ARTE Lehman 2009 interviewen wollte, bat ich Pohlmann, den schwedischen Vorfall von 1982 zu erwähnen: „Das Unterwasser-U-2“. Pohlmann sagte zu Lehman: „Das U-Boot in Schweden, das beschädigt wurde, wurde ‚Unterwasser-U-2‘ genannt. Was haben Sie damit gemeint?“ Lehman antwortete: Nicht nur die Amerikaner, sondern auch andere NATO-Länder operieren mit U-Booten in fremden Hoheitsgewässern. „In der Tat gab es einige Behauptungen, dass es zahlreiche Gelegenheiten gab, bei denen sie tatsächlich in Häfen – Marinehäfen – eindringen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse sammelten“, und „der schwedische Vorfall wäre in diese Kategorie gefallen“, sagte Lehman. Der Begriff „Ein Unterwasser-U-2“ in Schweden 1982 war ihm wohl bekannt. Schlüsselpersonen innerhalb der CIA und der US-Marine wie Studeman, Haver, MacEachin und Lehman sprachen Berichten zufolge alle über denselben Vorfall. Sie verglichen die schwedische Versenkung eines Mini-U-Boots mit dem sowjetischen Abschuss des U-2-Flugzeugs. Tatsächlich war der Vorfall von 1982 für die Vereinigten Staaten ein viel größerer Skandal, weil er sich gegen einen befreundeten Staat richtete. Es war unmöglich, in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen. Lehman würde nur sagen, dass dieses „Unterwasser-U-2“ (das unter dem Kommando der US Navy/CIA gestanden haben muss) zumindest formal nicht amerikanisch war, sondern aus einem anderen NATO-Land kam. Es hätte sich um ein Mini-U-Boot eines anderen westlichen Landes gehandelt, das unter dem Kommando der USA/der CIA operierte.

Dieser Text wurde zuerst am 15.02.2023 auf www.liberationnews.org unter der URL <https://www.liberationnews.org/usaaid-the-humanitarian-face-of-colonial-exploitation/> veröffentlicht. Lizenz: Amanda Yee, Liberation News, CC BY-NC-ND 4.0

Muhtar Kent, Vorstandsvorsitzender und CEO, trifft sich mit der USAID-Familie zu einem intimen Gespräch mit Dr. Rajiv Shah über seinen Führungsansatz, seinen Glauben an die Macht des Geschäfts, unsere Welt durch Partnerschaften zum Besseren zu verändern und darüber, wie The Coca-Cola Company ihren Beitrag leistet – am 16.12.2014.
(Foto: USAID, Flickr, CC BY-NC 2.0)



USAID – Das humanitäre Gesicht kolonialer Ausbeutung

Die US-Behörde für internationale Entwicklung USAID (United States Agency for International Development) wurde 1961 durch eine Verfügung der Kennedy-Regierung mit dem erklärten Auftrag gegründet, humanitäre Hilfe und internationale Entwicklung im Ausland zu verwalten. Aber lassen Sie sich nicht täuschen: USAID dient als Werkzeug kapitalistischer und imperialistischer US-Interessen – die Behörde existiert einzig und allein, um das Geld und die Ressourcen des globalen Südens in die Taschen der US-Kapitalistenklasse zu lenken. USAID ist heute in 100 Ländern weltweit tätig, vor allem in Osteuropa, Afrika, Asien, dem Nahen Osten und Lateinamerika, und verfügt über ein Jahresbudget von fast 30 Milliarden Dollar für seine globalen Entwicklungsprogramme.

Autorin: Amanda Yee

Amanda Yee betreibt Radio Free Amanda, wo sie interessante Menschen zu politischen und medienkritischen Themen aus einer antiimperialistischen Perspektive interviewt. Unterstützen können Sie Amanda Yee hier: patreon.com/radiofreeamanda. Oder folgen Sie ihr auf Twitter: twitter.com/catcontentonly



Die Zusammenarbeit zwischen USAID und der Privatwirtschaft ist seit Gründung der Organisation immer enger geworden. In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens war USAID vor allem für die Entwicklung von Programmen und Infrastruktur in anderen Ländern zuständig, um ausländische Investitionen anzuziehen. Dies bedeutete „die Lockerung von Handelsbestimmungen, das Angebot von Kreditbürgschaften für Unternehmen, die Bereitstellung von Stipendien für Studenten zum Studium in den USA und die Schaffung landwirtschaftlicher Entwicklungsprogramme, die die Märkte armer Länder für große Agrarunternehmen öffneten“ [1].

Obwohl diese Programme den ausländischen Unternehmen zugutekamen, waren diese selbst nicht direkt an ihrer Umsetzung beteiligt.

Anfang der 2000er Jahre ging USAID mit Gründung der „Global Development Alliance“ jedoch zu einer direkteren Zusammenarbeit mit dem Privatsektor über.

In dieser Partnerschaft arbeiten „USAID und der Privatsektor [...] zusammen, um marktorientierte Ansätze zur Lösung von Entwicklungsproblemen zu entwickeln und umzusetzen“ [2].

In der Praxis bedeutet dies, dass USAID eng mit Unternehmen der Privatwirtschaft zusammenarbeitet und millionenschwere Aufträge an US-Kon-

zerne wie Dupont, Johnson & Johnson, Microsoft und Coca-Cola vergibt, um „Entwicklungs“- und Hilfsprojekte im globalen Süden durchzuführen.

Dabei ist es das erklärte Ziel von USAID, neue Geschäftsmöglichkeiten für US-Firmen zu schaffen, auch wenn sie dies hinter unangreifbaren Formulierungen wie „Nothilfe“ oder „Entwicklungshilfe“ verbirgt.

USAID-Botschafter Mark Green erklärte in der „Private Sector Engagement Policy“ der Organisation:

„Unternehmensgestützte Entwicklung bedeutet einen Zusammenschluss mit privaten Unternehmen als Mitgestalter marktorientierter Lösungen, mit geteiltem Risiko und geteiltem Nutzen. Es bedeutet, den Wert der Beteiligung des Privatsektors bei Entwicklung und humanitärer Hilfe zu erkennen, um Lösungen zu gestalten, die eine nachhaltige Wirkung erzielen und noch lange nach dem Ende der Unterstützung durch USAID fortbestehen können, und **unsere Investitionen neu auszurichten, um Märkte für US-Firmen zu öffnen** ... Letztendlich wird uns unsere verstärkte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in allen Bereichen unserer Arbeit zu besseren Entwicklungs- und humanitären Fachleuten machen, uns unserem Ziel näher bringen, die Notwendigkeit ausländischer Hilfe zu beenden, **und mehr Möglichkeiten für amerikanische Unternehmen bieten.**“ [3]

Als Instrument der US-Konzerninteressen und des US-Imperialismus im Allgemeinen besteht das Ziel von USAID darin, neue Märkte zu erschließen und Profite für westliche Unternehmen zu erzielen, und zwar auf zwei verschiedenen Wegen. Der erste Weg ist die Vergabe von Aufträgen für humanitäre Hilfe und Entwicklungsarbeit, oft nach Naturkatastrophen, um betroffene Länder für ausländisches Kapital zu öffnen und die US-Kapitalistenklasse auf Kosten der lokalen Wirtschaft zu bereichern. Tatsächlich gehen 80 % aller USAID-Mittel allein an 75 Organisationen [4], während nur 6 % direkt an die Empfängerländer gehen [5].

Auf dem zweiten Weg werden Auftragnehmer für die Durchführung von Programmen zur „Demokratieförderung“ an-



Haitische Bürger gehen durch die überfluteten Straßen von Port-au-Prince, Haiti, nachdem der Hurrikan Tomas das Land getroffen hat. Marines flogen über haitianischem Boden, um die Folgen des Hurrikans in Vorbereitung auf vorläufige Katastrophenhilfemaßnahmen in der Region zur Unterstützung der Regierung von Haiti, MINUSTAH und USAID zu beurteilen, 6.11.2010. (Foto: DVIDSHUB, Flickr, CC BY 2.0)

geworben, die die außenpolitischen Ziele der USA vorantreiben sollen. Oft geht es dabei um die Beeinflussung der Zivilgesellschaft durch Schulungsprogramme und Seminare oder um die Unterstützung lokaler Bewegungen, um Regierungen zu unterwandern, die sich der US-Hegemonie widersetzen. Das Ziel ist es, eine solche Regierung zu stürzen und durch eine zu ersetzen, die sich der westlichen kapitalistischen Durchdringung und den Forderungen der US-Außenpolitik stärker unterwirft.

In diesem Artikel untersuchen wir vier Beispiele von USAID-Projekten aus den letzten zwei Jahrzehnten. Die ersten beiden, Irak und Haiti, zeigen USAIDs Strategie des Katastrophenkapitalismus, der darin besteht, Aufträge an den privaten Sektor zu vergeben unter dem Deckmantel des Wiederaufbaus und der Sanierung – in beiden Ländern mit katastrophalen Ergebnissen. Die letzten beiden, Bolivien und Kuba, veranschaulichen die USAID-Strategie der „Demokratieförderung“, die darauf abzielt, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu manipulieren und gegen die Regierung zu lenken, um einen Regimewechsel herbeizuführen.

Außerdem ist anzumerken, dass es im Irak und in Haiti ebenfalls USAID-Programme zur „Demokratieförderung“ gibt. Diese beiden Länder dienen hier aber gleichzeitig als Beispiele für die Taktik der Organisation, Naturkatastrophen in

unterentwickelten Ländern auszunutzen, um unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe Gewinne für US-Konzerne zu ermöglichen.

Irak

Noch vor Beginn des US-Kriegs gegen den Irak 2003 hatte USAID bereits damit begonnen, Angebote von Unternehmen für den Wiederaufbau der Infrastruktur des Landes nach dem Krieg einzuholen. Eine der Firmen, die sich um den Auftrag bewarben, war Bechtel, ein Bauunternehmen aus San Francisco. Der Senior Vice President von Bechtel, Jack Sheehan, sah darin eine lukrative Geschäftsmöglichkeit und nutzte seinen Sitz im Defense Policy Board, um das Pentagon zum Einmarsch in den Irak zu bewegen. Gleichzeitig warb er öffentlich um Unterstützung für den Krieg. [6] Darüber hinaus hatten das Unternehmen und seine Angestellten zwischen 1999 und 2002 insgesamt 1,3 Millionen Dollar an Kandidaten auf Bundesebene gespendet [7], um dadurch sicherzustellen, dass die Abgeordneten im Sinne ihrer Geschäftsinteressen von vornherein für den Krieg stimmen würden.

Bechtels Hinterzimmer-Aktivitäten zahlten sich aus: nach der Invasion erteilte USAID dem Unternehmen Aufträge im Wert von 1,8 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der irakischen

Abwassersysteme, Stromnetze, kommunalen Wassersysteme und weiterer Infrastruktur. Die Ergebnisse waren absehbar katastrophal: Bechtel, in erster Linie vom Profit und nicht von den Interessen der Iraker getrieben, wurde für Missmanagement, schlechte Leistungen und die Nichtbeendigung wichtiger Aufträge kritisiert. [8] Darunter war ein Kinderkrankenhaus in Basra, dessen Aufbau ein Jahr hinter dem Zeitplan zurücklag.

Bechtel hatte über eine Milliarde Dollar Steuergelder eingesackt, verließ schließlich den Irak und hatte dabei nicht einmal die Hälfte seiner Bauprojekte abgeschlossen.

Die Bush-Regierung plante, den Irak nach dem Sturz Saddam Husseins in eine „freie Marktwirtschaft“ zu verwandeln. Zur Entwicklung eines Plans zur Massenprivatisierung sämtlicher staatlicher irakischer Industrie [9] – vor allem des Ölsektors – vergab USAID auch einen 9-Millionen-Dollar-Vertrag an die in Virginia ansässige Beratungsfirma Bearing-Point Inc. Bald darauf wurde das irakische Öl, das früher einmal vollständig verstaatlicht war, unter internationalen Konzernen aufgeteilt.

Haiti

Am 12. Januar 2010 wurde Haiti von einem Erdbeben der Stärke 7,0 erschüttert, bei dem 220.000 Menschen starben, weitere 300.000 verletzt und 1,5 Millionen obdachlos wurden. Nach der Katastrophe stellten die Vereinigten Staaten 1,6 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau in Haiti bereit, von denen 651 Millionen Dollar an USAID gingen. [10] Anstatt haitianische Bauunternehmen zu beauftragen, vergab USAID die Wiederaufbauprojekte an internationale Firmen. So erhielt beispielsweise die in Minnesota ansässige Baufirma THOR Aufträge im Wert von 18 Millionen Dollar und die in Mexiko ansässige Firma CEMEX Aufträge über 7 Millionen Dollar.

Die Tragödie des Erdbebens – US-Botschafter Kenneth Merten hatte dieses in einem durchgesickerten Wikileaks-Memo vom 1. Februar 2010 als „Goldrausch“



(Screenshot: Haitian Times, 9.10.2014)

[11] beschrieben – war ein wahrer Segen für internationale Unternehmen: Von jedem Dollar, den USAID ausgab, ging weniger als ein Cent direkt an haitianische Organisationen, Unternehmen oder die haitianische Regierung. [12]

Der mit Abstand größte Nutznießer der USAID-Mittel für Haiti war jedoch das in Washington D.C. ansässige Unternehmen Chemonics International, das über 200 Millionen Dollar für die Durchführung von insgesamt 141 Projekten erhielt. Tatsächlich vergab USAID nach dem Erdbeben mehr Geld an Chemonics als an die gesamte haitianische Regierung. [13]

Und genau wie im Irak lieferten diese ausländischen Unternehmen kaum die gewünschten Ergebnisse: Eine bei Chemonics durchgeführte Untersuchung ergab, dass das Unternehmen tendenziell seine Aufträge nicht zu Ende führte, eigene Projekte nach willkürlichen Kriterien, die nichts mit dem Projekt zu tun hatten, bewertete und es versäumte, Zeitvorgaben festzulegen. Dadurch blieben manche Projekte hinter dem Zeitplan zurück. [14] So wurde Chemonics mit dem Bau des neuen haitianischen Parlamentsgebäudes beauftragt. [15] Aber was gebaut wurde, war halbfertig und unbrauchbar: Das Unternehmen errichtete nur den Rohbau des

Gebäudes – nicht einmal Innenwände zur Unterteilung der Büroräume, geschweige denn die Gebäudeeinrichtungen. So war die haitianische Regierung gezwungen, das Projekt selbst für 775.000 Dollar aus der Staatskasse fertigzustellen. Trotz dieser katastrophalen Ergebnisse ist Chemonics bis heute der wichtigste Auftragnehmer von USAID – allein im Jahr 2021 erhielt das Bauunternehmen Aufträge im Wert von 506,4 Millionen Dollar [16].

Ein weiteres USAID-Projekt nach dem Erdbeben war ein „New Settlement Program“ zum Bau von über 15.000 Häusern in Caracol.

Aufgrund von Missmanagement und unsachgemäßer Planung musste die Zahl der gebauten Häuser drastisch reduziert werden auf 2.649. [17] Dies war zum großen Teil auf die ausufernden Kosten zurückzuführen, die durch die Vergabe der Arbeiten an ausländische Firmen und den Import von Materialien entstanden, und die die ursprünglich veranschlagten Projekt-Kosten von 55 auf 90 Millionen Dollar ansteigen ließen [18]. Viele der gebauten Häuser waren von mangelhafter Qualität. Oft „fehlten Dachbefestigungen, Dachmaterial und Betonverstärkungen waren von minderer Qualität und es gab weitere bauliche und abwassertechnische Probleme“ [19]. Aufgrund der mangelhaften Arbeit der ersten Auftragneh-

Quellen:

- [1] Current Affairs Magazin, Saheli Khastagir „Aid for Profit: The Dark History of USAID“, am 10.03.2021: USAID (United States Agency for International Development) Behörde „Global Development Alliances“, Datum unbekannt: <<https://www.currentaffairs.org/2021/03/aid-for-profit-the-dark-history-of-usaid>>
- [2] USAID „Private-Sector Engagement Policy“, Datum unbekannt: <<https://www.usaid.gov/partner-with-us/private-sector-engagement/gda>>
- [3] USAID „Administrator Samantha Power On A New Vision for Global Development“, am 4.11.2021: <https://www.usaid.gov/sites/default/files/2022-05/usaid_psepolicy_final.pdf>
- [4] Unlock Aid globale Organisation, Homepage: <<https://unlockaid.org/>>
- [5] USAID <<https://www.usaid.gov/news-information/speeches/nov-04-2021-administrator-samantha-power-new-vision-global-development>>
- [6] Center for Public Integrity (CPI) Non-Profit Organisation, André Verlyé und Daniel Politi „Advisors of influence: Nine members of the Defense Policy Board have ties to defense contractors“, am 28.3.2003: <<https://publicintegrity.org/national-security/advisors-of-influence-nine-members-of-the-defense-policy-board-have-ties-to-defense-contractors/>>
- [7] PBS NewsHour Nachrichtensendung, Red. „Bechtel Awarded First Major Contract to Rebuild Iraq“, am 28.4.2003: <https://www.pbs.org/newshour/economy/business-jan-june03-bechtel_04-18>
- [8] NBC News, Andy Mosher und Griff Witte „Rebuilding Iraq an unfinished job“, am 2.8.2006: <<https://www.nbcnews.com/id/wbna14142569>>
- [9] ReliefWeb Informationsportal, Nachrichten und Pressemitteilung „USAID awards contract for economic recovery, reform and sustained growth in Iraq“, am 25.3.2003: <<https://reliefweb.int/report/iraq/usaid-awards-contract-economic-recovery-reform-and-sustained-growth-iraq>>
- [10] Reuters, Reuters Mitarbeiter „U.S. program to build houses in Haiti falls short, report finds“, am 25.6.2016: <<https://www.reuters.com/article/us-usa-haiti-earthquake/u-s-program-to-build-houses-in-haiti-falls-short-report-finds-idUSBRE95O1GV20130625>>
- [11] Wikileaks „TFHA01: EMBASSY PORT AU PRINCE EARTHQUAKE SITREP AS OF 1800“, am 1.2.2010: <https://wikileaks.org/plusd/cables/10PORTAUPRINCE110_a.html>
- [12] Non Profit News (NPQ), Rick Cohen „HBO to Air VICE’s ‘Haitian Money Pit’ Tonight, and It Is Worth Watching“, am 24.4.2015: <<https://nonprofitquarterly.org/hbo-to-air-vice-s-haitian-money-pit-tonight-and-it-is-worth-watching/>>
- [13] Boston Review Magazin, Jake Johnston „Outsourcing Haiti - How disaster relief became a disaster of its own“, am 16.1.2014: <<https://www.bostonreview.net/articles/jake-johnston-haiti-earthquake-aid-caracol/>>
- [14] <<https://theworld.org/stories/2012-10-05/usaid-contractor-chemonics-cited-numerous-mistakes-haiti>>
- [15] The World Magazin, Jacob Kushner „Four months and \$2M US tax dollars later, Haiti’s new Parliament building sits unfinished“, am 19.3.2012: <<https://theworld.org/dispatch/news/regions/americas/haiti/120318/haiti-parliament-USAID-unfinished-unused>>
- [16] DevelopmentAid Anbieter von Informationsdiensten, Ion Ilasco „Top six USAID contractors in 2021“, am 12.4.2022: <<https://www.developmentaid.org/news-stream/post/141002/top-usaid-contractors-for-2021>>

mer musste USAID in aller Stille einen weiteren Auftrag über 4,5 Millionen Dollar an das US-amerikanische Beratungs- und Ingenieurbüro Tetra Tech vergeben, das einen Plan zur Reparatur der Häuser in Caracol erstellen sollte.

Bolivien

Programme zur „Demokratieförderung“ in Bolivien reichen bis in die Mitte der 1990er Jahre zurück. Dabei wurde in Initiativen zur „Dezentralisierung“ und „regionalen Autonomie“ investiert. Von 1996 bis 2003 beauftragte USAID Chemonics International mit der Durchführung eines Programms zur „Demokratischen Entwicklung und Bürgerbeteiligung“ in Bolivien im Wert von 15 Millionen Dollar. Ziel dieses Projekts war es, die damalige Regierung und ihre staatlichen Institutionen zu unterstützen und Vertrauen zu schaffen. Damit sollte wiederum die wachsende Unterstützung für die Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) untergraben und ihre Basis entradikalisiert werden. Diese bestand aus indigenen Bauern und Landarbeitern, die sich gegen Ausbeutung und den Abbau der bolivianischen Ressourcen durch internationale Konzerne wehrten.

Wie Neil Burron erklärt:

„Chemonics war insbesondere darauf bedacht, den Dezentralisierungsplan als wichtig für das effektive Funktionieren der Demokratie erscheinen zu lassen, eine Sorge, die auch mit der Bedrohung durch systemfeindliche Kräfte [d.h. die MAS] zusammenhing.“

In einem Bericht wurde davor gewarnt, die Kommunalwahlen 2004 könnten der MAS Gelegenheit bieten, ‚das System‘ grundsätzlich zu kritisieren. Man hoffte, dass effizientere Bürgermeister und Ratsmitglieder eingesetzt würden, die das Vertrauen in die demokratischen Institutionen Boliviens wiederherstellen (Chemonics International, 2003: 75). USAID versuchte auch, die MAS-Hochburgen in den Kokaanbaugebieten der Yungas und Chapare zu gewinnen, indem sie die Gemeinden in die nationale Bewegung

einbezog und ihre Fähigkeit zur Bereitstellung von Dienstleistungen und zur Konfliktlösung ausbaute (USAID-Bolivien, 2003: 8).“ [20]

Im Jahr 2004 richtete USAID in Bolivien ein Büro für Übergangsiniciativen ein (Office for Transition Initiatives, OTI). Offiziell wird es als Büro von USAID bezeichnet, das „mit lokalen Partnern zusammenarbeitet, um wichtige politische Themen wie Konflikte, demokratische Rückschritte, Terrorismusprävention und Stabilisierung anzugehen“. In der Praxis fungiert OTI als US-Geheimdienst im Ausland und leitet Millionen von Dollar an NGOs und Oppositionsparteien weiter, die mit den politischen Interessen der USA übereinstimmen. [21] Das Büro beauftragte die in Virginia ansässige Beratungsfirma Casals & Associates mit der Koordination einer Reihe von Workshops und Seminaren, um die Opposition gegen den MAS-Präsidentschaftskandidaten Evo Morales von 2005 aufzubauen.

Nach der Wahl von Morales verlagerte OTI den Schwerpunkt auf die Finanzierung und Unterstützung separatistischer Bewegungen im Osten Boliviens, um eine Bewegung zur Destabilisierung der neu gewählten Regierung aufzubauen. Ziel von OTI war es, Bolivien in zwei Staaten aufzuspalten: einen, der von der indigenen Mehrheit regiert wird, und einen zweiten in den ressourcenreichen Gebieten im Osten, der die Hochburg der europäischstämmigen Eliten ist, und in dem – was nicht überrascht – die separatistischen Gruppierungen ihren Sitz haben. [22]

2013 verwies Morales USAID aus Bolivien nach Jahren dieser Subversion.

Kuba

USAID hat die in Washington D.C. ansässige internationale Entwicklungsfirma Creative Associates International mit mindestens drei Projekten zur „Demokratieförderung“ beauftragt. Diese zielten darauf ab, konterrevolutionäre Kräfte in Kuba zu schüren, in der Hoffnung, sie gegen die sozialistische kubanische Regierung mobilisieren zu können.

2009 startete USAID ein zweijähriges Programm. Dabei beauftragte Creative

Associates einen serbischen Musikproduzenten, regimekritische kubanische Musiker zu rekrutieren, um die Untergrundmusikszene zu infiltrieren. Die Produzenten sollten Musikfestivals organisieren sowie versuchen, andere Musikfestivals zu infiltrieren. Anfänglich war die Initiative rein kultureller Natur, doch mit der Zeit wurden immer mehr politische und regierungsfeindliche Botschaften mit der Musik verpackt.

Die Vertragspartner kontaktierten kubanische Musiker mit dem Versprechen, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und eine Bewegung von Fans anzustacheln, die die Regierung provozieren sollten. Letztendlich entdeckte die kubanische Regierung das Programm und beendete es.

2010 ging USAID erneut eine Partnerschaft mit Creative Associates ein. Mit „ZunZuneo“ sollte eine Textnachrichten- und Microblogging-Plattform für Handys, ähnlich wie Twitter, entwickelt werden. Inspiriert von den Protesten des Arabischen Frühlings hofften die Koordinatoren des Programms, den Unmut unter der kubanischen Jugend gegen die Regierung zu schüren – und diese Revolte zu einem „kubanischen Frühling“ kanalisieren zu können. Die Plattform sammelte Daten ihrer Nutzer – Alter, Geschlecht, politische Tendenzen – mit der Absicht, sie für politische Zwecke zu nutzen. Und wie schon bei der Operation in der Untergrundmusikszene plante die US-Regierung, die Plattform zunächst mit unpolitischen, „nicht kontroversen“ kulturellen Inhalten [23] wachsen zu lassen: Sportnachrichten, Musik, Wetter usw. Mit der Zeit, so hofften die Betreiber, könnten sie zunehmend politische und schließlich regierungsfeindliche Inhalte einführen, so dass auf der ganzen Insel Massenproteste gegen die kubanische Regierung ausbrechen würden.

Die Finanzierung von „ZunZuneo“ lief 2012 aus und die Seite wurde geschlossen.

Schließlich entwickelten USAID und Creative Associates von Oktober 2009 bis September 2012 ein zivilgesellschaftliches Projekt, bei dem sie Jugendliche aus Venezuela, Costa Rica und Peru nach Kuba schickten. Für nur 5,41 Dollar pro Stunde [24] sollten diese, als Touristen getarnt,

kubanische Bürger rekrutieren, um sie dann zu politischen Aktivisten ausbilden zu können. Oftmals wurden diese Rekrutierer auf Universitätsgelände geschickt, um politische Dissidenten zu finden und anzuwerben. In einem anderen Fall ging das Programm sogar so weit, eigens für seine Zwecke eine Klinik zur HIV-Prävention einzurichten. Im Projekt unternahmen alle große Anstrengungen, die Aktivitäten zu verbergen. Die verdeckten Agenten wurden angewiesen, verschlüsselt zu kommunizieren. So bedeutete beispielsweise „Ich habe Kopfschmerzen“, dass sie vermuteten, von den kubanischen Behörden überwacht zu werden; „deine Schwester ist krank“ war ein Code, um die Reise abzubrechen. [25]

Ende 2010 beendeten USAID und Creative Associates das Reiseprogramm und entschieden sich für einen Strategiewechsel: Anstatt Jugendliche zu Rekrutierungszwecken nach Kuba zu schicken, konzentrierten sie sich auf die Beschaffung von Ausreisevisa für politische Aktivisten und deren Ausbildung in den Vereinigten Staaten.

Ein Instrument des Kolonialismus und Kapitalismus

Ob durch Hilfe in Notlagen oder durch die Förderung der „Demokratie“ im globalen Süden, die wirtschaftlichen Ziele von USAID bleiben klar: auf Kosten der lokalen Bevölkerung neue Märkte für das internationale Kapital zu schaffen. Oder im Rahmen einer längerfristigen Strategie ein Regime zu installieren, das den Launen des internationalen Kapitals und den politischen Zielen der USA gehorcht. Auf diese Weise dient USAID als das humanitäre Gesicht der kolonialen Ausbeutung.



(Screenshot: america21, 19.12.2014)

Quellen:

- [17] Reuters, Reuters Mitarbeiter „U.S. program to build houses in Haiti falls short, report finds“, am 25.6.2013: <<https://www.reuters.com/article/us-usa-haiti-earthquake/u-s-program-to-build-houses-in-haiti-falls-short-report-finds-idUSBRE95O1GV20130625>>
- [18] The Nation Wochenzeitschrift, Jake Johnston „Is USAID Helping Haiti to Recover, or US Contractors to Make Millions?“, am 21.1.2015: <<https://www.thenation.com/article/archive/usaid-helping-haiti-recover-or-us-contractors-make-millions/>>
- [19] The Haitian Times Zeitung, Red. „Haiti: USAID Houses Found to be of Poor Quality, Will Cost Millions to Repair“, am 9.12.2014: <<https://haitiantimes.com/2014/12/09/haiti-usaid-houses-found-to-be-of-poor-quality-will-cost-millions-to-repair/>>
- [20] JSTOR Online-Archiv, Neil Burron „Unpacking U.S. Democracy Promotion in Bolivia: From Soft Tactics to Regime Change“, im Januar 2012: <<https://www.jstor.org/stable/23238971>>
- [21] North American Congress in Latin America (NACLA), Eva Golinger „USAID’s Silent Invasion in Bolivia“, am 20.5.2009: <<https://nacla.org/news/usaid-silent-invasion-bolivia>>
- [22] North American Congress in Latin America (NACLA), Eva Golinger „USAID’s Silent Invasion in Bolivia“, am 20.5.2009: <<https://nacla.org/news/usaid-silent-invasion-bolivia>>
- [23] The Guardian Tageszeitung, Associated Press in Washington „US secretly created ‘Cuban Twitter’ to stir unrest and undermine government“, am 3.4.2014: <<https://www.theguardian.com/world/2014/apr/03/us-cuban-twitter-zunzuneo-stir-unrest>>
- [24] Politico Tageszeitung, Associated Press „U.S. sent youth undercover in Cuba“, am 4.8.2014: <<https://www.politico.com/story/2014/08/youth-undercover-cuba-usaid-109684>>
- [25] Politico Tageszeitung, Associated Press „Undercover Cuba program assailed“, am 4.8.2014: <<https://www.politico.com/story/2014/08/undercover-cuba-program-109713>>



Dieser Text wurde zuerst am 20.03.2023 auf www.harald-walach.de unter der URL <https://harald-walach.de/2023/03/20/der-neue-internationale-gesundheitsvertrag-der-who-bahnt-den-weg-zum-gesundheitsfaschismus/> veröffentlicht. Lizenz: © Prof. Harald Walach



Symbolbild

(Bild: Fabienne Färber, erstellt mit DeepAI)

WHO bahnt den Weg zum Gesundheitsfaschismus ...

| ... wenn der neue internationale Gesundheitsvertrag akzeptiert wird.

Autor: Prof. Harald Walach

Professorial Research Fellow am Next Society Institute der Kazimieras Simonavicius Universität in Vilnius, Litauen <https://next.ksu.lt/fellows-and-residents/>. Bis Juni 2021 Professor an der Medizinischen Universität Poznan und Gastprofessor an der Universität Witten/Herdecke. Außerdem Gründer und Leiter des „Change Health Science Instituts“ <http://chs-institute.org/>. Weiterhin arbeitet Prof. Walach als freier Berater, Wissenschaftler, Autor und Coach. Bis 2016 Professor für Forschungsmethodik an der Europa-Universität Viadrina.



Ich will vorneweg eine Sache klarstellen: Unser politisches System in Deutschland und Europa ist von faschistischen Regimen so weit entfernt wie der Planet Pluto von der Venus. Also maximal weit, wenn man die Distanzen in unserem Sonnensystem betrachtet. Anders ausgedrückt: Wenn man historisch kurze Maßstäbe anlegt, dann ist unsere heutige Staatsform unvergleichlich viel besser als das, was sich zwischen 1933 und 1945 während des Dritten Reiches abgespielt hat. Nimmt man jedoch Ideale als Maßstab für das, was man sich unter maximal guten Bedingungen wünschen würde, gibt es Verbesserungsmöglichkeiten.

Ich will in diesem Artikel vor allem auf eine im Hintergrund ablaufende Debatte hinweisen, die unsere Demokratie und Freiheit bedroht. Es handelt sich um die Diskussion zur Veränderung der Internationalen Gesundheitsregelungen (International Health Regulations – IHR) der WHO, die derzeit in der Konsultationsphase sind. Wenn alles, was dort vorgeschlagen wird, durchkommt, dann steht ein weltweiter Gesundheitsfaschismus vor der Tür. Ich diskutiere das auf dem Hintergrund der Covid-19-Krise. Denn die

se Krise ist im Grunde die Blaupause für das, was gerade abläuft.

Der Ukraine-Krieg verdeckt die wohl größte Gefahr für unsere Demokratie derzeit – den Versuch, ein Welt-Gesundheitsregime zu installieren

Diese Entwicklungen laufen im Hintergrund ab, weil derzeit der Ukraine-Krieg und seine Konsequenzen die öffentliche Aufmerksamkeit in Beschlag nehmen. Das halte ich für gefährlich. Ich kann allen, die das noch nicht tun, nur empfehlen, sich hin und wieder die *Nachdenkseiten* [1] anzusehen oder das *Multipolar-Magazin* [2] von Herrn Schreyer, der als erster in Deutschland die Planspiele unterschiedlicher Akteure beschrieben hat, die der SARS-CoV2-Pandemie und anderen vorausgingen [3]. Es ist auch hilfreich, die von der MWGFD [4] (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, Anm. d. Red.) initiierte Seite „Neue Medien-Portal [5]“ zu konsultieren, wo alle möglichen alternativen und neuen Informationsquellen aufgelistet sind.

Das bedenkliche Phänomen ist, dass dieser Krieg andere Aktivitäten, die vielleicht auf uns langfristig sehr viel tiefergreifende Auswirkungen haben werden, maskiert. Zum Beispiel den Umbau der WHO zu einer weltweiten Gesundheitsregierung mit Legislativ- und womöglich Exekutivgewalt. Das wäre aus meiner Sicht ein Gesundheitsfaschismus. Und der steht vor der Tür, wenn wir uns nicht dagegen wehren.

Ich weiß, harte Worte. Aber ich habe meine Gründe. Sie stammen von mehreren juristischen Analysen, die ich in der letzten Zeit dazu gehört oder gelesen habe.

Die Verhandlungen zur Reform der „International Health Regulations“ (IHR) der WHO

Die Antwort auf die Frage, warum wir überhaupt eine Covid-19-Pandemie hatten, ist vielschichtig. Da ist zunächst das simple Faktum, dass ein neuartiges Virus, mit ziemlicher Sicherheit aus einem Labor [6], durch die Welt gegeistert ist. Diesen Laborursprung hat übrigens Ulrike Kämmerer in einer brillanten kurzen Präsentation nochmals zusammengefasst. Diese hat sie im Rahmen des MWGFD-Online-Symposiums zu den Covid-19-Impfungen gehalten, das vor Kurzem stattfand. Das Symposium ist online in drei Teilen verfügbar. Teil 1, der sich mit den Impfungen an sich beschäftigt, enthält Frau Kämmerers Vortrag [7]. Im Teil 2 werden juristische Konsequenzen diskutiert [8], und im Teil 3 geht es darum, wie Menschen, die mit den Covid-19-„Impfungen“ Probleme bekommen haben, Hilfe erhalten können [9].

Das Virus ist das eine. Aber warum „Pandemie“? Warum Lockdowns, Maskenpflicht, Diskussion um Impfpflicht? Ganz einfach: Weil die WHO eine „**Public Health Emergency of International Concern – PHEIC**“ ausgerufen hat, also eine **Notfallsituation für die Öffentliche Gesundheit von Internationaler Tragweite (NÖGIT)**. Und das war nur deshalb möglich, weil in einer früheren Veränderung der ursprünglich geltenden Kriterien für die Ausrufung eines PHEIC/NÖGIT ein wichtiges Kriterium fallengelassen worden ist. Früher galt, es müss-

ten außergewöhnlich viele Todesfälle zu beobachten sein oder drohen, damit die WHO berechtigt ist, eine PHEIC auszurufen. Dieses Kriterium wurde vor einigen Jahren gestrichen. Seither kann der Generaldirektor der WHO in Konsultation mit einem Expertengremium, das er selber ernennen kann, eine PHEIC ausrufen, auch wenn kein Anwachsen der Todesfälle zu befürchten ist.

Das haben wir in der Covid-19-Pandemie in Aktion gesehen. Es wurde ein PHEIC ausgerufen, obwohl die Bedrohung für Leib und Leben international vergli-

litische Befehlskette erkennen, die in den WHO-Statuten festgeschrieben ist: Wenn die WHO einen solchen NÖGIT oder PHEIC feststellt, ist das keine fakultative Beschreibung der Welt, sondern eine für die Regierungen der Welt relativ verpflichtende Markierung der Wirklichkeit. Dann sind Regierungen „gehalten“ entsprechend zu reagieren, zum Beispiel Grenzen zu sperren, Quarantäne einzuführen, Testpflicht für bestimmte Personen einzuführen, Reisefreiheit einzuschränken, Maskenpflicht einzuführen, was auch immer die WHO für gut befindet.

Bisherige Fälle [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Seit dem Inkrafttreten der internationalen Gesundheitsvorschriften im Jahr 2005 wurden von tausenden Ereignissen, die seitdem an die WHO gemeldet wurden, folgende gesundheitliche Notlagen internationaler Tragweite festgestellt:^[10]

Ausrufung und Beendigung des Globalen Gesundheitsnotstands durch die WHO			
Pandemie/Epidemie	Beginn	Ende	Dauer
Influenza-Pandemie H1N1 2009/10	25. April 2009 ^[11]	10. August 2010 ^[12]	351 Tage
Poliomyelitis	5. Mai 2014 ^[13]	(andauernd)	9 Jahre und 19 Tage
Ebolafieber-Epidemie 2014 bis 2016	8. August 2014 ^[14]	29. März 2016 ^[15]	1 Jahr und 235 Tage
Zikavirus-Epidemie 2015/2016	1. Februar 2016 ^[16]	18. November 2018 ^[16]	2 Jahre und 291 Tage
Ebolafieber-Epidemie 2018 bis 2020	17. Juli 2019 ^{[17][18]}	26. Juni 2020 ^[10]	346 Tage
COVID-19-Pandemie	30. Januar 2020 ^{[19][20][21]}	5. Mai 2023 ^[22]	3 Jahre und 96 Tage
Affenpocken-Ausbruch 2022	23. Juli 2022 ^{[23][24]}	11. Mai 2023 ^[25]	293 Tage

(Screenshot: https://de.wikipedia.org/wiki/Gesundheitliche_Notlage_internationaler_Tragweite)

chen mit einer schweren Grippewelle anfangs sogar geringer war. Das ist mittlerweile sehr gut belegt [10-14]. Und es wurde schon bald von Bloggern, Sachbuchautoren [15] und anderen immer wieder in die Welt gerufen, ohne dass Leitmedien (die man eigentlich eher Leid-Medien nennen müsste, weil sie an Leserschwind leiden) aufgegriffen hätten oder wenn, dann mit einem der Unworte „Verschwörungstheorie“ oder „Fake-News“ belegt. Darüber könnte man ein eigenes Drama schreiben. Mittlerweile hat der Medienwissenschaftler Michael Meyen ein neues Journal ins Leben gerufen, „Kritische Gesellschaftsforschung“ [16], in dem dies diskutiert wird; es ist deutsch-englisch. Die Medienanalyse zur Medienkommunikation während der Corona-Krise [17] von Adam Szymanski öffnet einem zu diesem Thema die Augen [18].

Man kann bei der Verkündung der PHEIC für die SARS-CoV2-Pandemie durch die WHO im März 2020 die po-

Und jetzt kommt das Entscheidende: Bislang waren dies alles „non-binding“, also „nicht-verpflichtende“ Empfehlungen. Denen kamen zwar die meisten Regierungen nach, manche, wie die deutsche, mit dem bekannten vorausseilenden Gehorsam des Klassenprimus sogar mehr als gefordert, andere, wie die Sitzenbleiber vom Range des belarussischen Präsidenten Lukaschenko, gar nicht bis kaum.

Die derzeit in der Konsultation befindliche Veränderung dieser International Health Regulations wird dieses Adjektiv „non-binding“ herausstreichen und damit die WHO-Verlautbarungen verbindlicher machen. Das zumindest befürchten kritische Kommentatoren. Eine sehr gute, etwas komplexe Analyse kann man auf der Seite „Opinio Juris“ (Rechtsmeinung) finden [19]. Sie enthält alle Links zu den nötigen Originaldokumenten für die, die sich vertiefen wollen.

Parallel zur Veränderung der International Health Regulations (IHR), die das

generelle Regelwerk enthalten, findet auch eine Abstimmung über ein anderes Dokument statt, das sog. „Treaty on Pandemic Preparedness and Response“. Wenn ich die Sache richtig verstanden habe, dann sind die International Health Regulations ein international verbindliches Gesetzeswerk, und das „Treaty on Pandemic Preparedness and Response“ ist eine Art Ausführungsbestimmung oder Konkretisierung. Beide Dokumente sollen im Mai 2024 auf der 77. Weltgesundheitsversammlung der WHO verabschiedet werden.

Suppen werden nie so heiß gegessen wie gekocht, aber dennoch ist es wichtig, wachsam zu bleiben. Für beide Dokumente gelten unterschiedliche Regelungen. Die neue Form der International Health Regulations (IHR) tritt dann in Kraft, wenn eine einfache Mehrheit der Länder im Mai 2024 auf der Weltgesundheitsversammlung zustimmt. Länder können während einer 10-monatigen Konsultationsperiode Widerspruch deponieren. Diese Widerspruchperiode ist schon gegenüber der früheren Versionen von 18 auf 10 Monate gekürzt worden. Der neue Vertrag über die pandemische Bereitschaft und Antwort muss eine zwei Drittel Mehrheit auf der Weltgesundheitsversammlung finden.

Die oben zitierte Analyse erwähnt eine Reihe von Problemen [20]. Mir scheinen folgende Aspekte sehr wichtig zu sein:

Der verkappte Weg zur Weltgesundheitsregierung

Die beiden Regelungen zusammen werden, wenn sie so angenommen werden wie vorgeschlagen, dazu führen, dass die WHO im Falle einer PHEIC/NÖGIT legislative und exekutive Gewalt erhält, die die der einzelnen Länder übertrumpft: banal gesprochen: Pik sticht Herz, Ober sticht Unter. Faktisch werden wir dann eine Weltgesundheitsregierung haben, auch wenn dieses Wort in den Kanon der Verschwörungsvokabeln aufgenommen und gebannt werden wird.

Der Generaldirektor der WHO, der dann ein Weltgesundheitspräsident sein wird, kann entscheiden, wann ein PHEIC vorliegt. Er kann die Maßnahmen beschließen (zusammen mit seinem Beratergremium, aber er kann sich ja sein Gre-

7 Argumente

Start: Argumente mit 6 Anlagen (03/2022) ▾ Aktuelle Artikel

Eine COVID-19-Impfpflicht ist verfassungswidrig

9. März 2022

Verehrte Bundestagsabgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden bald über ein Gesetz zu einer Impfpflicht zu entscheiden haben. Durch eine Impfpflicht werden Grundrechte eingeschränkt, u.a. das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit mit der Gefahr einer Verletzung der Menschenwürde und der Selbstbestimmung.

Wir, die 81 unterzeichnenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, übergeben Ihnen mit diesem Schreiben Argumente für eine verfassungskonforme Entscheidung in dieser Sache.

(Screenshot: <https://7argumente.de/>)

mium selber zusammenbasteln), die die Länder umzusetzen haben, und er wird über erhebliche Mittel verfügen, die im Übrigen die Länder beisteuern müssen, um entsprechende Überwachungen und Kontrollprozesse einzuführen. Das gibt dem Generaldirektor im Gesundheitsbereich große Macht über die Welt. Ob die demokratischen Prozesse, die zur Wahl des Generaldirektors der WHO führen, robust genug sein werden?

Zu den Maßnahmen, die im neuen Vertragswerk diskutiert werden, gehören, u.a.

- Digitale Gesundheits- und Impfpässe
- Eine konzertierte Aktion zum „Infodemie-Management“, also zur Bekämpfung abweichender Meinungen und vermutlich auch Daten
- Bereitstellung von Impfstoffen über zentral verwaltete Register und Lager
- Eine verkürzte Notzulassung neuer pharmakologischer Produkte mit einer Frist von max. 100 Tagen

Problem 1: Es gibt kein hartes Kriterium für das Beenden einer PHEIC

Das größte Problem, das wir schon in Aktion sehen ist: Es gibt einfache Kriterien, eine PHEIC auszurufen, aber es gibt keines, das verbindlich erklären

würde, wann diese Situation vorbei ist. Die Covid-19 Pandemie-PHEIC ist beispielsweise immer noch nicht offiziell beendet, auch die Affenpocken-PHEIC nicht, auch eine Polio-PHEIC nicht, die vor vielen Jahren ausgerufen wurde (diese Information wie einige andere in diesem Artikel stammt von einem Vortrag, den Rechtsanwalt Kruse aus Zürich [21] für eine interessierte Gruppe der Mitglieder der 7-Argumente Gruppe [22] gehalten hat).

Anders ausgedrückt: Der Generaldirektor kann eine PHEIC ausrufen, aber keiner hat eine Handhabe darin, von ihm das Beenden einer solchen PHEIC zu verlangen. Und dieser gesundheitspolitische Ausnahmezustand zieht alle Konsequenzen nach sich, die man sich von einem sauberen gesundheitsfaschistischen Regime nur wünschen kann:

Problem 2: Die WHO-Definition der Gesundheit wird faktisch abgeschafft

Dies wird dazu führen, dass Gesundheit nicht wie bisher ein Zustand des „optimalen körperlich-geistig-seelisch-spirituellen Wohlbefindens“ ist, wie die derzeit akzeptierte WHO-Definition in etwa sagt. Diese Definition gehört, zumindest de facto, der Vergangenheit an. Meine,

unser aller Gesundheit wird in Zukunft unter die Definitionshoheit gesundheitspolitischer Kader fallen. Wenn jemand mit der entsprechenden Definitionsmacht beschließen wird, dass zu unser aller Gesundheit gehört, dass wir eine bestimmte Intervention verabreicht bekommen, wie das zwischendurch über die Diskussion einer „Impfpflicht“ ja durchaus im Gespräch war, dann wird sie verpflichtend werden, auch wenn ich ihr nicht zustimme und auch, wenn die Gefahr, dass ich dadurch Schaden an Gesundheit und Leben erleide, erheblich ist.

Problem 3: Das in jeder ärztlichen Ethik verankerte Prinzip der informierten Zustimmung wird in der Situation einer PHEIC aufgehoben

Dies wird auch dazu führen, dass die derzeit gültige Regelung, dass vor jeder medizinischen Intervention die informierte Zustimmung der betreffenden Person einzuholen ist, der Vergangenheit angehört wird, jedenfalls während einer PHEIC, und wenn diese nicht beendet wird, dann für deren Dauer. Denn wenn neue Impfstoffe und Interventionen, die dazu dienen sollen, eine solche PHEIC zu bekämpfen, innerhalb von 100 Tagen durch eine Notzulassung gepeitscht werden können, wie das auch bei den COVID-19-mRNA-Präventionstherapien der Fall war, dann wird es gar nicht möglich und praktischerweise auch nicht nötig sein, eine solche informierte Zustimmung einzuholen. Denn dazu muss man Daten haben, die man der zustimmenden Person vorlegen kann. Wenn die Covid-19-Pandemie als eine Generalprobe für die nächste Phase des internationalen Gesundheitsfaschismus gesehen werden kann, dann wird das Nichtvorliegen von geeigneten Daten durch Propaganda „effektiv und sicher, effektiv und sicher, effektiv und s...“ ersetzt werden.

Im Prinzip wird dadurch, ja, das klingt hart, ist aber so, Folter gerechtfertigt. Denn es ist Bestandteil der internationalen Definition von Folter, auch das erwähnen Frau Behrend und Frau Müller, die Verfasserinnen der juristischen Analyse [23], dass medizinische Interventionen

gegen den Willen der betreffenden Person verabreicht werden.

Problem 4: Die Digitalisierung des Menschen wird nötig und möglich

Es wird dadurch der Weg bereitet, durch digitales Tracking und Gesundheitspässe Menschen in solche einzuteilen, die ein Merkmal haben (eine Impfung, eine Intervention, ein Gefährdungspotenzial) und solche, die es nicht haben. Die Digitalisierung der Welt wird perfekt sein, denn sie wird in der Digitalisierung des Menschen enden: 1 oder 0, ja oder nein, haben oder nicht-haben, sein oder nicht-sein, richtig oder falsch sein. Die Vorreiter einer solchen Form der Digitalisierung, das vergessen die meisten, waren die Nationalsozialisten. Digitalisierung ist, wenn sie sich auf Menschen bezieht, ein inhärent faschistisches Programm. An dieser Einsicht führt kein wie auch immer liberal zu verbrämender Weg vorbei.

Wer dann in Zukunft dazugehören will – Einlass in Clubs, Konzerte, soziale Veranstaltungen, Kirchen, Restaurants, Zugang zu Reisen und in andere Länder – der wird diese neue digitale Identität beisteuern müssen. Auch das haben wir während der Corona-Krise schon erfolgreich geprobt. Es klappt ja. Immerhin drei Viertel der Bevölkerung haben mitgemacht. Eine große Gruppe aus Überzeugung und eine sehr große Minderheit, weil sie nicht sozial ausgeschlossen sein wollte [24].

Problem 5: Wahrheit wird nicht mehr im Diskurs, sondern von einer Expertokratie festgestellt

Dies wird auch dazu führen, dass es ein Weltwahrheitsministerium, zumindest was die Gesundheit angeht, geben wird. Dieses wird die WHO sein, genauer gesagt jene Experten und AI-Systeme, die der WHO zuarbeiten und in ihrem Dienst stehen werden. Sie werden mit Leichtigkeit nicht nur, wie jetzt, unerwünschte Information auf die hintersten Ränge einer Suche verbannen oder Videos von einer Plattform löschen. Sie werden dafür sorgen, dass solche Information nicht mehr

Quellen:

- [1] Nachdenkseiten Website: <<https://www.nachdenkseiten.de/>>
- [2] Multipolar Magazin Website: <<https://multipolar-magazin.de/>>
- [3] Westend Verlag, Paul Schreyer „Chronik einer angekündigten Krise: Wie ein Virus die Welt verändern konnte“, Frankfurt 2020: <<https://www.westendverlag.de/buch/chronik-einer-angekueundigten-krise/>>
- [4] MWGFD Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V. Website: <<https://www.mwgfd.de/>>
- [5] Neue Medien Portal Website: <<https://neue-medien-portal.de>>
- [6] Research Gate preprint, Roland Wiesendanger „Studie zum Ursprung der Corona-Virus Pandemie“, im Februar 2021: <<https://doi.org/10.13140/RG.2.2.31754.80323>>
- [7] MWGFD „Online Symposium Teil 1 – medizinische Fakten zur Covid-„Impfung““, am 28.2.2023: <<https://www.mwgfd.org/2023/03/online-symposium-teil-1-medizinische-fakten-zur-covid-impfung/>>
- [8] MWGFD „Online Symposium Teil 2 – Juristische Interventionen“, am 28.2.2023: <<https://www.mwgfd.org/2023/03/online-symposium-teil-2-juristische-interventionen/>>
- [9] MWGFD „Online Symposium Teil 3 – Wie können wir Geimpften oder durch die Impfung zu Schaden gekommenen Menschen in medizinisch-therapeutischer Hinsicht helfen?“, am 28.2.2023: <<https://www.mwgfd.org/2023/03/online-symposium-teil-3-wie-koennen-wir-geimpften-oder-durch-die-impfung-zu-schaden-gekommenen-menschen-in-medizinisch-therapeutischer-hinsicht-helfen/>>
- [10] MeRxiv, Rockenfeller R, Günther M, Mörl F. „Reports of deaths are an exaggeration: German (PCR-test-positive) fatality counts during the SARS-CoV-2 era in the context of all-cause mortality“, am 22.11. 2022: <<https://doi.org/10.1101/2022.11.18.22282534>>
- [11] Axfors C, Pezzullo AM, Contopoulos-Ioannidis DG, Apostolatos A, Ioannidis JP. Differential COVID-19 infection rates in children, adults, and elderly: Systematic review and meta-analysis of 38 pre-vaccination national seroprevalence studies. J Glob Health. 2023;13:06004. Epub 2023/01/20. doi: 10.7189/jogh.13.06004. PubMed PMID: 36655924; PubMed Central PMCID: PMCPCMC9850866 Form (available upon request from the corresponding author) and disclose no relevant interests.
- [12] medRxiv, Levitt M, Zonta F, Ioannidis JPA. „Excess death estimates from multiverse analysis in 2009-2021“, 2022:2022.09.21.22280219., am 17.3.2023: <<https://doi.org/10.1101/2022.09.21.22280219>>
- [13] Bull World Health Orga, Ioannidis JPA. „The infection fatality rate of COVID-19 inferred from seroprevalence data. Bulletin of the World Health Organization“ 2021;99:19-33F., in 2021: <<https://doi.org/10.2471/BLT.20.265892>>
- [14] medRxiv, Axfors C, Ioannidis JPA „Infection fatality rate of COVID-19 in community-dwelling populations with emphasis on the elderly: An overview“, 2021:2021.07.08.21260210, am 23.12.2021: <<https://doi.org/10.1101/2021.07.08.21260210>>
- [15] Achgut Edition, Gunter Frank „Der Staatsvirus. Ein Arzt erklärt, wie die Vernunft im Lockdown starb“, Berlin 2021: <https://shop.achgut.com/products/der-staatsvirus-ein-arzt-erklart-wie-die-vernunft-3>
- [16] IFKW Institut für kritische Gesellschaftsforschung „Gesellschaft in der Krise. Analysen – Perspektiven – Forschungsaufgaben“, Ausgabe #01, Juli 2022: <<https://www.kritischegesellschaftsforschung.de/Journal/Issue/1>>

auftaucht. Nirgendwo. Denn das aktive Verbreiten von Informationen, die der herrschenden Meinung widersprechen, wird unter der neuen Regelung mit großer Wahrscheinlichkeit zum Straftatbestand werden, ähnlich einer Volksverhetzung. Und wer das tut, wird eingelocht. Das wird auch dazu führen, dass der wissenschaftliche Diskurs geradegebogen wird. Auch das hatten wir schon gesehen. Siehe dazu meine entsprechenden Blogs zu unserer Maskenstudie [25] und unserer Nutzen-Risiko-Analyse der Covid-19-Impfstoffe [26].

Dass unsere ursprüngliche Risiko-Nutzen-Analyse der neuen Covid-19-„Impfungen“ übrigens richtig, ja sogar zu freundlich war, stellt sich immer mehr heraus. Eine sehr raffinierte Analyse der israelischen Notfallrufe durch Retsef Levi und seiner Gruppe hat gezeigt, dass die Impfungen mit verstärkten Notrufen wegen akutem Herzstillstand und kardiovaskulären Ereignissen bei den 18- bis 39-Jährigen assoziiert waren [27] und keinerlei Einfluss auf die Infektionszahlen in Israel hatten [28]. Und eine Analyse der Übersterblichkeit in der Zeit 2021 nach Beginn der Impfkampagne in Deutschland hat ergeben, dass die Impfungen mindestens 16.000 Tote verursacht haben [29]. Das können die Autoren ableiten, weil sie ihre langfristige Berechnung von Übersterblichkeit [30], die ich bereits diskutiert habe, mit den Daten zu kausal auf die „Impfung“ zurückgeführten Todesfällen aus Autopsiestudien koppeln [31]. Die „Impfungen“ haben also das an Todesfällen produziert, was meine Kollegen Hockertz und Bhakdi zu Beginn der Kampagne prophezeit haben: den Tod einer deutschen Kleinstadt. Daher sprachen die MWGFD-Kollegen, die das Symposium organisiert haben, meines Erachtens zu Recht vom „größten Pharmaverbrechen des Jahrhunderts“ [32].

Covid-19 war auch für die Erprobung der Zensur eine Generalprobe. Analysen von Zensur wissenschaftlicher Daten während der Covid-19-Krise ergaben, dass wohl vor allem die „Schere im Kopf“ von Verantwortlichen eine Rolle gespielt hat und dann in der Folge die der Kollegen, deren negativem Urteil man auch nicht immer ausgesetzt sein will [33-

36]. Hat also schon gut geklappt. Wenn man das Ganze jetzt noch mit juristischer Verbindlichkeit würzt, die Länder dazu anhält, nationale Gesetze zu verabschieden, die das alles umsetzen müssen, dann werden die großen Journale es ablehnen, abweichende Information zu publizieren. Dann ist dies die *eine* Wahrheit. Eine solche verbindliche Wahrheit haben die Religionen über Jahrhunderte vergeblich versucht zu installieren. Mit der neuen Regelung wäre eine solche Wahrheit plötzlich alternativlos vorgegeben. Nur wird dies keine religiöse, sondern eine pseudoreligiöse Wahrheit sein.

Es ist überhaupt für mich als altem Katholen, der durch die Förderung des Cusanuswerkes ging, erschreckend, mit

welcher Blindheit und Konformität die Kirchen durch diese Pandemie gestolpert sind. Ohne ein kritisches Wort, einstimmend ins Geheul der Pressemeute, die kritische Stimmen wie die meiner Kollegen Bhakdi, Weikl, Hockertz, Guerot und vieler anderer verunglimpft haben. Die wenigen wahrnehmbaren Gegenstimmen aus kirchlichen Kreisen haben sich auf der Seite „Christen stehen auf“ zusammengetan [37], nachdem ein früherer Aufruf von Kardinal Müller und Kollegen [38] im Geschrei untergegangen ist. Der Berliner Erzbischof und die Deutsche Bischofskonferenz, denen ich meine Gedanken und Informationen zum Austausch angeboten habe, haben auf meine Briefe nicht einmal reagiert (der Sekretär

The screenshot shows a news article from Spiegel Wirtschaft. The title is "US-Pharmakonzern Pfizer zahlt Milliardenstrafe". The sub-headline reads: "Im Streit über unlautere Werbepraktiken haben sich die US-Regierung und der Pharmakonzern Pfizer auf einen Vergleich geeinigt: Das Unternehmen muss eine Rekordstrafe von 2,3 Milliarden Dollar bezahlen. Mit Begleichung der Summe soll das Ermittlungsverfahren abgeschlossen werden." The article is dated 03.09.2009, 00:41 Uhr. Below the text is a photograph of a Pfizer logo sign behind a barbed wire fence. The caption under the photo reads: "Pfizer-Logo in Ambrose, Frankreich: Rekordstrafe wegen unlauterer Werbung. JIMM/ALAN KOCAL/AF".

(Screenshot: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/unlautere-werbung-us-pharmakonzern-pfizer-zahlt-milliardenstrafe-a-646633.html>)

der Bischofskonferenz hat wenigstens einen nichtssagenden Dreizeiler geschickt, immerhin).

Und, nein, verehrte Bischöfe und Kirchenfunktionäre, vermeintlich liberale Pastoralassistenten und Pfarreiräte, das sind keine fundamentalistischen Stimmen, genauso wenig wie ich fundamentalistisch oder rechts oder sonst was bin, außer kritisch. Man kann es nicht oft genug sagen: Im Coronadiskurs zeigt sich die Fratze einer neuen transhumanistischen Pseudoreligion, die am Ende, wenn sie sich durchsetzt, zu einer Katastrophe für Menschlichkeit, Humanismus und christlicher Religion (und überhaupt einer jeden Religion) führen wird.

Die exekutive und judikative Seite

Das, was ich oben genannt habe, waren alles legislative Rahmenwerke. Ich habe hier nur die wichtigsten herausgestrichen. Aber jede Legislative ist nur so stark, wie die Exekutive es vermag, den Gesetzen Geltung zu verschaffen. Wir werden nicht notwendigerweise sofort eine Weltpolizei oder eine Weltarmee haben. Aber wenn das Regelwerk verbindlich ist, dann werden sich die Regierungen dazu verpflichten müssen, ihm zum Durchbruch zu verhelfen und z.B. ihre eigene Polizei oder ihre Armeen im Bürgerkriegsfall in den Dienst dieser Regelungen zu stellen. Was das genau bedeutet, konnte man während der Covid-19-Pandemie in Australien beobachten, wo Proteste extrem gewaltsam aufgelöst wurden, oder in Kanada, wo große Proteste die Regierung zu einem temporären Untertauchen gezwungen haben. Das war wohl auch eine Generalprobe.

Was aber, wenn sich ein Bürger seiner Menschenrechte beraubt sieht? Wo geht er dann hin? Einen Weltverwaltungsgerichtshof, vor dem man die WHO verklagen könnte, gibt es meines Wissens nicht. Also muss man vor die lokalen Gerichte ziehen und dort durch den mühsamen Instanzenweg klettern. Dazu kommt in Deutschland noch: Es gibt eine Verfahrensordnung [39], die es den Regierungen der Länder erlaubt, in laufende Ermittlungen einzugreifen und z.B. dafür zu sorgen, dass ein Staatsanwalt Anklage erheben muss oder ein Verfahren

nicht niederschlagen darf, wenn ein öffentliches Interesse besteht [40]. Außerdem sind in Deutschland Richter und Staatsanwälte in ihrer Karriereaufbahn von den Justizministerien abhängig, und damit ist die Justiz nicht mehr unabhängig. Auch das haben wir erlebt. Mein Kollege Dr. Weigl wurde von zwei Instanzen schuldig gesprochen, gefälschte Urkunden ausgestellt zu haben, bis ihm die dritte Instanz vor Kurzem recht gab und die vorinstanzlichen Urteile aufhob [41]. Nicht alle werden das Durchhaltevermögen und die Nerven zu einem aufreibenden Instanzenweg haben.

Die Beispiele in Deutschland lehren: Wenn sich die Politik auf ein Narrativ verständigt hat – in Zukunft: die neuen PHEIC Vorgaben der WHO bereit ist zu unterstützen und umzusetzen – dann wird es extrem schwierig sein, diese politische Vorgabe auf dem Rechtsweg anzugreifen.

In der Essenz heißt das: Wir werden dem Gesundheitsdiktat einer Weltoberbehörde ausgesetzt sein, ohne uns dagegen auch nur in Ansätzen wehren zu können. Eine solche Situation nenne ich „Gesundheitsfaschismus“. Wer dafür einen besseren Begriff hat oder wer gute Gründe hat, das anders zu bewerten, lasse mir diese zukommen. Ich lerne immer gerne dazu.



Speeches That Defined a Presidency: "A New World Order", 1991. (Screenshot: <https://www.youtube.com/watch?v=7lRQHcbRbmU>)

Verschwörungspraxis? Für Fortgeschrittene!

Nun, all diese Entwicklungen sind ja nicht vom Himmel gefallen. Ohne die letzte Veränderung des Pandemiebegriffs, bei der die Notwendigkeit der Letalität einer Pandemie weggefallen ist, wäre Covid-19 nie zu einer weltweiten Pandemie mit PHEIC-Status geworden. Erst dieser Sachverhalt hat die Möglichkeit gebracht, Covid-19 zu einer Pandemie zu machen,

mit all den Konsequenzen: Notzulassung unzureichend geprüfter neuer pharmakologischer Substanzen, Eingriffe in grundlegende Menschenrechte, Beweisumkehr, und was noch so alles dazugehört.

Man braucht nicht viel Phantasie, um zu sehen, dass eine weitere Verschärfung der Bedingungen, die zu PHEIC führen können und vor allem das Fehlen von Kriterien zu ihrer Beendigung zu einem Dauerzustand und damit zu einer Diktatur führen wird. Ist das ein natürlicher Evolutionsprozess zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen, wie das manche Kommentatoren andeuten? Ich glaube nicht.

Was also ist hier am Werk? Es gibt immer die Möglichkeit, das Ganze als ein einigermaßen unpersönliches, systemisches Geschehen zu sehen, indem bestimmte ideologische Entwicklungen, die mit wirtschaftlichen Interessen gekoppelt sind, ab bestimmten Verzweigungspunkten mehr oder weniger automatisch zu solchen Entwicklungen führen [42].

Eine solche offensichtliche Entwicklung ist die Tatsache, dass die Möglichkeit, mit herkömmlichen Mitteln Gewinn zu machen, an ihre Grenzen kommt. Die Digitalisierung wird immer mehr herkömmliche Arbeit vernichten und Dienstleistungsprozesse, die bislang mit Gewinnsteigerungen verbunden waren, billiger machen. Ein Beispiel ist meine eigene Webseite: Ich lasse sie von der AI-Maschine DeepL [43] übersetzen, was mir innerhalb von ca. 2 Minuten einen perfekt formatierten englischen Text in einem fast perfekten Englisch liefert. Müsste ich das selber machen, wäre ich ca. 2-3 Stunden beschäftigt und ein Übersetzer in etwa auch so lange, nur dass ich dann dafür bezahlen müsste. So kostet mich der Spaß ein paar Euro im Monat. Das Gleiche gilt für die Transkription von gesprochenen Texten. Das sind nur kleine Ausschnitte. Der Dienstleistungssektor wird also in großem Stil von künstlicher Intelligenz übernommen werden. Die Digitalisierung wird ihrer eigenen Logik folgend alle Bereiche des Lebens in Anspruch nehmen.

Das Schließen von Rohstoff- und Abfallketten wird auch das Handeln und Geld machen mit Kommoditäten wie Rohstoffen, Erzen, etc. immer weiter ein-

Quellen:

- [17] IFKW, Adam Szymanski „Die Ungeimpften als Sündenbock: Eine Medienanalyse der politischen Propaganda während der COVID-19-Pandemie“, im Juli 2022: <<https://www.kritischegesellschaftsforschung.de/Journal/Article/1118>>
- [18] IFKW, Adam Szymanski „On the scapegoating of the unvaccinated: A media analysis of political propaganda during the COVID-19 pandemic“, im Juli 2022: <<https://doi.org/1.21059/000015>>
- [19] OpinioJuris, Silvia Behrendt und Amrei Müller „The Proposed Amendments to the international Health Regulations: An Analysis“, am 27.2.2023: <<http://opiniojuris.org/2023/02/27/the-proposed-amendments-to-the-international-health-regulations-an-analysis/>>
- [20] siehe [19]
- [21] Kruse | Law Anwaltskanzlei Website: <<https://www.kruse-law.ch/de/>>
- [22] 7 Argumente Website: <<https://7argumente.de/>>
- [23] siehe [19]
- [24] National Library of Medicine, Walach H., Ofner M., Ruof V., Herbig M., Klement R.J. „Why do people consent to receiving SARS-CoV2 vaccinations? A Representative Survey in Germany“, BMJ Open. 2022;12(8):e060555, am 18.8.2022: <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35981767/>
- [25] Prof. Harald Walach Blog „Gesichtsmasken führen zu gefährlich hohem Kohlendioxidniveau in der Einatemluft von Kindern“, am 2.6.2022: <<https://harald-walach.de/2022/06/02/gesichtsmasken-fuehren-zu-gefaehrlich-hohem-kohlendioxidniveau-in-der-einatemuft-von-kindern/>>
- [26] Nature Scientific Reports, Christopher L. F. Sun, Eli Jaffe & Retsef Levi „Increased emergency cardiovascular events among under-40 population in Israel during vaccine rollout and third COVID-19 wave“, am 28.4.2022: <<https://www.nature.com/articles/s41598-022-10928-z>>
- [27] MWGFD „Ankündigung unserer MWGFD-Presskonferenz – 15. März 2023 in München“: <<https://www.mwgfd.org/2023/03/ankuendigung-unserer-pressekonzferenz-15-maerz-2023-in-muenchen/>>
- [28] Nature Scientific Reports, Sun C.L.F., Jaffe E., Levi R. „Increased emergency cardiovascular events among under-40 population in Israel during vaccine rollout and third COVID-19 wave“, 2022;12(1):6978, am 28.4.2022: <<https://doi.org/10.1038/s41598-022-10928-z>>
- [29] Researchgate, Mörl F., Günther M., Rockenfelder R. „A brief estimation of deaths in Germany caused by short-term adverse reactions to SARS-CoV-2 vaccines“, im Mai 2023: <https://www.researchgate.net/publication/370855552_A_brief_estimation_of_deaths_in_Germany_caused_by_short-term_adverse_reactions_to_SARS-CoV-2_vaccines>
- [30] siehe [9]
- [31] Springer Link, Clinical Research in Cardiology, Schwab C., Domke L.M., Hartmann L., Stenzinger A., Longerich T., Schirmacher P. „Autopsy-based histopathological characterization of myocarditis after anti-SARS-CoV-2 vaccination“, am 27.11.2022: <<https://doi.org/10.1007/s00392-022-02129-5>>
- [32] Christen stehen auf „Impfschäden und täglich werden es mehr!“, Datum unbekannt: <<https://www.christenstehenauf.de/postcovid-postvacc-taeglich-werden-es-mehr/>>
- [33] Shir-Raz Y, Elisha E, Martin B, Ronel N, Guetzkow J. Censorship and suppression of Covid-19 heterodoxy: Tactics and counter-tactics. Minerva. 2022. <<https://doi.org/10.1007/s11024-022-09479-4>>
- [34] Elisha E, Guetzkow J, Shir-Raz Y, Ronel N. Retraction of scientific papers: the case of vaccine research. Critical Public Health. 2022;32(4):533-42. <<https://doi.org/10.1080/09581596.2021.1878109>>

dämmen. Die einzige Kommodität, die noch unausgebeutet ist, ist der menschliche Körper. Das haben schon mehrere Autoren beobachtet, und ich weiß nicht mehr, bei wem ich diesen Gedanken als Erstes gelesen habe. Aber die Analyse ist zwingend. Nur wenn man den menschlichen Körper kontinuierlich mit irgendetwas versorgen kann, das nicht aus natürlichen Quellen stammt, sondern das einem künstlichen Wertschöpfungsprozess unterliegt, kann man richtig fett Geld verdienen. mRNA-Präventionstechnologien oder andere neue pharmazeutische Produkte zum Beispiel sind solche neuen Wertschöpfungspotenziale. Das Schlaue daran ist: Man kann über die Propaganda-Maschinerie den Leuten ausreichend Angst machen, sodass sie dann die Einführung dieser Produkte erst noch als Rettung und Erlösung sehen und die öffentliche Hand, also die Leute selbst, bereit sind, dafür relativ viel Geld hinzulegen. Wenn man nun alle paar Jahre eine neue Pandemie ausrufen kann, völlig egal, ob sie eine reale Gefahr darstellt oder nicht, dann kann man auch diese Maschinerie wieder neu bedienen. Man kann damit auch „veraltete“ Techniken ablösen, also konventionelle Impfungen durch mRNA oder Vektor-DNA-„Impfstoffe“ ersetzen. Das ist eine neue Wertschöpfung, genauso wie über Jahrzehnte das Verkaufen neuer Automodelle eine neue Wertschöpfung begründete. Die Autoindustrie ist auf dem absteigenden Ast. Die neue Pharmaindustrie ist für manche der neue Hoffnungsträger. Wie sagte doch Kanzler Scholz, als er als Kanzlerkandidat in Potsdam auf einem Wirtschaftsforum die Frage beantwortete, wie er gedenke, die Schulden der Coronakrise abzutragen? „Deutschland wird Impfweltmeister“, so wie es früher Autobauweltmeister war. (Das hat mir ein Kollege berichtet, der auf dieser Veranstaltung persönlich war.) Das ist eben genau damit gemeint:

Mit diesen neuen Pharma-Technologien wird der menschliche Körper zur Kommodität in einer neuen Wertschöpfungskette.

Möglicherweise hat Matthias Desmet recht und dies ist einfach eine logische systemische Konsequenz der herrschenden Ideologie [44].

Man kann natürlich auch menschliche Akteure dahinter am Werk sehen, die nicht nur als Erfüllungsgehilfen eines systemischen Sachzwanges agieren, sondern mit handfesten Interessen und eigener Intention.

Kleine verschwörungstheoretische Denkübung:

Stellen Sie sich vor, Sie sind einer der reichsten Männer der Welt, mit wirklich beinahe unendlichen Ressourcen. Sie haben außerdem eine – wie Sie finden – komplett kluge Idee, wie man die Welt retten und dabei gleichzeitig selber reich werden kann bzw. den Reichtum so vermehren kann, dass man die Weltrettung auch noch weiter betreiben kann. Sie haben auch schon bewiesen, wie Sie mit Ihren Ideen nicht nur ein von vielen gewünschtes Produkt erzeugen, sondern sogar noch die damit verbundene Machtbasis ausbauen. Die Idee, die Sie haben, braucht ja nicht einmal richtig zu sein. Sie muss nur plausibel sein und vielleicht in Ansätzen sogar ganz brauchbare Seiten haben, also zum Beispiel, dass Impfen immer und in jeder Hinsicht gut und richtig ist, z.B. zur Verhinderung von schweren epidemischen Erkrankungen wie Diphtherie oder Polio. Nun brauchen Sie nur diese Idee expandieren: Impfen ist *immer* gut, und Prävention von Infektionen ist noch besser. Sie kaufen sich ein paar Firmen oder investieren saftig in die, die solche neuen Impf- und Präventionsstoffe herstellen. Nun verfügen Sie über soviel finanzielle Mittel, dass sie über ein Netzwerk von einigen großen Stiftungen die internationale Gesetzgebung beeinflussen können. Und fertig ist ihr Perpetuum mobile, mit dem Sie immer wieder Geld generieren und die Menschen mit immer neuen Impfstoffen versorgen und sich sogar noch den Heiligenschein des Weltenretters anheften können, damit sie in die Geschichte als derjenige eingehen können, der Infektionskrankheiten für immer besiegt hat. (Dass sie vielleicht auch als derjenige in die Geschichtsbücher eingehen werden, der dann auch sehr viel Leid und andere Krankheiten erzeugt und in Kauf genommen hat, das



Bill Gates, Co-Vorsitzender der Bill & Melinda Gates Foundation, zeigt während der Pressekonferenz einen Impfstoff., 17.5.2011 (Foto: UN Photo / Jean-Marc Ferré, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

kommt Ihnen dummerweise erst zu spät oder gar nicht in den Sinn.)

Klingt vielleicht ein bisschen simplistisch, stimmt. Ist aber ziemlich genau das, was passiert ist. Einer der reichsten Leute der Welt hat eine Reihe von Stiftungen und Initiativen gegründet, u.a. GAVI, die Stiftung, die weltweit Impfstoffe bereitstellt, oder die Gruppierung, die dafür sorgt, dass die Welt für die nächste Pandemie gewappnet ist, CEPI, das Komitee für epidemisches Mäusehustenhören. Er durfte auch in der Deutschen Tagesschau am Ostersonntag 2020 auftreten, um der deutschen Welt in 7 Minuten das Evangelium von der Auferstehung der Welt durch die Impfung zu verkünden. Er hat BioNTech im Oktober 2019 aus der Patsche geholfen, als die Firma vor dem Bankrott stand und mit ihr und ihren mRNA-Stoffen eine zweistellige Milliardensumme verdient, wenn ich recht informiert bin. Er war natürlich nicht doof und hat auch parallel in andere ähnliche Firmen investiert. Damit tut er genau das: Er verdient Unsummen Geld, die er wieder reinvestiert in sein Programm der Rettung der Menschheit. Das erlaubt es ihm, die legislativen Prozesse zu beeinflussen. Denn die WHO wird finanziert von den Ländern der Welt, allen voran Deutschland. An zweiter und dritter Stelle kommen die *Bill and Melinda Gates Stiftung* und die Impfallianz GAVI, die ebenfalls von Gates maßgeblich mitfinanziert und gesteuert wird (diese Information ist ebenfalls aus Herrn Kruses Vortrag). Man muss sich also nur Deutschland warmhalten, dann hat man ziemlich viel Gewicht in der WHO. Das ist nicht so schwie-

rig. Deutschland ist durch den Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsvertrag [25] eng an die USA angebunden. Manche unken sogar, Deutschland sei der 53. Staat der Vereinigten Staaten, ohne dass es die Deutschen wissen (ich glaube, das habe ich bei Herrn Rügemer gelesen, da bin ich mir aber nicht mehr sicher [45]).

Bevor jetzt in allen Köpfen die Warnlampen über der Kategorie „Verschwörung“ ins Dauerblinken übergehen, noch ein letztes Wort zu diesem Unwort. Der Begriff „Verschwörungstheorie“ ist in der Coronakrise zu einem Unwort geworden. Mit ihm versuchte man, unliebsame Information aus dem Diskurs auszugrenzen. Würde man ein Register dessen führen, was wann von wem als Verschwörungstheorie bezeichnet worden ist und wie lange es gedauert hat, bis das Gegenteil als Verschwörungstheorie galt – erst war die Empfehlung zum Tragen von Gesichtsmasken Teil einer Verschwörungstheorie, dann die Behauptung, sie seien schädlich –, es wäre ein Register von Fehlurteilen, miserabler Recherche und politischer Propaganda. Der Begriff ist letztlich nichts anderes als der Versuch, Ideen, Daten und Analysen zu tabuisieren, weil sie irgendwem, der gerade das Sagen hat, nicht in den Kram passen. Wer ihn verwendet zeigt letztlich aus meiner Sicht nichts anderes, als dass er schlecht informiert ist oder denkfaul und meistens beides.

Letztlich macht es für uns keinen Unterschied, ob eine unpersönliche Macht wie die systemische Gesetzmäßigkeit eines komplexen sozialen Systems hinter der Entwicklung der neuen Pandemiegesetzgebung der WHO steht oder die Aktion menschlicher Akteure, die sich gerne als den lieben Gott sehen und entsprechend walten und schalten. *Wir* haben die Macht. Indem wir über unsere Regierungen diese Verballhornung von Gesundheit, Menschenwürde und demokratischen Rechten verhindern lassen. Daher, liebe Leserinnen und Leser, reden Sie mit Ihren Abgeordneten und sorgen Sie dafür, dass Deutschland bei den Vernehmlassungen zur Veränderung der WHO-Statuten und Vereinbarungen ein Veto einlegt.

Quellen:

- [35] Springer Link, HEC Forum, Elisha E., Guetzkow J., Shir-Raz Y., Ronel N. „Suppressing Scientific Discourse on Vaccines? Self-perceptions of researchers and practitioners“, am 19.5.2022: <<https://doi.org/10.1007/s10730-022-09479-7>>
- [36] doiSerbia, Elisha E., Guetzkow J., Shir-Raz Y., Ronel N. „Going against the flow: Motivations of professionals with critical views on vaccination“ *Temida*, 2022;25(2):155-78: <<https://doi.org/10.2298/TEM2202155E>>
- [37] Katholische Nachrichten, Aktuelles „Veritas liberabit vos!“, am 7.5.2020: <<https://kath.net/news/71579>>
- [38] Bundesregierung Verwaltungsvorschriften „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RStBV)“, vom 1.1.1977 (geändert mit Wirkung vom 1.12.2021): <https://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bswvbund_01011977_420821R5902002.htm>
- [39] MWGFD, Beate Bahner „Wo der Rechtsstaat noch funktioniert ...“, im Januar 2023: <<https://www.mwgfd.org/2023/01/landeserztekammer-bayern-verliert-klage-gegen-den-arzt-dr-ronny-weikl/>>
- [40] Dies wird von Ziffer 90 der Verfahrensordnung geregelt. Ich kenne einen Fall, in dem eine Staatsbehörde eine Privatperson strafrechtlich belangen will. Der Staatsanwalt wollte das Verfahren einstellen, weil er keinen Anlass für eine Strafverfolgung sah. Es wurde ihm aber von der Behörde verboten, das Verfahren einzustellen.
- [41] Deepl Übersetzer: <<https://www.deepl.com/translator>>
- [42] Psychosozial-Verlag, Rezension von: Mattias Desmet „The Psychology of Totalitarianism“ London & White River Junction VT: Chelso Green, in 2022: <https://www.psychosozial-verlag.de/catalog/product_info.php?cPath/14000_14500/products_id/21450>
- [43] Prof. Harald Walach Blog „Ein Mittelweg in schwierigen Zeiten“, am 17.10.2022: <<https://harald-walach.de/2022/10/17/ein-mittelweg-in-schwierigen-zeiten/>>
- [44] HJR Verlag „Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika“, am 29.10.1954: <https://www.hjr-verlag.de/out/pictures/wysiwigpro/Download/978-3-8114-6054-6_Download_118.pdf>
- [45] Thalia, Nomen Verlag, Werner Rügemer „BlackRock & Co. enteignen!“, am 18.11.2022: <<https://www.thalia.de/shop/home/artikeldetails/A1061915316>>



Dieser Text wurde zuerst am 25.04.2023 auf www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/ unter der URL < https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-6-7-vom-25-april-2023.html#article_1509 veröffentlicht.

Lizenz: © Thomas Kaiser, Zeitgeschehen im Fokus

Luftwaffengeneral Richard B. Myers, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, überreicht am 7. April 2005 im Pentagon die Legion of Merit an Bundeswehrgeneral Harald Kujat. Kujat erhielt die Medaille für seine Arbeit mit dem Nordatlantikvertrag Organisation und der Bundesrepublik Deutschland. (Foto: Staff Sgt. D. Myles Cullen, Wikimedia Commons, CCo)



Ablösung der unipolaren Weltordnung?

„Die unipolare Weltordnung, von den USA dominiert, könnte durch eine multipolare Welt abgelöst werden“. Interview mit General a. D. Harald Kujat

Autor: General a. D. Harald Kujat

General a. D. Harald Kujat, geboren am 1. März 1942, war u. a. Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen-Partnerschaftsrates der Generalstabschefs. Für seine Verdienste wurde Harald Kujat mit einer großen Zahl von Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Kommandeurskreuz der Ehrenlegion der Republik Frankreich, dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens Lettlands, Estlands und Polens, der Legion of Merit der Vereinigten Staaten, dem Großen Band des Leopoldordens des Königreichs Belgien, dem Großen Bundesverdienstkreuz, sowie mit weiteren hohen Auszeichnungen, u.a. aus Malta, Ungarn und der Nato.



Zeitgeschehen im Fokus (ZiF): Als ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Nato-Militärausschusses müssen sich Ihnen doch die Nackenhaare sträuben, wenn Sie Macrons Idee von der „strategischen Autonomie“ Europas hören.

General a. D. Harald Kujat (HK): Nein, das ist eine überzeugende Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen geopolitischen Lage. Ich spreche zwar nicht von „strategischer Autonomie“, sondern von der „Selbstbehauptung Europas“. Das bedeutet jedoch mit anderen Worten, was Präsident Macron meint: Die Fähigkeit Europas, sich in der neuen Weltordnung der rivalisierenden großen Mächte, gegenüber China, Russland und den Vereinigten Staaten aus eigener Kraft zu behaupten.

Europa ist in der geopolitischen Machtarithmetik der rivalisierenden großen

Mächte immer weiter ins Hintertreffen geraten. Der Ukrainekrieg führt uns täglich vor Augen, dass die europäische Politik weder bereit noch in der Lage ist, europäische Interessen durchzusetzen. Das zeigen auch die gereizten Reaktionen deutscher Provinzpolitiker, die Macron aus Mangel an geopolitischer Urteilsfähigkeit vorwerfen, Europa zu spalten oder die Bedeutung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten für die europäische Sicherheit zu unterschätzen.

Die Nordatlantische Allianz ist ein Bündnis kollektiver, gegenseitiger Sicherheit auf der Grundlage eines gemeinsamen sicherheitspolitischen Konzepts. Die Vereinigten Staaten leisten ihren Beitrag für die Sicherheit Europas allerdings nicht aus humanitären Gründen, sondern weil es in ihrem nationalen sicherheitspolitischen Interesse ist. Dass es Fälle gibt, in denen die europäischen und ameri-

kanischen Interessen nicht übereinstimmen, ist evident. Deshalb wurde bereits vor Jahrzehnten vereinbart, dass die Nato Kräfte und Mittel für militärische Einsätze in strategischer Verantwortung der Europäischen Union zur Verfügung stellt, falls die Vereinigten Staaten sich nicht an diesen Einsätzen beteiligen.

ZiF: Gibt es Fälle, in denen die amerikanischen und europäischen Interessen überhaupt nicht übereinstimmen?

HK: Ein Beispiel ist die einseitige Kündigung 2019 des für die europäische Sicherheit so wichtigen INF-Vertrages durch die amerikanische Regierung. Noch wenige Monate zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs der Nato-Staaten den Vertrag als „entscheidend für die euro-atlantische Sicherheit“ gewürdigt und betont, „diesem wegweisenden Rüstungskontrollvertrag verpflichtet“ zu bleiben. Als einziger europäischer Politiker kritisierte Präsident Macron, dass die Vertragskündigung erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit Europas hat. Denn damit wur-

de Russland eine Möglichkeit gegeben, ohne irgendwelche vertragliche Begrenzungen erneut ein eurostrategisches Nuklearpotential aufzubauen, das Europa, aber nicht die USA bedroht. Als Konsequenz der amerikanischen Entscheidung forderte Macron, Europa müsse sich selbst verteidigen können. Und er fügte hinzu, die amerikanische Entscheidung sollte Anlass sein, über eine europäische nukleare Abschreckung nachzudenken. Aber auch das Risiko eines neuen russisch-amerikanischen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent ist durchaus real. Macrons Worte waren vor allem an Deutschland gerichtet. Denn die militärische Schwäche Europas ist vor allem eine Folge der Schwäche Deutschlands. Zumindest hat der Ukrainekrieg ein Umdenken eingeleitet. Hinsichtlich der Stärkung des konventionellen europäischen Pfeilers in der Nato besteht im Bündnis Einvernehmen. Und je länger der Ukrainekrieg dauert, umso klarer wird sich auch erweisen, dass es gravierende Interessen-

unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gibt. Schon im Vorfeld des Krieges, als sich Macron und Scholz in Moskau und Kiew darum bemühten, den Krieg zu verhindern, haben ihnen die Vereinigten Staaten die Unterstützung versagt.

Nur vordergründig beruht die Geschlossenheit des Westens darauf, die Ukraine im Kampf um ihre Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu unterstützen. Auch wenn die Europäer selbst noch keine Vorstellung davon entwickelt haben, muss am Ende des Krieges eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung entstehen, in der alle Staaten des europäischen Kontinents einschließlich der Ukraine und Russlands ihren Platz haben. Dagegen verfolgen die Vereinigten Staaten das Ziel, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger ihre Vormachtstellung als Weltmacht gefährden könnte, nämlich China.



Ronald Reagan und Michail Gorbatschow unterzeichnen den INF-Vertrag im Ostsaal des Weißen Hauses, 8.12.1987. (Foto: White House Photographic Office, Wikimedia Commons, CCo)

ZiF: Macron hat das mangelnde europäische Abwehrpotential erwähnt. Ist denn ein Krieg Russlands gegen Europa denkbar?

HK: Ich sehe keinen Beleg für die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Europa, was ja ein Krieg gegen die Nato wäre. Russland hat die Nato-Erweiterung von Anfang an unter strategischen Gesichtspunkten gesehen, bezogen auf die geostrategische Lage und das Verteidigungspotential eines Landes, oder anders ausgedrückt, in welchem Maße die Nato-Mitgliedschaft das strategische Gleichgewicht zwischen Russland und der Nato verändern würde. Deshalb ist Russland bereit, einen hohen Preis zu zahlen, um eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern, die möglicherweise auch die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in der Ukraine zur Folge hätte. Im Kern geht es vor allem darum, strategische Vorteile des geopolitischen Rivalen USA zu verhindern, nicht zuletzt auch solche, die das nuklearstrategische Gleichgewicht der beiden nuklearen Supermächte gefährden könnten.

Es steht also für die beiden Hauptakteure im Ukrainekrieg, Russland und die Vereinigten Staaten, viel auf dem Spiel. Deshalb bleibt das Risiko bestehen, dass aus dem Krieg in der Ukraine ein Krieg um die Ukraine werden könnte, solange dieser Krieg andauert.

ZiF: Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und China hat sich in letzter Zeit deutlich verschlechtert. Droht ein Konflikt zwischen beiden Staaten?

HK: Auch das Verhältnis der USA zu China wird von geopolitischen Aspekten bestimmt. China ist überzeugt, dass die globalen Risiken seit dem Ukrainekrieg gestiegen sind und die westlichen Länder – im wesentlichen die USA – dafür die Hauptverantwortung tragen. Die Folge ist eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Russland, die beide das Ziel einer multipolaren Welt verfolgen. Aus amerikanischer Sicht hat China sowohl die Absicht als auch zunehmend die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht, die führende Weltmacht zu werden. Mit der gleichen Geschlossenheit wie im Ukrainekrieg gegen Russland sollen deshalb die europäischen Staaten gemeinsam mit den re-

gionalen Partnern Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und künftig auch den Philippinen in ein indo-pazifisches Netzwerk gegen China eingebunden werden. Für den Schulterchluss mit Europa in einem künftigen Konflikt mit China bildet die Nato eine wichtige Brücke. In ihrem neuen strategischen Konzept heißt es, dass China die Interessen, die Sicherheit und die Werte der Mitgliedstaaten in Frage stelle. Die systemischen Herausforderungen Chinas für die euro-atlantische Sicherheit will die Nato nun angehen.

Deshalb ist Präsident Macrons Warnung berechtigt, dass der europäische Kontinent sich nicht in die Konflikte anderer hineinziehen lassen darf. Europa muss in der Lage sein, seine eigenen Interessen zu wahren und diese stärker zu vertreten, und zwar grundsätzlich gegenüber allen drei großen Mächten. Das ist die eigentliche Botschaft, die Präsident Macron in China ausgesendet hat. Macron steht mit seiner Sorge nicht allein. Der amerikanische Stratege Harlan Ullman hat schon vor einiger Zeit besorgt gefragt, ob die USA einen vermeidbaren Fehler begangen haben, indem sie eine strategische militärische Zwei-Fronten-Konfrontation gegen China und Russland eröffnet haben, die er als tickende Zeitbombe bezeichnete.

ZiF: Bezieht sich Macrons Forderung, die eigenen Interessen zu wahren, außer auf den militärischen Bereich auch auf die Wirtschaft oder andere Bereiche?

HK: Macron hat diese Bemerkung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Krisen und Konflikten gemacht. Aber der Ukrainekrieg und der Konflikt mit China sind ein Menetekel, dass wir unsere politischen, wirtschaftlichen, technologischen und nicht zuletzt die militärischen Fähigkeiten ausbauen müssen, wenn wir unabhängiger, handlungsfähiger und sicherer werden wollen. Erforderlich ist eine mehrdimensionale Politik, die durch eine synergetische Gesamtstrategie ein breites Handlungsspektrum eröffnet. Wir sehen das an dem Krieg in der Ukraine, der nicht nur ein militärischer Krieg ist, sondern auch ein Wirtschafts- und Informationskrieg. Europa muss in der Lage sein, sich in allen diesen Bereichen zu behaupten und unabhängig vom Einfluss anderer Mächte eigenständig nach der eigenen In-

teressenlage Entscheidungen zu treffen. Das ist kein Widerspruch zu einer engen Abstimmung mit Verbündeten und Partnern, wie dies beispielsweise in der Allianz geschieht, deren Stärke darin besteht, die verschiedenen nationalen Interessen zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu vereinen.

ZiF: Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China sind doch entstanden, weil China die Vereinigung mit Taiwan anstrebt.

HK: Richtig ist, dass sich die Spannungen in der letzten Zeit verschärft haben. Der chinesische Präsident hat auf dem letzten Parteikongress der KP-China die Absicht bekräftigt, die Vereinigung mit Taiwan auf friedlichem Wege anzustreben. Zugleich hat er jedoch jede Verpflichtung zum Gewaltverzicht verneint. Noch verfügt China nicht über militärische Fähigkeiten, um Taiwan einzunehmen. Aber in wenigen Jahren wird dies der Fall sein. Der Taiwan-Konflikt könnte zum Kulminationspunkt der amerikanisch-chinesischen geopolitischen Rivalität werden. Denn dies ist die eigentliche Ursache für einen möglichen Konflikt.

Der Taiwan Relations Act von 1979 regelt die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, und zwar in der Weise, dass die USA die Unabhängigkeit und die Verteidigungsfähigkeit Taiwans durch Waffenlieferungen und andere Maßnahmen unterstützen. Ein direktes militärisches Engagement zur Verteidigung Taiwans ist damit jedoch nicht verbunden. Bisher haben alle amerikanischen Präsidenten auch eine entsprechende Festlegung vermieden. Im Oktober 2021 hat jedoch Präsident Biden erstmals ausdrücklich erklärt, sollte Taiwan von China angegriffen werden, würden die USA militärischen Beistand leisten. Damit sind von beiden Seiten Weichenstellungen vorgenommen worden, damit ist das Risiko eines militärischen Konflikts erheblich gestiegen. Es ist offenbar die Gefahr einer direkten Verwicklung der Nato und damit Europas, die Macron zu seiner nachdrücklichen Warnung veranlasst hat.

Das Vertragsgebiet der Nordatlantischen Allianz ist allerdings im Washingtoner Vertrag präzise definiert. Ein militärisches Engagement im Westpazifik wird davon nicht abgedeckt.

Anteil an der Weltwirtschaft [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Etwas mehr als 40 % der Weltbevölkerung, knapp über drei Milliarden Menschen, leben in den BRICS-Staaten. Ihr Anteil am nominellen weltweiten Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2021 ein Viertel. Beim BIP nach Kaufkraftparität lag er mit über 31 % deutlich höher. (Zum Vergleich: In den G7-Staaten leben etwa 11 % der Weltbevölkerung, kaufkraftbereinigt werden dort 33 % des weltweiten BIP erwirtschaftet).^[19]

Land ↕	Bevölkerung		BIP (nominell)		BIP (Kaufkraftparität)		Human Development Index 2021	
	in Mio. ↕	in % der Welt ↕	in Mio. US\$ ↕	in % der Welt ↕	in Mio. US\$ ↕	in % der Welt ↕	Erzielter Wert ↕	Platz ↕
China	1.425,9	17,9	17.744.640	18,3	27.206.091	18,6	0,768 (hoch)	79
Indien	1.417,2	17,8	3.176.296	3,3	10.193.541	7,0	0,633 (mittel)	132
Brasilien	215,3	2,7	1.608.080	1,7	3.435.874	2,3	0,754 (hoch)	87
Russland	144,7	1,8	1.778.530	1,8	4.494.223	3,1	0,822 (sehr hoch)	52
Südafrika	59,9	0,8	418.907	0,4	868.576	0,6	0,713 (hoch)	109
Gesamt	3.089,2	41,0	16.848.162	25,5	40.599.671	31,5	-	-
Welt	7.975,1	100,0	97.076.276	100,0	146.607.920	100,0	-	-

Stand / Quelle: Bevölkerung im Jahre 2022^[20], nominelles BIP 2021^[21], BIP (KPP) 2021^[22], HDI 2021^[23]

Exporte im Vergleich

Staat	Exporte in 2022
Volksrepublik China	3.594 Mrd. €
Russland	532 Mrd. €
Indien	453 Mrd. €
Brasilien	334 Mrd. €
Südafrika	123 Mrd. €
Vereinigte Staaten	2.065 Mrd. €
Deutschland	1.655 Mrd. €
Japan	747 Mrd. €
Frankreich	618 Mrd. €

Quelle: WTO^[24]
Zum Vergleich sind andere führende Exportnationen in der Tabelle enthalten.

Screenshot Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/BRICS-Staaten>

ZiF: Bezieht sich Macron mit dem Begriff der strategischen Autonomie Europas nur auf das Verhältnis zu den USA?

HK: Im Verhältnis zu den USA ist dies augenfällig, weil Europas Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und sicherlich auch noch einige Zeit vom amerikanischen Engagement abhängt. So haben es Macrons Kritiker aufgefasst. Aber für Macron bedeutet dies sicherlich strategische Autonomie gegenüber allen großen Mächten und eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Fähigkeit, Probleme, die Europas Sicherheit gefährden, an der europäischen Peripherie zu bewältigen. Dort liefern sich die Großmächte seit Jahren eine Auseinandersetzung um Einflusszonen, die Regionalmächte Stellvertreterkriege um regionale

Dominanz und ethnische und religiöse Minderheiten um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Übervölkerung, religiöse Gegensätze und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen bilden den Nährboden für islamistische und fundamentalistische Terrorgruppen und sind die Ursache für immer neue Migrationswellen.

ZiF: Die Probleme an der Peripherie sind doch vor allem durch das Eingreifen der USA entstanden...

HK: Ja, amerikanische militärische Interventionen, beispielsweise im Irak, in Libyen oder in Syrien, haben zu großen regionalen Verwerfungen geführt und die Sicherheit des europäischen Kontinents negativ beeinflusst.

ZiF: Was Sie vorhin über das Verhältnis China-USA erklärt haben, kann man

als Kampf der USA um den Erhalt seiner Vormachtstellung verstehen.

HK: Die Vereinigten Staaten sehen in China die umfassendste und ernsthafteste Herausforderung für ihre nationale Sicherheit. Der amerikanische Verteidigungsminister Austin bezeichnet China in der neuen amerikanischen Militärstrategie aber auch als den wichtigsten strategischen Konkurrenten der kommenden Jahrzehnte. Diese Konkurrenz geht allerdings über den militärisch-strategischen Aspekt hinaus und umfasst vor allem auch wirtschaftliche Aspekte, die Gefährdung des Dollars als Weltleitwährung und den politischen Einfluss in Südamerika, Afrika und Asien. In aller Kürze: Es geht darum, die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu beenden und die

unipolare durch eine multipolare Welt zu ersetzen.

Man muss auch in diesem Zusammenhang konstatieren, dass der Ukrainekrieg Europa an eine Wegscheide geführt hat. Sowohl die USA als auch Europa haben die geostrategische Dynamik, die durch das Ukraine-Engagement auf beiden Seiten entstanden ist, unterschätzt. Der Ukrainekrieg ist ein Menetekel für Europa, entschlossen den Weg zu geopolitischer, wirtschaftlicher, technologischer und nicht zuletzt militärischer Selbstbehauptung einzuschlagen.

Der Krieg hat zudem die Bildung geopolitischer Blöcke gefördert. Während die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die Nato näher zusammenrücken, ist um China und Russland ein zweiter geopolitischer Block entstanden. Den Kern bilden die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sowie die Schanghai Kooperation (SCO) mit China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Die BRICS-Staaten repräsentieren 40 Prozent, die westlichen G7-Staaten 12,5 Prozent der Weltbevölkerung. Inzwischen ist das Bruttoinlandsprodukt der BRICS-Staaten höher als jenes der westlichen G7-Staaten. Dieser östliche Block hat in letzter Zeit eine enorme Attraktivität entwickelt.

ZiF: Für welche Staaten, neben ihren Mitgliedsländern, spielt dieser Zusammenschluss eine Rolle?

HK: China arbeitet mit Saudi-Arabien auf dem globalen Ölmarkt und der Nutzung der Kernenergie zusammen, unterstützt den Beitritt Saudi-Arabiens zur BRICS-Gruppe und treibt die Bildung einer rohstoffbasierten Reservewährung als Konkurrenz zum Petrodollar voran. Bereits heute wird teilweise in russischer oder chinesischer Währung bezahlt. Neben Saudi-Arabien haben Argentinien, Ägypten, Kasachstan, Nigeria, die Vereinigten Arabischen Emirate, Senegal und Thailand Interesse an einem BRICS-Beitritt bekundet.

ZiF: Es ist sehr interessant, wie Sie jetzt den Bogen gespannt haben. Das heißt doch eigentlich, dass diese immer wieder bemühte Argumentation, „Russland ist isoliert“ nicht der Realität entspricht, denn tatsächlich sind es vielmehr

Staaten, die mit Russland und China kooperieren wollen. Geht die Sichtweise des Westens, dass er der Mittelpunkt der Erde sei, nicht völlig an der Realität vorbei?

HK: Das geht in der Tat an der Realität vorbei. Die Europäische Union hat im Wirtschaftskrieg mit Russland fortgesetzt umfangreiche Sanktionen erlassen. Obwohl diese mit dem Ziel begonnen wurden, Russland zur Einstellung des Angriffs auf die Ukraine zu zwingen und von der Voraussetzung ausgingen, dass die Sanktionen sich weder auf die Energiepreise auswirken noch Nachteile für die Wirtschaft der europäischen Staaten entstehen würden, trat genau das Gegenteil ein. Russland ist auch nicht in dem erwarteten Ausmaß geschwächt worden. In den letzten Tagen haben wir Zahlen gesehen, nach denen die russische Wirtschaft wächst und die deutsche Wirtschaft schrumpft, was sich insgesamt auf Europa auswirken wird. Man muss in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass als Folge des Ukrainekrieges und insbesondere der damit verbundenen wirtschaftlichen Aspekte, die Aussicht gewachsen ist, die unipolare Weltordnung, die von den USA wirtschaftlich, militärisch und politisch dominiert wird, könnte durch eine multipolare Welt abgelöst werden.

ZiF: Wie kann denn Europa in einer multipolaren Welt seinen Platz finden?

HK: Die Nordatlantische Allianz verbindet Nordamerika und Europa zu einem Bündnis souveräner, demokratischer Staaten, von denen jeder einzelne zur gemeinsamen Sicherheit beiträgt. Das große Verdienst des Bündnisses besteht darin, die nationalen Interessen jedes einzelnen Mitgliedstaates in ein gemeinsames Konzept zu integrieren und trotz immer wieder auftretenden Gegensätzen und Problemen die Gemeinsamkeiten zu bewahren.

Da die geostrategische Lage der beiden Kontinente sehr unterschiedlich ist, gelten auch unterschiedliche Bedingungen für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit. Das müssen die Europäer künftig stärker berücksichtigen und dementsprechend auch größere Verantwortung für ihren Kontinent übernehmen. Dadurch wären die europäischen Mitgliedstaaten in der Lage, ihren Einfluss auf die Sicher-

heitspolitik, die Strategie und Verteidigungsplanung der Nato zu vergrößern. Aber allein mehr in die Sicherheitsvorsorge und die Verteidigungsfähigkeit zu investieren, wäre zu kurz gedacht. Die eigentliche Herausforderung besteht in der Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur für den europäischen Kontinent und die Formulierung gemeinsamer Interessen im Rahmen der neuen geopolitischen Weltordnung.

ZiF: Was geschieht, wenn die Europäer den USA die Gefolgschaft verwehren und sich für die multipolare Welt entscheiden, die vielleicht doch zu mehr Frieden führt als das ewige Streben nach Dominanz? Würde das die USA davon abhalten, diesen Kriegskurs weiterzuführen, wie sie ihn gegen China fahren?

HK: Ein Krieg zwischen zwei nuklear strategischen Supermächten wird der Welt hoffentlich erspart bleiben. Die massive Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte macht große Fortschritte. Nuklear strategisch hat China zu den beiden nuklearen Supermächten Russland und USA weitgehend aufgeschlossen. Deshalb sagte Admiral Charles Richard, der damalige Befehlshaber des US-Strategic Command, 2022: „Diese Ukraine Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen. Die große Krise kommt noch. Wir werden auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben. Wenn ich den Grad unserer Abschreckung gegenüber China einschätze, dann sinkt das Schiff langsam, aber es sinkt.“ Damit beschreibt er das enorme Risiko, das die USA im Falle eines Konflikts mit China eingehen. Und eben nicht nur die USA, sondern möglicherweise auch die Europäer, wenn wir den von der Nato begonnenen Kurs fortsetzen.

ZiF: Nach Ihren Ausführungen stellt sich mir die Frage, ist denn China interessiert, mit den USA eine militärische Auseinandersetzung zu provozieren?

HK: China hat gezeigt, dass es bereit ist, eine militärische Eskalation mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen, wenn es um die Taiwanfrage geht. Zugleich setzt China seinen Kurs fort, politisch, wirtschaftlich und militärisch die Weltmachtspitze anzustreben. Das bedeutet jedoch nicht, dass China eine militärische Auseinandersetzung sucht. Letzt-

lich entscheidet darüber die Frage, was beide Staaten bereit sind, für Taiwan in die Waagschale zu werfen.

ZiF: Worin sich die Politik der Chinesen und des Westens unterscheidet, ist doch, dass die Chinesen sich nicht in die europäische Politik einmischen und diese auch nicht beurteilen und bewerten. Während des Besuchs von Ursula von der Leyen oder Annalena Baerbock war deutlich, dass die Europäer das immer tun.

HK: Natürlich hat das große Projekt der Neuen Seidenstraße nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung. Aber es ist richtig, wie wir gerade in letzter Zeit gesehen haben, dass die Bereitschaft, sich zu innenpolitischen Problemen Chinas zu äußern, bei europäischen Politikern wesentlich stärker ausgeprägt ist als umgekehrt.

Jede ideologisch eingefärbte Außenpolitik führt nicht nur zu politischen Risiken, sondern verursacht im Allgemeinen auch Schaden für die eigene Wirtschaft. Das deutsch-chinesische Handelsvolumen beträgt über 200 Milliarden Euro; der wirtschaftliche Verkehr muss grundsätzlich auf gleicher Augenhöhe erfolgen, deutsche Firmen in China also die gleichen Bedingungen erhalten wie chinesische Firmen in Deutschland. Die Globalisierung hatte für unsere Wirtschaft bisher große Vorteile, führt aber auch zu wechselseitiger Abhängigkeit.

ZiF: Welche Rolle müsste denn Europa im Ukraine Konflikt spielen?

HK: Ich würde das gern auf Deutschland beschränken. Die Bundesregierung hat bereits am 2. Mai 2022 einer von der Ukraine eingebrachten Uno-Resolution zugestimmt, in der die Generalversammlung nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel fordert. Im vergangenen Februar ist die Bundesregierung durch die Zustimmung zu einer weiteren Uno-Resolution mit gleichem Tenor die Verpflichtung eingegangen, zu einer friedlichen Beilegung des Krieges beizutragen. Außerdem ist Deutschland durch das Friedensgebot des Grundgesetzes im besonderen Maße verpflichtet, sich für ein Ende des Krieges einzusetzen. Was soll man davon halten, wenn dies alles missachtet und selbst ein Waffenstillstand vom amerikanischen Außenminister als „keine gute Idee“ bezeichnet wird? Entsprechende Initiativen wie diejenige, die kürzlich von China lanciert worden ist, werden in den deutschen Medien reflexartig abgelehnt, obwohl gerade das chinesische Zwölf-Punkte-Papier sich auf die Uno-Resolution bezog und die Wiederaufnahme der im April letzten Jahres abgebrochenen Verhandlungen vorschlug. Zwei mächtige Politiker, wie der chinesische Präsident Xi Jinping und der brasilianische Präsident Lula da Silva sagen, sie seien sich einig, dass Verhandlungen der einzige mögliche Weg seien, um die Krise zu lösen. Ich finde diese Einstellung zur Lösung von Krisen und Konflikten höchst bemerkenswert und beispielhaft, zumal das zwei Politiker

sagen, hinter denen Organisationen stehen, die 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Auch die Präsidenten Macron und Xi Jinping haben gemeinsam zu baldigen Friedensgesprächen aufgerufen. Macron sagte, Ziel sei die „Wiederaufnahme der Gespräche, so schnell wie möglich, für einen dauerhaften Frieden.“

ZiF: Letztlich hat Putin vom Beginn des Ukrainekriegs weg diese Auffassung auch vertreten.

HK: Ja, aber es wurde von westlichen Politikern immer wieder behauptet: Putin wolle nicht verhandeln, dann hieß es, mit Putin könne man nicht verhandeln, dann hieß es, mit Putin dürfe man nicht verhandeln. Tatsache ist jedoch, dass beide Seiten verhandelt haben, und das durchaus erfolgreich. Übrigens hat auch Präsident Biden die Auffassung vertreten, dass der Krieg mit Verhandlungen beendet wird. Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es jedoch, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Russland und die Ukraine haben in letzter Zeit die Bedingungen für einen Verhandlungsfrieden höhergeschraubt und sogar Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt. Ich habe den Eindruck, dass beide Kriegsgegner darauf setzen, die eigene Verhandlungsposition durch eine erfolgreiche militärische Offensive zu verbessern. Dies könnte sich jedoch sehr schnell als Trugschluss erweisen.

ZiF: Herr General Kujat, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser



Dieser Text wurde zuerst am 09.05.2023 auf www.thecradle.co unter der URL <https://thecradle.co/article-view/24623> veröffentlicht. Lizenz: Pepe Escobar, The Cradle, CC BY-NC-ND 4.0

Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Sotschi. Die Gespräche sind den Problemen der syrischen Siedlung gewidmet, 22.11.2017. (Foto: Pressedienst des Präsidenten Russlands, Wikimedia Commons, CC-BY-4.0)



Gewagtes Spiel auf dem westasiatischen Schachbrett

Im Wettbewerb der Großmächte ist alles miteinander verbunden: Die unsicheren Verhandlungen zwischen Russland und der NATO über die Ukraine könnten durch ein Umschwenken der Türkei nach den Wahlen und die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga beeinträchtigt werden.

Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Investigativjournalist, geo-politischer Analytiker und Chefkorrespondent der in Hongkong ansässigen Asia Times. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Er ist außerdem ständiger Mitarbeiter von Global Research und veröffentlichte im Jahr 2015 sein Buch „2030“.



Westasien ist eine Region, in der sich gegenwärtig viele geopolitische Aktivitäten abspielen. Die jüngsten diplomatischen Bemühungen, die von Russland initiiert und von China unterstützt wurden, haben zu einer für lange Zeit schwer erreichbaren Annäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien geführt, während die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga [1] mit großem Tamtam begrüßt wurde. Das diplomatische Treiben signalisiert eine Abkehr von der imperialen „Teile und herrsche“-Taktik, mit der seit Jahrzehnten nationale, stammesbezogene und sektiererische Gräben in dieser strategischen Region aufgerissen werden.

Der vom Imperium und seinen Terrororganisationen unterstützte Stellvertreterkrieg in Syrien – einschließlich der Besetzung ressourcenreicher Gebiete und des massenhaften Diebstahls syrischen

Öls – wütet weiter, obwohl Damaskus die Oberhand gewonnen hat. Dieser Vorteil, der in den letzten Jahren durch eine Flut tödlicher Wirtschaftssanktionen des Westens geschwächt wurde, wächst nun exponentiell: Der syrische Staat wurde durch den jüngsten offiziellen Besuch des iranischen Präsidenten Ebrahim Rais [2] – der eine Ausweitung der bilateralen Beziehungen versprach – am Vorabend der Rückkehr Syriens in die Arabische Liga weiter gestärkt.

„Assad muss weg“ – ein Mantra [3], das direkt aus der kollektiven westlichen Hybris stammt – hat sich letztendlich nicht erfüllt. Ungeachtet der imperialen Drohungen kamen die arabischen Staaten, die versucht hatten, den syrischen Präsidenten zu isolieren, zurück und lobten ihn erneut, angeführt von Moskau und Teheran.

In informierten Moskauer Kreisen wird ausgiebig über Syrien diskutiert. Übereinstimmung besteht mehr oder weniger darin, dass Russland, das sich jetzt auf den „Alles-oder-Nichts“-Stellvertreterkrieg konzentriert, nicht in der Lage sein wird, eine Friedenslösung für Syrien durchzusetzen. Das schließt jedoch nicht aus, dass die Saudis, Iraner und Türken für ein Abkommen unter russischer Führung eintreten.

Ohne das aggressive Verhalten der Strauss'schen Neokonservativen (Leo Strauss ist der Vordenker der Neokonservativen, Anm. d. Red.) im Washingtoner Beltway hätte ein umfassender multiterritorialer Frieden erreicht werden können, der von der Souveränität Syriens über eine entmilitarisierte Zone im Westen des russischen Grenzgebiets bis hin zu Stabilität im Kaukasus alles umfasst, einschließlich einer gewissen Achtung des Völkerrechts.

Dass ein solches Abkommen zustande kommt, ist jedoch unwahrscheinlich. Stattdessen wird sich die Lage in Westasien wahrscheinlich weiter verschlechtern. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, dass der Nordatlantik (gemeint ist die NATO, Anm. d. Red.) seinen Schwerpunkt bereits auf das Südchinesische Meer verlagert hat.

Trotz der Dringlichkeit der Situation scheint Moskau nicht in Eile zu sein. Seine wichtigste militärische Strategie ist – wie man in Bakhmut/Artemjowsk sehen kann – eine Kombination aus Schnecken-tempo und Fleischwolf. Das ultimative Ziel ist die Entmilitarisierung der gesamten NATO – nicht nur der Ukraine – und bisher scheint das auch hervorragend zu funktionieren.

Russland setzt auf Langfristigkeit und rechnet damit, dass der kollektive Westen eines Tages einen „Heureka!“-Moment erleben wird und erkennen muss, dass es an der Zeit ist, das Rennen aufzugeben.

Angenommen, durch eine göttliche Fügung begännen in wenigen Monaten Verhandlungen unter Beteiligung Chinas. Moskau und Peking wissen beide, dass sie nichts von dem, was der Hegemon sagt oder unterschreibt, glauben können.

Darüber hinaus ist der entscheidende taktische Sieg der USA bereits unter Dach und Fach: Russland wird sanktioniert, dämonisiert und von Europa getrennt, und die EU wird als deindustrialisierter, unbedeutender, niederer Vasall zementiert.

Ein unmöglicher „Frieden“

Dem kollektiven Westen scheint es an einer entschlossenen Führungspersönlichkeit zu mangeln, während der Hegemon derzeit von einem senilen Präsidenten „geführt“ wird, den ein Rudel lupenreiner Kriegstreiber fernsteuert. Die Situation hat sich so weit zugespitzt, dass die viel gepriesene „ukrainische Gegenoffensive“ in Wirklichkeit der Auftakt zu einer NATO-Demütigung sein könnte, die Afghanistan wie ein Disneyland am Hindukusch aussehen lassen wird.

Möglicherweise gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen Russland und der NATO von heute und der Türkei und Russland vor dem März 2020: Beide Seiten setzen auf einen entscheidenden militärischen Durchbruch auf dem Schlachtfeld,

bevor sie sich an den Verhandlungstisch setzen. Die USA sind verzweifelt: Selbst das „Orakel“ des 20. Jahrhunderts, Henry Kissinger, sagt jetzt, dass es unter Einbeziehung Chinas noch vor Ende 2023 Verhandlungen geben wird [4].

Vorausgesetzt, es kommt zu einem Verhandlungsfrieden, wird das Land wohl eher einem Syrien 2.0 ähneln, mit einem massiven „Idlib“-Äquivalent direkt vor Russlands Haustür – was für Moskau gänzlich inakzeptabel wäre.

In der Praxis werden wir Bandera-Terrorgruppen – die slawische Version von ISIS – haben, die mit Autobomben und Kamikaze-Drohnen durch die Russische Föderation ziehen können. Der Hegemon wird in der Lage sein, den Stellvertreterkrieg nach Belieben ein- und auszuschalten, so wie er es auch in Syrien, Irak und Afghanistan mit seinen Terrorzellen tut.

Der Sicherheitsrat in Moskau weiß aufgrund der Minsker Farce, die sogar die frühere deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zugegeben hat, sehr genau, dass es sich um Minsk auf Steroiden handeln wird: Das Kiewer Regime bzw. das Post-Selenskyj-Regime wird weiterhin



Porträt Banderas am Rathaus Kiew während des Euromaidan am 14. Januar 2014 (Foto: spoilt exile, Flickr, CC BY-SA 2.0)

mit brandneuen NATO-Gimmicks zu Tode bewaffnet werden.

Aber die andere Option – bei der es nichts zu verhandeln gibt – ist ebenso bedrohlich: ein ewiger Krieg.

Unteilbarkeit der Sicherheit

Das eigentliche Abkommen, über das es zu verhandeln gilt, ist nicht der „Bauer in ihrem Spiel“, die Ukraine: Es ist die Unteilbarkeit der Sicherheit. Das ist genau das, wovon Moskau mit den Briefen vom Dezember 2021 Washington zu überzeugen versucht hat [5].

In der Praxis ist das, was Moskau derzeit tut, Realpolitik: Es schlägt die NATO auf dem Schlachtfeld, bis sie genug geschwächt ist, um eine strategische

Militäroperation (SMO) zu akzeptieren. Die SMO würde notwendigerweise eine entmilitarisierte Zone zwischen der NATO und Russland, eine neutrale Ukraine sowie keine in Polen, dem Baltikum oder Finnland stationierten Atomwaffen beinhalten.

Da der Hegemon jedoch eine im Niedergang begriffene Supermacht und „nicht abkommensfähig“ ist, ist es ungewiss, ob irgendetwas davon Bestand haben würde. Insbesondere angesichts der Besessenheit des Hegemons von der unendlichen NATO-Erweiterung. „Nicht abkommensfähig“ (недоговороспособны) ist übrigens ein Begriff, den russische Diplomaten geprägt haben, um die Unfähigkeit ihrer amerikanischen Kollegen zu beschreiben, sich an irgendeine von ihnen unterzeichnete Vereinbarung zu halten – von Minsk bis hin zum Atomabkommen mit dem Iran.

Diese brenzlige Mischung wird durch die Einführung des türkischen Faktors noch komplexer.

Der türkische Außenminister Çavuşoğlu hat bereits deutlich gemacht, dass Ankara, sollte Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen am 14. Mai an der Macht bleiben, weder Sanktionen gegen Russland verhängen noch das Montreux-Übereinkommen verletzen wird, das die Durchfahrt von Kriegsschiffen zum und vom Schwarzen Meer in Kriegszeiten verbietet.

Risiken der geopolitischen Wende Ankaras

Ibrahim Kalyn, Erdoğan's oberster sicherheits- und außenpolitischer Berater, hat zutreffend darauf hingewiesen, dass es keinen Krieg zwischen Russland und der Ukraine gibt, sondern einen Krieg zwischen Russland und dem Westen, wobei die Ukraine als Stellvertreter dient.

Aus diesem Grund investiert der kollektive Westen viel Geld in eine „Erdoğan muss weg“-Kampagne, die aufwendig finanziert wird, um eine seltsam zusam-

mengewürfelte Koalition ins Präsidentenamt zu bringen. Sollte die türkische Opposition gewinnen – und ihre Zahlungen an den Hegemon beginnen – könnte es wieder zu Sanktionen und Verstößen gegen Montreux kommen.

Allerdings könnte Washington hier eine Überraschung erleben. Der türkische Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu hat angedeutet, dass die außenpolitische Ausrichtung Ankaras mehr oder weniger ausgewogen bleiben wird [7], während einige Beobachter glauben, dass selbst bei einem Sturz Erdoğan's die Westorientierung der Türkei Grenzen haben wird [8].

Erdoğan, der vom Staatsapparat und seinem immensen Patronagenetz profitiert, setzt alles daran, seine Wiederwahl zu sichern. Nur dann könnte er sich von der ständigen Absicherung seiner Einsätze zu einem echten Akteur der eurasischen Integration entwickeln.

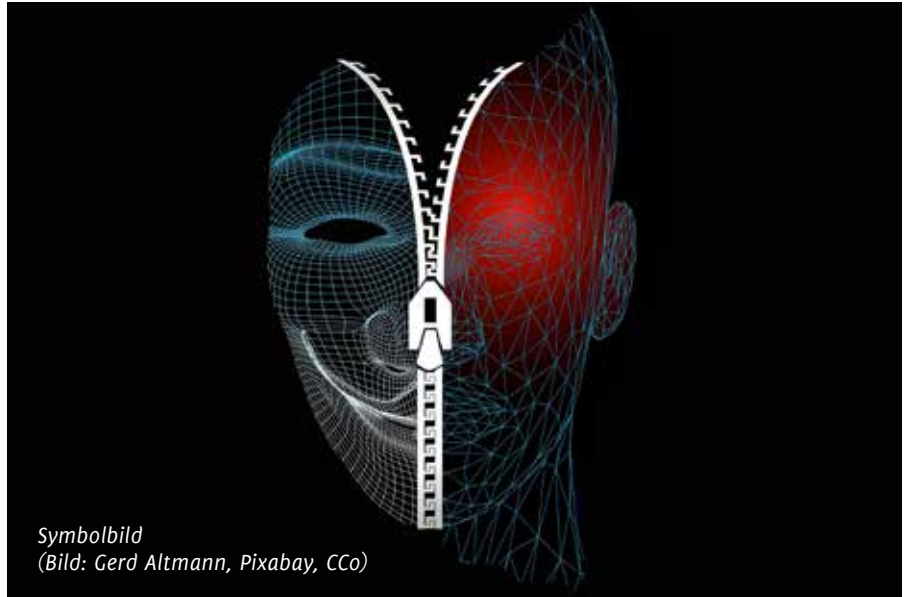
Ankara unter Erdoğan ist in seiner jetzigen Form nicht pro-russisch, sondern versucht, von beiden Seiten zu profitieren. Die Türken verkaufen Bayraktar-Drohnen an Kiew, haben militärische Deals abgeschlossen und investieren gleichzeitig unter dem Deckmantel der „Türkischen Staaten“ in separatistische Tendenzen auf der Krim und in Cherson.

Gleichzeitig ist Erdogan dringend auf die militärische und energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland angewiesen. In Moskau macht man sich keine Illusionen über „den Sultan“ oder darüber, wohin die Türkei steuert. Wenn Ankaras geopolitische Wende feindselig ist, werden die Türken am Ende die besten Plätze im eurasischen Hochgeschwindigkeitszug verlieren – von BRICS+ [9] bis zur Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ [10]) und allen Räumen dazwischen.

Quellen:

- [1] The Cradle, NewsDesk „Syria officially welcomed back into Arab League“, am 7.5.2023: <<https://thecradle.co/article-view/24524/syria-officially-welcomed-back-into-arab-league>>
- [2] The Cradle, NewsDesk „Iran, Syria vow continued strengthening of ties“, am 5.5.2023: <<https://thecradle.co/article-view/24464/iran-syria-vow-continued-strengthening-of-ties>>
- [3] The Cradle, NewsDesk „Syria officially welcomed back into Arab League“, am 7.5.2023: <<https://thecradle.co/article-view/24524/syria-officially-welcomed-back-into-arab-league>>
- [4] Newsweek, Maura Zurick „Kissinger Predicts China Involvement Will Lead to Ukraine Peace Talks“, am 8.5.2023: <<https://www.newsweek.com/kissinger-predicts-china-involvement-will-lead-ukraine-peace-talks-1798917>>
- [5] The Guardian, Andrew Roth „Russia issues list of demands it says must be met to lower tensions in Europe“, am 17.12.2021: <<https://www.theguardian.com/world/2021/dec/17/russia-issues-list-demands-tensions-europe-ukraine-nato>>
- [6] The Cradle, Mohamad Hasan Sweidan „Turkish elections: What if Putin loses Erdogan?“, am 8.5.2023: <<https://thecradle.co/article-view/24437/analysis>>
- [7] Twitter, Kemal Kılıçdaroğlu „Ne Batı ne Doğu, bu Türk'ün Yolu.“, am 6.5.2023: <https://twitter.com/kilicdaroglu/status/1654939104495255552?ext=HHwWgIC-hZ2Ww_ctAAAA>
- [8] CNN, Nadeen Ebrahim „A change in Turkish might not spell the end of ties with Russia“, am 8.5.2023: <<https://edition.cnn.com/2023/05/08/middleeast/turkey-foreign-policy-elections-russia-mime-intl/index.html>>
- [9] The Cradle, Pepe Escobar „Everybody wants to hop on the BRICS Express“, am 27.10.2022: <<https://thecradle.co/article-view/17447/everybody-wants-to-hop-on-the-brics-express>>
- [10] The Cradle, NewsDesk „German chancellor 'very irritated' by Turkey's plan to join SCO“, am 21.9.2022: <<https://thecradle.co/article-view/15961>>

Dieser Text wurde zuerst am 25.11.2022 auf www.norberthaering.de unter der URL <https://www.norberthaering.de/propaganda-zensur/inokulation/> veröffentlicht. Lizenz: Johannes Mosmann



Symbolbild
(Bild: Gerd Altmann, Pixabay, CCo)

Psychologische Impfung: Wie NATO und EU Kinder gegen unerwünschte Gedanken imprägnieren

Die EU-Kommission drängt in die Schulen, um die kommende Generation „resistent“ gegen vermeintliche „Unwahrheiten“ zu machen. Per „psychologischer Impfung“ sollen die Gehirne widerstandsfähig gegenüber unerwünschten Überzeugungsversuchen werden. Gastautor Johannes Mosmann beschreibt die Strategie der „psychologischen Impfung“ und analysiert anhand einer Prüfungsaufgabe aus den EU-Leitlinien für Lehrkräfte die pervertierte „Medienkompetenz“, die dabei vermittelt wird.

Autor: Johannes Mosmann

Johannes Mosmann ist Mitarbeiter des ›Instituts für soziale Dreigliederung‹ und Geschäftsführer der Freien Interkulturellen Waldorfschule Berlin und freischaffender Autor.



Die Zielsetzung ist ähnlich wie im Korea-Krieg, als das Militär amerikanische Soldaten, die z.B. in Gefangenschaft geraten könnten, gegen Beeinflussung durch den Gegner widerstandsfähig machen wollte. Die EU will psychologische „Angriffe“ aus dem Osten auf die „Einstellungen“ ihrer Bürger abwehren, beginnend bei den Jüngsten.

Am 5. Juli 2022 stimmte das EU-Parlament dem „Digital Service Act“ zu. Die Konsequenzen für die Möglichkeiten freier Meinungsbildung und -äußerung habe ich in einem früheren Beitrag

bereits aufgezeigt [1]. Die meisten der damit beschlossenen Maßnahmen treffen jegliche Art von „Falschbehauptung“, unabhängig davon, ob sie absichtlich oder unabsichtlich getätigt wurde, und ob sie legal oder illegal ist.

Sofern allerdings unter dem häufig kolportierten Begriff der „Desinformationen“ die absichtliche Verbreitung von Lügen seitens einer ausländischen Macht verstanden wird, haben NATO, Bundeswehr und Geheimdienste eigene Befugnisse jenseits dieses Gesetzesrahmens [2]. Tatsächlich werden mit dieser Begrün-

derung NATO, Bundeswehr und Geheimdienste bereits seit 2015 am „Kampf“ gegen „Fake-News“ beteiligt. In Helsinki betreiben NATO und EU-Kommission gemeinsam ein Zentrum gegen hybride Bedrohungen, das ausländische Propagandaangriffe abwehren soll [3].

Welche Volksmeinungen die Wahrheitskrieger aktuell als das Werk Putins verstanden wissen wollen, kann der Datenbank der „East StratCom Task Force“ entnommen werden. Mit Stand von Oktober listet der gemeinsame Dienst von EU und NATO allein über den Ukraine-Konflikt 5.755 gezielte „Desinformationen“ auf, und viele tausend weitere zu anderen Themen wie Corona oder Klimawandel [4]. Demnach verbreitet Russland unter anderem die folgenden „Falschbehauptungen“, um westliche Demokratien zu destabilisieren:

- „Die NATO-Osterweiterung stellt eine ernsthafte Bedrohung für Russland dar.“ [5]
- „Der Westen provoziert Russland.“ [6]
- „Die NATO ist aggressiv.“ [7]
- „Der Westen hat ein tiefes Interesse, Russland einzudämmen.“ [8]
- „Die NATO benutzt die Ukraine, um Russland zu bekämpfen.“ [9]
- „Westliche Sanktionen führen zu Nahrungsmittelkrisen und Preisanstiegen.“ [10]
- „Westliche Sanktionen sind die Ursache der Inflation.“ [11]
- „Die EU-Sanktionen schaden Europa mehr als Russland.“ [12]
- „Die USA profitieren von der Nordstream-Sabotage.“ [13]
- „Die Azow-Nationalisten sind bereit, Schusspositionen in Wohngebäuden zu beziehen.“ [14]
- „Die USA und Europa unterstützen Islamisten in Syrien.“ [15]
- „Die Methode der EU zur Bekämpfung der Pandemie gerät zum Fiasko.“ [16]
- „Corona-Impfstoffe sind experimentell.“ [17]
- „Die Impfstoffe wirken nicht gegen neue Virusstämme.“ [18]
- „Die Pandemie verlieh Bill Gates, Big Pharma und Big Tech mehr Kontrolle über die Bevölkerung.“ [19]
- „Uns stehen Jahre bevor, in denen man versuchen wird, uns auf jede erdenkliche Weise zu kontrollieren und alles mit

unserem Wohlergehen, mit unserer Gesundheit zu rechtfertigen.“ [20]

„Westliche Länder erzwingen Zensur und bringen Abweichler zum Schweigen.“ [21]

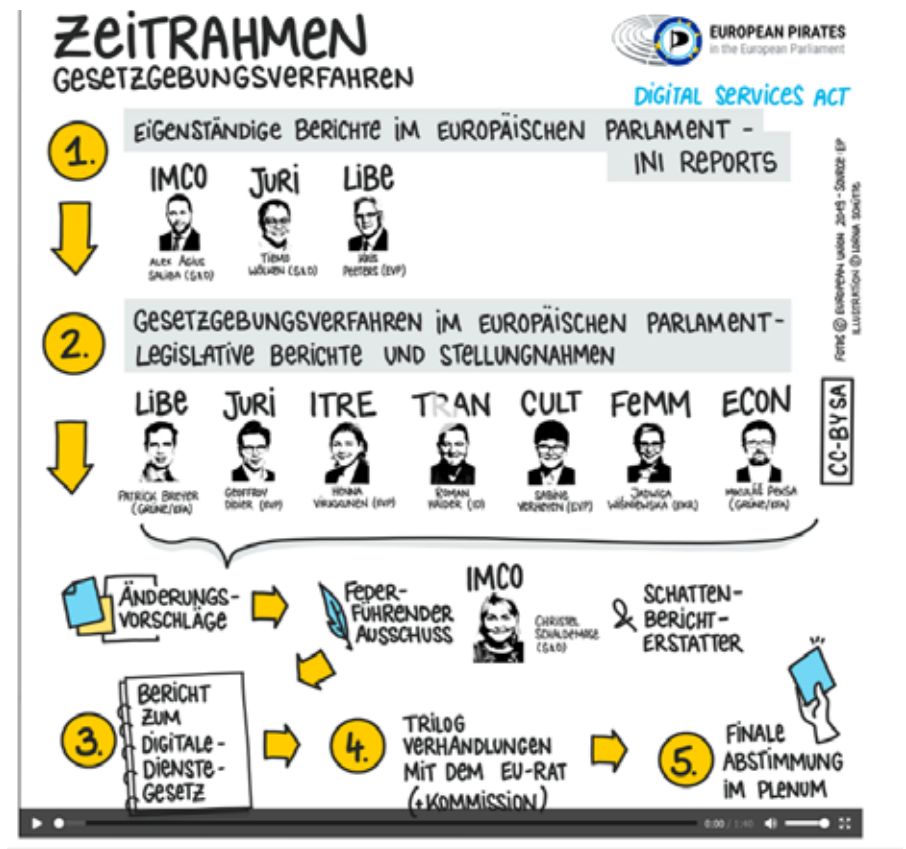
Wohlgemerkt: Wer solche und ähnliche Meinungen äußert, macht sich demnach nicht nur versehentlicher „Falschbehauptungen“ schuldig, sondern beteiligt sich an einem militärischen Angriff auf unser Hoheitsgebiet. Nach dieser Logik verläuft die Front zwischen NATO und Russland mitten durch Europa und hat sich seit Beginn der Pandemie kaum verschoben. Kritiker der Corona-Politik sind in aller Regel für Verhandlungen mit Russland, während Maßnahmen-Befürworter meist auch Waffenlieferungen befürworten.

Allerdings wechseln viele nun ins „feindliche“ Lager. Obwohl Bundesregierung und EU-Kommission sich größte Mühe geben [22], Friedensaktivismus mit Rechtsradikalismus zu assoziieren [23], fordern laut Forsa-Umfragen mittlerweile 77 % der Deutschen [24], den

Krieg diplomatisch zu beenden – und eine Mehrheit ist gar für Gebietsabtretungen an Russland [25].

Offenbar können allein nachträgliche „Entlarvung“, Unterdrückung und Zensur von „Fake-News“ der Regierung noch nicht den gesellschaftlichen Rückhalt für ihre Politik sichern [26]. Deshalb wollen EU-Kommission und Bundesregierung nun auch „vorbeugend“ tätig werden und Kinder für „Desinformation sowie für die von böswilligen Akteuren“ verwendeten Taktiken „sensibilisieren“.

Konzepte zur Erlangung einer so verstandenen „Medienkompetenz“ sollen in den Grund- und Sekundarschulen aller Mitgliedsstaaten verankert werden. Im Februar 2022 legte der „Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union“ des EU-Parlaments dem Plenum einen „Entwurf zur Entschließung“ vor [27]. Darin fordert er „in der Erwägung, dass die Vorbeugung und proaktive Maßnahmen, einschließlich Prebunking, weitaus wirksamer sind als



(Screenshot: <https://www.patrick-breyer.de/beitraege/dsa/>)

die anschließende Überprüfung von Fakten und Widerlegung von Behauptungen, die eine geringere Reichweite haben als die ursprüngliche Desinformation“ alle Mitgliedstaaten auf, „Medienkompetenz und digitale Kompetenz“ von „der frühen Jugend bis hin zur Erwachsenenbildung in ihre Lehrpläne aufzunehmen.“

Am 09. März 2022 stimmte das EU-Parlament dem Entwurf zu und begrüßte die entsprechende Beauftragung der „Expertengruppe zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch Bildung und Ausbildung“, die sich „unter anderem auf kritisches Denken, die Ausbildung von Lehrern, Prebunking, Entlarvung und Faktenüberprüfung sowie das Engagement von Schülern konzentrieren wird.“ [28]

Den Teufel an die Wand malen

„Prebunking“ ist ein Fachbegriff der Inokulations-Forschung und kann als Gegensatz zu „Debunking“ verstanden werden. Klassisches „Fact-Checking“ betreibt „Debunking“, entlarvt also Behauptungen als „falsch“, nachdem sie getätigt wurden. Das „Prebunking“ dagegen soll die psychische Einstellung des Empfängers so präparieren, dass er die fragliche Behauptung bereits für falsch hält, bevor er mit ihr in Kontakt kommt.

Das kann zum Beispiel dadurch geschehen, dass Schüler in einer virtuellen Umgebung selbst Fake-News produzieren und sich so scheinbar in „böswillige Akteure“ hineinversetzen. Treffen sie dann im Alltag auf eine Nachricht, der dieselbe Kommunikationsstrategie zu Grunde zu liegen scheint, lehnen sie deren Inhalt von vorneherein ab.

Diesem Verständnis von „Prebunking“ folgen etwa die Lernspiele „Fake it to Make it“ oder „Get Bad News“ [29], welche die East StratCom Task Force für den Einsatz in Schulen empfiehlt. Bei „Fake it to Make it“ müssen die Schüler unter steigendem Kostendruck mit aufwühlenden Falschnachrichten permanent neue Gewinne generieren. „Get Bad News“ wiederum erfordert, „seriöse“ Meldungen anzugreifen, indem Profile gefälscht, Verschwörungstheo-

rien verbreitet oder Regierungen kritisiert werden.

Aus ihren politischen Zielen machen die Spielentwickler kein Geheimnis. Amanda Warner, Entwicklerin von „Fake it to Make it“, erklärt ihre Motivation im Interview so [30]: „Ich war nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen sehr erschüttert ... Ich glaube zwar nicht, dass Fake News notwendigerweise zu Trumps Wahlsieg geführt haben, aber sie haben ihn sicher nicht verhindert. Deshalb habe ich beschlossen, etwas zu tun und habe begonnen, ein Spiel über Fake News zu entwickeln.“

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat das Spiel ins Deutsche übersetzt und Materialien für den Einsatz im Schulunterricht dazu bereitgestellt [31].

„Get Bad News“ wurde von der etwas undurchsichtigen niederländischen Medienorganisation DROG entwickelt. Ihr Chef Ruurd Oosterwoud, der auch NATO-Generäle trainiert, verfasste seine Masterarbeit über Desinformation in Russland [32]. Dies bescherte ihm zunächst einen Posten im niederländischen Außenministerium [33]. Dort musste er dann aber fassungslos zusehen, wie eine Mehrheit seiner Landsleute gegen das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine stimmte. Oosterwoud führte dies auf russische Propaganda zurück – und ersann „Get Bad News“. „Wenn wir Fake-News wie Spam erkennen, hat Russia Today verloren“ erklärte er seine Zielsetzung.

Die vom Bundesbildungsministerium geförderte Organisation Wissenschaft im Dialog stellt eine entschärfte Version für unter 15-Jährige bereit, und das britische Außenministerium finanziert Übersetzungen in 12 Sprachen.

Ein aufgeblasenes Bedrohungsszenario

Die in den Spielen simulierte „Böswilligkeit“ existiert durchaus in der realen Welt. Wir alle kennen die von Gewinninteressen getriebenen Aufreger auf YouTube, Facebook oder Twitter. Auch trifft es zu, dass die Empörung über Regierungen oder Konzerne oftmals zum Selbstzweck gerät. Und ja, der Kreml fördert



Das Gebäude der Internet Research Agency, auch „Russische Trollfabrik“ genannt, ist in der Savushkina-Straße in St. Petersburg, Russland, zu sehen. Das Gebäude ist ab sofort zu vermieten, 17.4.2018)

(Foto: Charles Maynes, Wikimedia Commons, CC-PD-Mark)

Sichtweisen, die ihm günstig erscheinen. Das konnte man gut an den Agitationen des russischen Nachrichtensenders Russia Today während der Corona-Krise beobachten.

Während die russische Regierung im eigenen Land strenge Corona-Maßnahmen durchsetzte, animierte sie zugleich Maßnahmen-Kritiker im Westen zum Widerstand. Erstens widerlegt das aber nicht die Argumente der Maßnahmen-Kritiker. Zweitens handelt es sich bei russischer „Desinformation“ sachlich gesehen eben um Verlautbarungen pro-russischer Medien, unterstützt durch eine Troll-Armee aus St. Petersburg.

Das Institut für Sicherheitsstudien an der Johns-Hopkins-Universität untersuchte deren Methoden bereits 2020. Das Ergebnis fasste der leitende Politikwissenschaftler Thomas Rid wie folgt zusammen: „Das Verhalten, das wir aus dieser Firma in St. Petersburg sehen, ist in hohem Maße unprofessionell und schludrig, sowohl in der Verschleierung als auch in der Durchführung selbst. Nicht nur Medien, auch Experten, Behörden und Politiker haben den Einfluss der Internet Research Agency nach meinem Dafürhalten übertrieben und systematisch überschätzt – gerade weil diese Operationen so leicht zu erkennen waren.“

Damit gibt der Sicherheitsexperte der Irin Clare Daly [34] recht, die für die Linke im Europaparlament sitzt und sich, lei-

Quellen:

- [1] norberthaering.de Blog, Johannes Mosmann „Vom Ende der Meinungsfreiheit in Europa“, am 10.8.2022: <<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/mosmann-meinungsfreiheit/>>
- [2] Institut Für Soziale Dreigliederung, Johannes Mosmann „Corona-Virus: Mit künstlicher Intelligenz gegen den freien Geist“, am 28.10.2020: <<https://www.dreigliederung.de/essays/2020-10-johannes-mosmann-corona-virus-mit-kuenstlicher-intelligenz-gegen-den-freien-geist-google-ki-fakes-news-eu-kommission>>
- [3] politik-digital e.V., Sam van Wijk „EU und NATO im gemeinsamen Kampf gegen hybride Bedrohungen“, am 18.4.2017: <<https://www.politik-digital.de/news/eu-und-nato-im-kampf-gegen-hybride-bedrohungen-151999/>>
- [4] politik-digital e.V., Sam van Wijk „EU und NATO im gemeinsamen Kampf gegen hybride Bedrohungen“, am 18.4.2017: <<https://www.politik-digital.de/news/eu-und-nato-im-kampf-gegen-hybride-bedrohungen-151999/>>
- [5] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: NATO's eastward expansion is a serious security threat to Russia“, am 14.10.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/natos-eastward-expansion-is-a-serious-security-threat-to-russia>>
- [6] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „The West is provoking Russia“, am 9.9.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/the-west-is-provoking-russia>>
- [7] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: NATO is aggressive“, am 7.10.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/nato-is-aggressive>>
- [8] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Russian special operation is preventive self-defence to eliminate a military threat“, am 17.7.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/russian-special-operation-is-preventive-self-defence-to-eliminate-a-military-threat>>
- [9] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: NATO is using Ukraine to fight Russia“, am 10.10.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/nato-is-using-ukraine-to-fight-russia>>
- [10] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Western sanctions cause food crisis and price growth“, am 18.7.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/western-sanctions-cause-food-crisis-and-price-growth>>
- [11] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Western sanctions are the cause of inflation“, am 22.8.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/western-sanctions-are-the-cause-of-inflation>>
- [12] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: EU sanctions are hurting Europe more than Russia“, am 15.9.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/eu-sanctions-are-hurting-europe-more-than-russia>>
- [13] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: US benefits from Nord Stream sabotage“, am 29.9.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/us-benefits-from-nord-stream-sabotage>>
- [14] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Azov nationalists prepared to take up firing positions in residential buildings“, am 8.6.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/report/azov-nationalists-prepared-to-take-up-firing-positions-in-residential-buildings>>
- [15] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: The US and Europe support Jihadist forces in Syria“, am 17.1.2019: <<https://euvsdisinfo.eu/report/the-shattered-west>>
- [16] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: EU way to deal with COVID-19 pandemic turns into fiasco“, am 3.3.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/report/eu-way-to-deal-with-covid-19-pandemic-turns-into-fiasco>>
- [17] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Covid-19 vaccines are experimental“, am 28.8.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/report/covid-19-vaccines-are-experimental>>

der erfolglos, gegen o.g. Entwurf zur Entschließung stellte:

„ Die Untersuchung wurde genutzt, um Drohungen russischer und chinesischer Einmischung aufzublasen, materielle Ursachen für die Krise der politischen Legitimität in Europa zu ignorieren, abweichende Meinungen von der offiziellen EU-Außenpolitik zu stigmatisieren und Sicherheitsgründe für Einschränkungen der Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte zu schaffen. Dem daraus resultierenden Bericht mangelt es so sehr an Ausgewogenheit und Objektivität, dass er selbst Desinformation darstellt. Die Prävalenz von „Fachwissen“, das von atlantischen und NATO-Denkfabriken gesammelt wurde und sich für Interessen einsetzt, die von Konflikten profitieren, muss selbst als eine Form der ausländischen Einflussnahme betrachtet werden. Die politische Ausrichtung, zu der sich dieser Bericht verpflichtet, führt zu einem ernsthaften und dauerhaften Schaden für den demokratischen Charakter der europäischen Gesellschaften. Die Nachwelt wird dieses Dokument bedauern.“

Russland verfügt weder über die Kompetenzen, noch über die technischen Möglichkeiten, einen „Informationskrieg“, wie ihn die NATO ausmalt, tatsächlich zu führen. Der Westen dagegen schon. Die psychologische Erforschung und Manipulation nationaler Impulse, die systematische Förderung von Oppositionellen in aller Herren Länder, die Ausbildung und Finanzierung von Terrororganisationen, die Kooperation mit den „Big Five“ der Digitalindustrie, die vollständige Kontrolle über die digitale Infrastruktur der Meinungsbildung, die Manipulation der Such-Algorithmen und „Demonetarisierung“ unliebsamer Verlage sowie jetzt auch noch die „Inokulation“ der kommenden Generation im Namen der „Freiheit“ – von solchen „Waffen“ kann Russland nur träumen.

Eine Firewall fürs Gehirn

Nicht jede Verschwörungstheorie ist abwegig, nicht jede Regierungs- oder Kon-

zernkritik Selbstzweck und nicht jede öffentliche Erregung ökonomisch getrieben. Und wichtiger noch: Die Jagd nach aufregenden Schlagzeilen, die Emotionalisierung und Polarisierung des Diskurses, der ökonomische Druck, die politische Beeinflussbarkeit und der Hang zu Verschwörungstheorien sind keine Alleinstellungsmerkmale regimekritischer oder russlandfreundlicher Medien.

Genau dieses Vorurteil wird den Schülern aber durch derartige Lernspiele antrainiert. Insbesondere dann, wenn „Get Bad News“ Kritik an der Gentechnik oder an der WHO ins Spiel bringt, müssten aufmerksame Pädagogen eigentlich den Braten riechen. Der Lerneffekt besteht letztendlich darin, dass die Heranwachsenden gesellschaftliche Strömungen personifizieren und hinter Meinungen, die der EU-Kommission zuwider laufen, eine Verschwörung „böswilliger Akteure“ vermuten sollen.

Die Entwicklung von „Get Bad News“ wurde durch Sander van der Linden vom „Social Decision Making Lab“ in Cambridge wissenschaftlich betreut. Der renommierte Forscher gilt als bedeutendster Vertreter der Inokulations-Theorie. In der Begleitstudie zu einem in Kooperation mit Youtube durchgeführten Prebunking-Testlauf erklärt Van der Linden den Wirkmechanismus so [35]:

„ Die Inokulations-Theorie folgt einer Analogie zur medizinischen Immunisierung und geht davon aus, dass es möglich ist, eine psychologische Resistenz gegen unerwünschte Überzeugungsversuche aufzubauen, ähnlich wie medizinische Impfungen eine physiologische Resistenz gegen Krankheitserreger aufbauen. Psychologische Impfbehandlungen enthalten zwei Kernkomponenten: 1. eine Vorwarnung, die ein Gefühl der Bedrohung durch einen bevorstehenden Angriff auf die eigene Einstellung hervorruft, und 2. eine abgeschwächte (Mikro-)Dosis von Fehlinformationen, die eine präventive Widerlegung oder Vorverurteilung der erwarteten irreführenden Argumente oder Überzeugungstechniken enthält.“

Es wird also nicht nur eine „Impfreaktion“ auf „böswillige“ Verhaltensmuster,

sondern insbesondere auch auf bestimmte Inhalte im Schülergehirn veranlagt.

Dass der „Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union“ dem EU-Parlament die Anwendung von „Prebunking“ empfahl, ist kein Zufall. Sander van der Linden ist nämlich, neben Jon Roozenbeek, Co-Autor einer entsprechenden NATO-Studie [36], die er am 15. November 2021 dem Sonderausschuss vorgestellt hatte [37].

Nachdem das EU-Parlament den entsprechenden Entwurf des Sonderausschusses im März annahm und die „Expertengruppe“ für Medienpädagogik damit beauftragte, sich auf die Inokulation von Schülern zu „konzentrieren“, legte diese nun ein erstes Ergebnis ihrer Arbeit vor: die „Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch allgemeine und berufliche Bildung“ [38].

In ihrem Abschlussbericht erklären die „Experten“ für Medienpädagogik lapidar: „Roozenbeek & van der Linden (2021) hatten in einem kürzlich erschienenen Forschungspapier wichtige Ansätze zur Bekämpfung von Desinformation aufgezeigt, darunter Prebunking und Debun-

king.“ Sie präzisieren dann in den Fußnoten:

„Die Autoren verweisen auch auf das Konzept des oft zitierten Ansatzes der Impfung. Dieser ‚Vorbeugen ist besser als Heilen‘-Ansatz, der eng mit Prebunking verbunden ist, basiert auf der so genannten ‚Impftheorie‘ und bezieht sich auf das Potenzial, eine Art psychologischen ‚Impfstoff‘ oder ‚Antikörper‘ gegen falsche Informationen zu entwickeln, der den Einzelnen auf künftige Desinformationen vorbereitet. Beispiele hierfür sind Spiele, Videos und Infografiken.“

Dementsprechend empfiehlt die Expertengruppe den Einsatz von „GoViral“ im Klassenzimmer, einem weiteren, von Van der Linden am „Social Decision Making Lab“ in Cambridge mitentwickelten Computerspiel zur Erzeugung geistiger „Immunität“.

Ladehemmungen beseitigen

Die Wurzeln der Inokulations-Theorie liegen im Korea-Krieg. Edward Hunter [39], Journalist und CIA-Agent, lancierte Zeitungsberichte über die Umerziehung des koreanischen Volkes durch China [40]. Ob er in diesem Zusammenhang auch

den Ausdruck „Gehirnwäsche“ erfand, wie er zeitlebens geltend machte, ist umstritten, da das Wort zeitgleich auch in Akten des MKULTRA-Projekts auftauchte [41]. Hunters Korea-Berichte erwiesen sich zwar als Fälschungen, verfehlten jedoch nicht ihre Wirkung.

Im März 1958 sagte Hunter vor dem „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ im Repräsentantenhaus aus [42]. Er behauptete, nicht das Schlachtfeld, sondern die öffentliche Meinung sei der wahre Kriegsschauplatz. Russland habe den USA den „totalen Krieg“ erklärt und plane die vollständige Eroberung der USA durch Infiltration der Gehirne von US-Amerikanern. Dem Kreml sei es bereits gelungen, die US-amerikanische Führungsriege zu „erweichen“ und zum Irrglauben an die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zu verführen:



„In Korea verfügten wir über Atomwaffen, verloren aber den Krieg und waren aufgrund des von den Kommunisten geschaffenen politischen und psychologischen Klimas nicht in der Lage, diese Waffen einzusetzen.“



Screenshot des Online-Spiels "Get Bad News"

Quellen:

- [18] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Vaccines are not effective against new strains“, am 13.7.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/report/vaccines-are-not-effective-against-new-strains>>
- [19] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: The Covid-19 pandemic gave Bill Gates, big tech, and big pharma stronger population control“, am 22.3.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/report/the-covid-19-pandemic-gave-bill-gates-big-tech-and-big-pharma-stronger-population-control>>
- [20] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: The Covid-19 pandemic gave Bill Gates, big tech, and big pharma stronger population control“, am 22.3.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/report/the-covid-19-pandemic-gave-bill-gates-big-tech-and-big-pharma-stronger-population-control>>
- [21] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Disinfo: Western governments impose censorship and silence dissidents“, am 30.7.2020: <<https://euvsdisinfo.eu/report/the-fight-against-fake-news-is-a-pretext-used-by-governments-to-eliminate-freedom-of-information-impose-censorship-and-silence-dissident-thinkers>>
- [22] Nachdenkseiten Magazin, Tobias Riegel „Kampagne gegen die Bürger und ihre Proteste: Wer Kritik übt, „brüllt Verachtung für die Demokratie heraus“, am 19.7.2022: <<https://www.nachdenkseiten.de/?p=86016>>
- [23] Tagesspiegel, Albrecht Meier „Mit dem Ziel, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben“: Verfassungsschutz erwartet mehr russische Propaganda“, am 17.8.2022: <<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panoramal-verfassungsschutz-erwartet-mehr-russische-propaganda-8588269.html>>
- [24] Süddeutsche, dpa-infocom „Umfrage: Mehrheit will Verhandlungen über Kriegsende“, am 30.8.2022: <<https://www.sueddeutsche.de/politik/bundesregierung-umfrage-mehrheit-will-verhandlungen-ueber-kriegsende-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220830-99-569528>>
- [25] Berliner Zeitung, nbu „Mehrheit der Deutschen dafür, dass Ukraine Gebiete abtritt“, am 6.7.2022: <<https://www.berliner-zeitung.de/news/forsa-umfrage-ukraine-soll-gebiete-an-russland-abtreten-so-die-mehrheit-der-deutschen-li.244080>>
- [26] norberthaering.de Blog, Johannes Mosmann „Vom Ende der Meinungsfreiheit in Europa“, am 10.8.2022: <<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/mosmann-meinungsfreiheit/>>
- [27] Europäisches Parlament, Bericht - A9-0022/2022 „BERICHT zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation“, am 8.2.2022: <https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0022_DE.html>
- [28] Europäisches Parlament, 2020/2268(INI) „Foreign interference in all democratic processes in the European Union, including disinformation“, am 24.9.2020: <[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2020/2268\(INI\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2020/2268(INI))>
- [29] euvsdisinfo.eu Kampagne „Still Curious? - The following content is of an informative character and does not represent an official EU position. Unless otherwise stated it is not a product of the European Union.“: <https://euvsdisinfo.eu/still_curious/?view=grid&category%5B%5D=games>
- [30] Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Amanda Warner „Interview mit der „Fake It To Make It“-Entwicklerin Amanda Warner“, Datum unbekannt: <https://demokratie.niedersachsen.de/startseite/themen/digitalisierung/fake_news/interview-mit-der-fake-it-to-make-it-entwicklerin-amanda-warner-163042.html>
- [31] fakeittomakeit.de Kampagne Homepage: <<https://fakeittomakeit.de/about>>

Die US-Regierung müsse die Zurückhaltung beim Atombomben-Einsatz als ein medizinisches Problem verstehen und entsprechende Methoden entwickeln, um die Gehirne künftig widerstandsfähiger gegen psychologische „Attacken“ der „Roten“ zu machen.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gehirnwäsche-Versuche der US-Regierung mit Projekten wie „Artischocke“, „Bluebird“ oder MKULTRA [43], bei denen die CIA mit ehemaligen KZ-Ärzten zusammenarbeitete, längst bizarre Formen angenommen. Dank Hunters Berichten konnte nun aber laut und vor allem auch im akademischen Kontext über „Mind Control“ nachgedacht werden.

Um das grundsätzliche Problem zu veranschaulichen, beschrieb der CIA-Agent mehrere Fälle, in denen gefangengenommene US-Soldaten nach ihrer Befreiung Verständnis für den Feind zeigten und gegenüber den USA kritisch eingestellt waren. Einige wollten sogar in Korea bleiben.

William J. McGuire von der sozialpsychologischen Fakultät in Yale, auf den sich Roozenbeek & van der Linden in ihrer NATO-Studie beziehen, untersuchte diese Fälle [44] und versuchte, das Problem zu lösen. Er stützte sich dabei auf die Arbeit von Carl Hovland, der am selben Institut zuvor bereits den „sleeping effect“ entdeckt hatte. Demnach neigen Menschen dazu, eine Nachricht für wahr zu halten, wenn diese nach neun Wochen im Bewusstsein reaktiviert wird – unabhängig davon, ob sie tatsächlich wahr ist. Die Erinnerung an die Glaubwürdigkeit der Quelle geht mit der Zeit verloren, die Botschaft selbst lebt jedoch im Unterbewusstsein fort und kann deshalb durch bloße Wiederholung zur festen Überzeugung werden.

William J. McGuire entwickelte die Methode der „Persuasion“ zunächst weiter und bewies sodann, dass auch der umgekehrte Weg möglich ist: mittels entsprechender psychologischer Techniken kann die innere Einstellung konserviert und dauerhaft vor „Angriffen“ von Andersdenkenden „geschützt“ werden.

Dazu ist es nötig, der Konfrontation mit einem möglicherweise überzeugenden Argument des Gegners durch „Impfung“ mit einem schwächeren Argument

vorzugreifen. Der zu schützende Organismus lernt dabei, in einen Verteidigungsmodus zu gehen, bevor er das für ihn gefährlichere Argument durchdenken kann. Das Argument des Gegners aktiviert dann beim Erstkontakt sofort die bereits veranlagte ablehnende Haltung.

Um das zu erreichen, muss im „geschützten Rahmen“ mit „abgeschwächten“ Falschinformationen geübt werden. Das kann die Schule sein, aber auch ein entsprechend moderierter öffentlicher Debattenraum.

Idealerweise kennt man die zu erwartende Argumentation des Gegners, und bringt sie, bevor er sie äußern kann, in „abgeschwächter“ Form selbst an die Öffentlichkeit. Wenn der Gegner sich dann verständlich machen will, bleibt das fruchtlos, weil seine Erklärung das zuvor präparierte psychologische Immunsystem der Bevölkerung aktiviert.

Roozenbeek & van der Linden erläutern die weitere Geschichte der Theorie so:

„Obwohl sich das ursprüngliche Paradigma als in hohem Maße replizierbar erwiesen hat, wurde es lange Zeit nicht in dem Kontext getestet, der McGuire zu seiner Idee inspirierte: Gehirnwäsche und Propaganda. Dies begann sich 2017 zu ändern, als Forscher begannen, die Impfstofftheorie im modernen Kontext der Online-Fehlinformation anzuwenden. Van der Linden et al. zum Beispiel untersuchten, ob es möglich ist, Menschen gegen Fehlinformationen über den Klimawandel zu impfen.“ [45].

Dann kam Corona, jetzt der Ukraine-Krieg – und damit die große Stunde der „psychologischen Impfung“.

Die neue Medienpädagogik in der Praxis

Die EU-Leitlinien für Lehrkräfte kommen sympathisch daher, gespickt mit hübschen Grafiken und verständnisvoll anmutenden Erläuterungen von Unterrichtssituationen [46]. Eingangs werden die zentralen Begriffe dieser „Medienpädagogik“ erklärt, darunter auch das „Prebunking“. Dieses sei die „Widerlegung eines überzeugenden Arguments, bevor das Argument verbreitet

wurde.“ Gleichwohl betonen die Verfasser, dass Initiativen, die auf der Inokulations-Theorie beruhen, zwar „vielversprechend“ seien, aber noch kein Allheilmittel darstellten.

Dementsprechend umfasst das Papier ein breites Spektrum pädagogischer „Tools“, von denen viele auf den ersten Blick durchaus sinnvoll erscheinen. Beispielsweise werden die Pädagogen dazu aufgerufen, sensibel mit der Tatsache umzugehen, dass Schüler möglicherweise bereits mit Desinformationen infiziert sind. Diese solle man nicht vor den Kopf stoßen, sondern ihnen das Gefühl geben, dass sie ihre Meinung frei äußern können. Die abschließende Empfehlung, wie die erreichte „Medienkompetenz“ dann geprüft werden sollte, lässt gleichwohl keine Zweifel an den Absichten dieser „Pädagogik.“ Als Beispiel für eine Prüfungsaufgabe wird genannt:



(Screenshot: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/72421f53-4458-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>)

„Wahr oder gefälscht? Unterstreichen Sie nach den folgenden Schlagzeilen „wahr“ oder „gefälscht“. a. Die Regierung manipuliert die öffentliche Wahrnehmung der Gentechnik, um die Akzeptanz solcher Techniken zu erhöhen. (wahr oder gefälscht) b. Die Einstellung gegenüber der EU ist sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas weitgehend positiv. (wahr oder gefälscht) c. Bestimmte Impfstoffe sind mit gefährlichen Chemikalien und Toxinen belastet. (wahr oder gefälscht) Bitte

begründen Sie Ihre Antworten zu Frage 1 – Warum halten Sie die Schlagzeilen für wahr oder falsch? Wie können Sie herausfinden, ob die Schlagzeilen richtig oder irreführend sind?

Hinweis: Die Schlagzeilen a und c sind gefälschte Schlagzeilen und b ist eine echte Schlagzeile. Die Beispiele a und c sind Beispiele für Verschwörungstheorien. 1c ist emotional manipulativ. Fragen Sie eine sachverständige Person oder führen Sie für die Informationen einen Fakten-Check in anderen glaubwürdigen Quellen durch, um herauszufinden, was richtig ist.“

Diese Prüfungsfrage ist in mehrfacher Hinsicht irreführend und erlaubt zudem keine einzige richtige Antwort.

Zunächst einmal fordert der Begriff der „Kompetenz“ zwingend einen Maßstab, an dem er gemessen werden kann. In diesem Fall ist das die „Wahrheit“ oder „Unwahrheit“ einer Aussage. Dieser Maßstab wird jedoch stillschweigend vorausgesetzt und in keiner Weise reflektiert. Welche Instanz fällt hier das Urteil darüber, dass a und c unwahr, b dagegen wahr ist? Offenbar weder die zu prüfenden Schüler, noch deren Lehrer.

Wahrheit ohne Kontext?

Alle drei Aussagen in der oben zitierten Prüfungsfrage sind logisch richtig und daher prinzipiell möglich. Ob sie darüber hinaus auch „wahr“ oder „unwahr“ sind, kann ohne Bezug auf das konkrete Geschehen schlechterdings nicht entschieden werden.

Zum Beispiel die Aussage a: „Die Regierung manipuliert die öffentliche Wahrnehmung der Gentechnik, um die Akzeptanz solcher Techniken zu erhöhen.“ Gemäß Leitlinie sollen die Schüler diese als Fälschung und zudem als Beispiel für Verschwörungstheorien erkennen. Doch was ist konkret mit „Gentechnik“ gemeint? Falls Rote Gentechnik gemeint ist, könnte die Aussage anhand eines Berichts über die Kampagne der Bundesregierung für mRNA-Impfstoffe in einen konkreten Kontext gestellt werden. War diese Kampagne manipulativ, und wenn ja, inwiefern?

Sollte dagegen Grüne Gentechnik gemeint sein, könnte die Aussage zum Beispiel anhand eines Berichts der Frankfurter Rundschau vom 03.07.2012 auf folgende Weise konkretisiert werden [47]:

„Als sich vor fünf Jahren die französische Regierung gegen gentechnisch veränderte Pflanzen aussprach, war in Unterlagen der US-Botschaft in Paris sogar von ‚Vergeltung‘ dafür die Rede. Seit mehr als zehn Jahren versucht das US-Außenministerium nachweisbar, gentechnisch verändertem Saatgut zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen. Denn in den USA hat die Grüne Gentechnik ihren Siegeszug abgeschlossen, neues Wachstum muss jetzt aus dem Ausland kommen. US-Botschaften weltweit sind zum organisatorischen Rückgrat dieser Mission geworden. Sie stehen in Kontakt mit Wissenschaftlern, katholischen Geistlichen, Saatgutriesen, Entwicklungshilfeorganisationen, Politikern. Nach der Lektüre der Depeschen kann man getrost behaupten, dass die US-Regierung die wichtigste Lobby-Organisation der Gentechnik ist.“

Der Bericht stützt sich auf Depeschen des US-Außenministeriums, die Wikileaks zugespielt wurden.

In diesem Kontext ist die Aussage a, anders als die EU-Leitlinie für Lehrkräfte behauptet, sehr wahrscheinlich wahr. Jedenfalls kann der Schüler am konkreten Beispiel die Wahrheit der Aussage und auch die Glaubwürdigkeit der Quellen kritisch prüfen. Die Instanz, die über beides entscheidet, ist dann der Schüler selbst. Das wäre wiederum Erziehung zu wirklicher Medienkompetenz.

Nebenbei würden die Schüler auch dafür sensibilisiert, dass diese Fakten nur dank Wikileaks überprüfbar sind. Ohne Julian Assange, der dafür mit seiner Freiheit bezahlt, könnten die Schüler in der Tat nur schwer die Falschbehauptung ihrer Lehrer widerlegen, bei Aussage a handle es sich um eine Verschwörungstheorie.

In einem anderen Kontext mag dieselbe Aussage gleichwohl falsch sein. Aber um den Kontext, von dem Wahrheit und Unwahrheit einer jeden Aussage abhängen, geht es in der Übung offenbar nicht. Vielmehr sind die Schüler dazu angehal-

Quellen:

- [32] Universität Leiden, Ruurd Oosterwoud „Disinformation in 21st Century Russia“, in 2015: <<https://studenttheses.universiteitleiden.nl/handle/1887/35739>>
- [33] Politico Magazin, Laurens Cerulus „Dutchman’s shock treatment against fake news“, am 17.10.2018: <<https://www.politico.eu/article/ruurd-oosterwoud-bad-news-drog-meet-the-dutchman-who-wants-to-make-us-immune-to-fake-news/>>
- [34] Europäisches Parlament „ANGABEN ZUR ANNAHME IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS“, am 25.1.2022: <https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0022_DE.html#_section3>
- [35] Science Advances Fachzeitschrift, Jon Roozenbeek u. A. „Psychological inoculation improves resilience against misinformation on social media“, am 24.8.2022: <<https://www.science.org/doi/10.1126/sciadv.abo6254>>
- [36] NATO StratCom, Jon Roozenbeek und Sander van der Linden „Inoculation Theory and Misinformation“, am 29.10.2021: <<https://stratcomcoe.org/publications/inoculation-theory-and-misinformation/217>>
- [37] Europäisches Parlament, Ausschüsse „Disinformation and conspiracy theories: vaccination, climate change, migration, etc.“, am 15.11.2021: <<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/disinformation-and-conspiracy-theories-v/product-details/20211111CHE09681>>
- [38] Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union „Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch allgemeine und berufliche Bildung“, in 2022: <<https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/a224c235-4843-11ed-92ed-01aa75ed71a1>>
- [39] Wikipedia, diverse Autoren „Edward Hunter (journalist)“, zuletzt bearbeitet am 15.3.2023: <[https://en.wikipedia.org/wiki/Edward_Hunter_\(journalist\)#cite_note-7](https://en.wikipedia.org/wiki/Edward_Hunter_(journalist)#cite_note-7)>
- [40] Tagesspiegel, Hartmut Wewetzer „Psychologie: Gelenkte Gehirne“, am 13.2.2012: <<https://www.tagesspiegel.de/wissen/gelenkte-gehirne-2056951.html>>
- [41] documents.theblackvault.com „MKULTRA2“, Datum unbekannt: <http://documents.theblackvault.com/documents/mkultra/MKULTRA2/DOC_0000190882/0000190882_0003.TIF>
- [42] archive.org, COMMITTEE ON UN-AMERICAN ACTIVITIES, Beratung mit Edward Hunter „COMMUNIST PSYCHOLOGICAL WARFARE (BRAINWASHING)“, am 13.3.1958: <<https://ia600207.us.archive.org/35/items/communistpsychol1958unit/communistpsychol1958unit.pdf>>
- [43] Wikipedia, Pittgrilli(alt) u.A. „MKULTRA“, zuletzt bearbeitet am 11.5.2023: <<https://de.wikipedia.org/wiki/MKULTRA>>
- [44] Wikipedia, Schulzbot u.A. „Yale-Ansatz zur Einstellungsänderung“, zuletzt bearbeitet am 1.9.2021: <https://de.wikipedia.org/wiki/Yale-Ansatz_zur_Einstellungsänderung>
- [45] Inoculation Theory and Misinformation, S. 8, NATO Strategic Communications Centre 2021
- [46] Europäische Union, Publikationsbüro „Final report of the Commission expert group on tackling disinformation and promoting digital literacy through education and training“, an 2022: <<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/72421f53-4458-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>>
- [47] Frankfurter Rundschau, Daniel Baumann „Mission Gentechnik“, am 03.07.2012 (aktualisiert am 19.01.2019): <<https://www.fr.de/wirtschaft/mission-gentechnik-11341376.html>>



BioNTech-Informationsschild, Mainz, 13.11.2020. (Foto: Marco Ferch, Flickr, CC BY 2.0)

ten, die abstrakte Vorstellung, die Regierung manipuliere die öffentliche Meinung, pauschal für falsch zu halten, ohne einen möglichen Faktenbezug herstellen oder gar prüfen zu können. Andernfalls kassieren sie schlechte Noten und riskieren ihren „Bildungserfolg“. Dieses Vorgehen stellt seinerseits eine Manipulation durch die Regierung dar, noch dazu eine ausgesprochen perfide.

Dasselbe gilt für die zweite Aussage: „Die Einstellung gegenüber der EU ist sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas weitgehend positiv“. Diese sollen die Schüler gemäß EU-Leitlinie pauschal für richtig halten. Doch wessen Einstellung zu welchem Aspekt der Europäischen Union ist gemeint, wer wurde wann und wo und mit welcher Methode befragt? Schon der Versuch, auf dieser abstrakten Ebene über „Wahrheit“ oder „Unwahrheit“ entscheiden zu wollen, ist Ausdruck von Inkompetenz oder manipulativer Absicht.

Die dritte Aussage sollen die Schüler dann wieder als Verschwörungstheorie abtun: „Bestimmte Impfstoffe sind mit gefährlichen Chemikalien und Toxinen belastet“. Das Fraunhofer-Institut berichtete jedoch am 03. Januar 2019, dass es erstmals gelungen sei, Impfstoffe ohne

Rückstände giftiger Chemikalien herzustellen [48]. Diese und viele andere Forschungsbemühungen gäbe es nicht, wenn c tatsächlich unwahr wäre.

Wie gefährlich derartige Giftstoffe sind, ist natürlich eine andere, sehr komplizierte Frage. Doch selbst wenn es überhaupt keine Begleitstoffe gäbe, könnte eine Kennzeichnung der Aussage c als „unwahr“ niemals richtig sein, und zwar aus folgendem Grund: Diese Aussage steht nicht für sich selbst, sondern fungiert wiederum als Symbol für ein ganzes Spektrum möglicher kritischer Aussagen über Impfstoffe. Wie die EU-Kommission, so wissen doch auch Lehrer und Schüler, dass hier Bezug auf die Corona-Pandemie und die Impfskepsis vieler Menschen genommen wird, und ordnen c entsprechend ein.

Die Impfskepsis beruht aber insbesondere auf Argumenten wie denen, dass mit den Corona-Impfungen die mRNA-Technologie erstmals auf dem Menschen angewandt, ehemals bindende Mindestanforderungen für die Zulassung über den Haufen geworfen, Kritiker mundtot gemacht wurden, man sich zur Impfung gedrängt fühlte oder das persönliche Risiko in keinem Verhältnis zum zu erwartenden Schutz stand.

Nur ein kleiner Teil der Impfskeptiker fürchtete sich tatsächlich vor giftigen Beimischungen. Mit der Aussage über giftige Zutaten in Impfstoffen wird den Schülern das schwächste und vielleicht auch unsympathischste Argument gegen Corona-Impfungen vorgelegt. Dieses können sie leichter lächerlich finden – und werden damit zugleich präpariert, stärkere Argumente ungeprüft abzulehnen. Hier kommt also wiederum die Inokulations-Theorie zum Tragen.

Das aktuell beste Wissen

Neben GoViral wird derzeit eine Fülle weiterer „Tools“ zur Erzeugung einer „Resilienz“ gegen Unwahrheiten für den Einsatz in Schulen erprobt und über die Kanäle der EU beworben [49]. Einen guten Überblick bietet auch hier die Webseite der East StratCom Task Force. Sie erklärt ihre Mammut-Aufgabe so [50]:

„Das Aufräumen des Informationschaos ist eine enorme Herausforderung, doch wir sind optimistisch, denn das Bild wird jedes Jahr ein bisschen klarer. Genauso wie wir die Ausbreitung von COVID-19 eindämmen müssen, ist es wichtig, dass wir nicht abwarten und Tee trinken, bis sich die endgültige Wahrheit herauskristallisiert. Wir müssen jetzt handeln und uns auf das aktuell beste Wissen berufen.“

Zwar wirken viele der empfohlenen Methoden und Programme zur Erzeugung einer „Resilienz“ gegen alles, was nicht dem „aktuell besten Wissen“ der EU-Kommission entspricht, noch recht unausgereift. Sie entwickeln sich jedoch mit rasanter Geschwindigkeit und kommen bereits in den Schulen an.

Am 29. September 2022 veröffentlichten die Nachdenkseiten ein internes Papier der Bundesregierung [51], die dessen Echtheit inzwischen bestätigte. Es belegt, dass die Bundesregierung im Hinblick auf die Meinungsbildung zum Ukraine-Krieg Einfluss auf die Curricula der Schulen nehmen und zudem Schülerprojekte wie die „Kinderreporter“ für eine Stärkung der „Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz gegenüber Desinformation 6-14-Jähriger“ nutzen will.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Schulbehörden von allen Schulen – auch von den „freien“ – Medienkonzepte für die „Resilienz“ der Schülergehirne fordern werden. Die Pädagogische Forschungsstelle des Bundes freier Waldorfschulen forscht bereits unter dem Projekttitel „Zukunftsprojekt zur Stärkung der Medienmündigkeit mit der Buzzard App“ zum Einsatz einer Anti-Verschwörungstheorien-Software [52]. Erste Waldorfschulen nutzen die App im Unterricht.

Der Ansatz klingt zunächst durchaus vielversprechend: Die Macher von Buzzard beabsichtigten eigentlich, Mainstream-Medien und unabhängige Journalisten wie z.B. das Team der Nachdenkseiten gleichwertig zu behandeln und so die freie Urteilskraft der Schüler herauszufordern.

Nach heftigen Medienprotesten gegen diese Gleichbehandlung benannte das Unternehmen jedoch ein Kuratorium von „Experten“, darunter den ehemaligen Chefredakteur der Bild am Sonntag, die nun zu „Quellenauswahl und Kriterien“ beraten [53]. Über die Redaktion der Nachdenkseiten schreibt Buzzard nun, diese verstoße „immer wieder“ gegen „journalistische Standards“ [54].

Gerade das Schicksal solcher gutgemeinten Versuche zeigt, welchen Kräften das Bildungswesen heute ausgesetzt ist. Statt sich jedoch als Resonanzkörper für die Schwingungen der Gesellschaft anzubieten, hat Schule den Heranwachsenden zu ermöglichen, sich diesen erkennend gegenüberzustellen – und die Schüler deshalb insbesondere auch vor einer Politisierung der Pädagogik zu schützen. Das, und nichts anderes, ist die Aufgabe von Schule in medialer, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht.

Wird die kommende Generation dagegen mit dem „aktuell besten Wissen“ der Regierung präpariert, dann wird das Wissen morgen nicht besser als heute sein. Dann wird das Morgen von ewig Gestrigen definiert, und die Vergangenheit in die Zukunft hinein konserviert. Über welche Gestaltungsmöglichkeiten unsere Kinder als Erwachsene verfügen werden, hängt deshalb entscheidend davon ab, wie viel Resilienz ihre Lehrer gegenüber der aktuellen politischen Einflussnahme entwickeln können.

Quellen:

- [48] Fraunhofer Institut, Forschung Kompakt „Niederenergetische Elektronenstrahlen - Impfstoffe chemikalienfrei produzieren“, am 3.1.2019: <<https://www.fraunhofer.de/de/presse/presseinformationen/2019/januar/impfstoffe-chemikalienfrei-produzieren.html>>
- [49] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „LEARN - The tools to understand and respond to disinformation“, am 21.10.2022: <<https://euvsdisinfo.eu/learn/>>
- [50] euvsdisinfo.eu Kampagne, Red. „Highlights der Desinformationsforschung 2021“, am 28.12.2021: <<https://euvsdisinfo.eu/p-card/?id=135520>>
- [51] Nachdenkseiten, Florian Warweg „Dokumentent-Leak: Wie die Bundesregierung an einer „Narrativ-Gleichschaltung“ zum Ukraine-Krieg arbeitet - Teil 1“, am 29.9.2022: <<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88618>>
- [52] PãFo Pãdagogosche Forschungsstelle „Buzzard App - Zukunftsprojekt zur Stärkung der Medienmündigkeit mit der Buzzard App“, am 1.8.2022: <<https://www.forschung-waldorf.de/forschungsprojekte/eigene-forschungsprojekte/alle-forschungsprojekte/detail/buzzard-app/>>
- [53] taz, Alexander Graf „App für Perspektiven-Vielfalt: Sie wollen gelernt haben“, am 20.5.2020: <<https://taz.de/App-fuer-Perspektiven-Vielfalt/!5687257/>>
- [54] Buzzard Nachrichten-App „Methodik à Mindeststandards“, ©2022: <<https://www.buzzard.org/methodik>>



Dieser Text wurde zuerst am 25.04.2023 auf www.tkp.at unter der URL <https://tkp.at/2023/04/25/eu-putsch-durch-digitalen-euro-steht-bevor/> veröffentlicht. Lizenz: Assoc. Prof. Dr. Stephan Sander-Faes, tkp, CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild. (Bild: Bild von Gerd Altmann auf Pixabay, gemeinfrei)

EU/EZB-Putsch durch digitalen Euro steht bevor

Die Europäische Zentralbank steht kurz vor der Einführung eines „digitalen Euro“, wie Fabio Panetta vom EZB-Lenkungsausschuss bekannt gab. Die „Highlights“ seiner Ausführungen und einige weiterführende Ergebnisse finden Sie hier zusammengeführt.

Lange schon bereiten „die da oben“ die Digitalisierung des Bargelds vor. Das mit Abstand größte Problem damit ist in erster Linie, dass eine digitale Währung gleichsam „auf Knopfdruck“ kontrollierbar ist – was auch den entscheidenden Unterschied zu „herkömmlichem“ Bargeld ausmacht.

Bargeld und Datenschutz

Bargeld bedeutet einen gewissen Schutz der Privatsphäre vor der 100%igen Überwachung jeglicher Transaktionen, die Sie tätigen.

Umgekehrt bedeutet eine digitale Währung, dass weder Ihre noch die Privatsphäre des jeweils anderen in jeder Transaktion gesichert ist. Im Gegenteil: die (Zentral-) Banken und Behörden haben innert kürzester Zeit umfassenden Zugriff

auf alle mit Ihren Transaktionen verbundenen Daten.

Digitale Währungen und Soziales Kreditssystem

Schlimmer noch aus der Perspektive des souveränen Individuums ist jedoch, dass diese digitalen Währungseinheiten „programmierbar“ sind. Dies bedeutet, dass Sie Ihre „digitalen Euros“ nicht – wie dies mit Bargeld der Fall ist – nach Ihrem Gutdünken ausgeben können.

Im schlimmsten Fall können Sie „Ihre“ digitalen Euros dann nur für „erlaubte“ Dinge ausgeben, nicht aber für z.B. Flugreisen, wenn Sie Ihr jährliches CO₂-Emissionskontingent ausgeschöpft haben. Auch Konto-Sperren als Folge von politischem Dissens sind möglich – und wie die Fernfahrerproteste in Kanada vor ei-

Autor: Assoc. Prof. Dr. Stephan Sander-Faes

Assoc. Prof. Dr. Stephan Sander-Faes ist Historiker, Professor für Geschichte an der Universität Bergen in Norwegen und arbeitet zur Geschichte (Ost-)Europas in der (Frühen) Neuzeit.



nem Jahr gezeigt haben, auch eine realistische Gefahr.

Kurz ausgedrückt: Digitale Währungen bedeuten das Ende der Freiheit.

BIZ-Chef Carstens: „Es geht um totale Kontrolle“



<https://www.youtube.com/watch?v=rpNnTuK5JJU> [1]

Dessen eingedenk wenden wir uns nun also der EZB-Mitteilung zu.

EZB-Panetta zum digitalen Euro: „allgemein verfügbar und nutzerfreundlich“

Die Quelle der folgenden Ausführungen finden Sie hier [2]. Ich habe den Text leicht gekürzt und mit einigen Hervorhebungen versehen.

„Wir stehen **kurz vor Beginn der finalen Phase der Untersuchungsphase dieses Projekts**. Unlängst hat der EZB-Rat eine dritte Reihe von Gestaltungsoptionen für den digitalen Euro gebilligt. Diese Optionen haben wir bereits bei früheren Anhörungen besprochen. Heute veröffentlichen wir in diesem Kontext einen weiteren Statusbericht. In ihm wird dargelegt, wie die Menschen nach Ansicht des Eurosystems auf den digitalen Euro zugreifen, ihn halten und verwenden könnten. Ferner wird in ihm erörtert, wie Intermediäre den digitalen Euro in Umlauf bringen könnten und welche Merkmale er haben bzw. welche Dienstleistungen er ermöglichen könnte...

In einer modernen Wirtschaft ist es ein Grundbedürfnis der Menschen, digital bezahlen zu können.

Mit Bargeld bieten die Zentralbanken bereits ein risikofreies, allgemein zugängliches und nutzerfreundliches Zahlungsmittel an, das niemanden

ausschließt. Aufgrund der rasanten Digitalisierung unserer Volkswirtschaften müssen wir das Bargeld jedoch durch dessen Weiterentwicklung im digitalen Bereich ergänzen: einen digitalen Euro.“

Neben einigen unbelegten Aussagen – „ein Grundbedürfnis der Menschen, digital bezahlen zu können“ – weist die EZB also darauf hin, dass mit Bargeld „bereits ein risikofreies, allgemein zugängliches und nutzerfreundliches Zahlungsmittel“ besteht. Die Einführung eines digitalen Euros basiert also auf einem Zirkelschluss.

„Es ist also nicht erstaunlich, dass die Menschen in Europa der Meinung sind, dass das wichtigste Merkmal eines digitalen Euro ist, dass man überall damit bezahlen kann. Anders gesagt: sie wünschen sich, dass auch die digitale Version unserer Währung eine der Haupteigenschaften der Euro-Banknoten besitzt...“

Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union haben die Gesetzgeber den Euro-Banknoten den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels verliehen. Deshalb können die Menschen sie in allen Ländern des Euroraums verwenden. Sie sind die konkrete Form unserer gemeinsamen Währung.

Die Gesetzgeber könnten auch dem digitalen Euro den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels verleihen. Im Falle der Einführung wäre der digitale Euro ein öffentliches Gut, und die Menschen würden davon ausgehen, dass sie überall im Euroraum auf ihn zugreifen und ihn problemlos verwenden können. Daher wäre es für alle Nutzer vorteilhafter und bequemer, wenn Händler, die digitale Zahlungen akzeptieren, auch den digitalen Euro als gesetzliches Zahlungsmittel annehmen müssten.

Wird der Handel zur Annahme digitaler Euro verpflichtet, so könnte dies in der Praxis auch als Chance begriffen werden. Dadurch würden die Zahlungen in Europa widerstandsfähiger und es gäbe mehr Wettbewerb. Infolgedessen würden wiederum Zahlungen günstiger, wovon ganz klar jeder im Euroraum profitieren würde.“

Ich erspare Ihnen und mir selbst das umfassende Lesen und Kommentieren dieser „Verwaltungsprosa“, möchte aber

in erster Linie auf die ungeheuerliche Diskrepanz zwischen dem real existierenden Bargeld („Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels“) und der vielfachen in Aussicht gestellten Zwangsmaßnahmen hinweisen: der Handel – und alle anderen auch sollen „zur Annahme digitaler Euro verpflichtet“ werden“, was „in der Praxis auch als Chance begriffen werden [könnte]“.

„Privatpersonen und der Handel werden die **Erwartungshaltung haben, dass sie digitale Euro bei ihrer Bank erhalten, so wie heute ihr Euro-Bargeld.** Die Verwendung des digitalen Euro sollte den Leuten leicht gemacht werden, ein Bankwechsel sollte hierfür nicht nötig sein.“

Im Rahmen unseres regelmäßigen Austauschs haben Verbraucherverbände und Händler unterstrichen, dass der allgemeine Zugang für Verbraucherinnen und Verbraucher am besten erreicht wird, wenn Banken und andere Zahlungsdienstleister im Euroraum aufgefordert werden, ihrer Kundschaft den digitalen Euro anzubieten...

Die Menschen sollten überall im Euroraum mit dem digitalen Euro bezahlen und bezahlt werden können... Auch wenn der digitale Euro von beaufsichtigten Intermediären in Umlauf gebracht wird, sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass es er eine Zentralbankverbindlichkeit ist. Als Emittent des digitalen Euro wäre das Eurosystem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Euroraums für die Erfüllung ihrer Anforderungen an Zahlungen rechenschaftspflichtig.“

Die vier Säulen des digitalen Euros

„Der erste Grundsatz bezieht sich darauf, dass der digitale Euro als öffentliches Gut der Gesellschaft dienen sollte. Wir sind der Ansicht, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher den digitalen Euro kostenfrei für alltägliche Basisdienstleistungen nutzen können sollten.“

Zweitens sollten Intermediäre für die von ihnen erbrachten Dienstleistungen entschädigt werden, so wie es bei anderen digitalen Zahlungen der Fall ist.

Drittens sollte durch rechtliche Maßnahmen verhindert werden, dass Inter-

mediäre von Händlern überhöhte Gebühren verlangen, falls diese zur Annahme des digitalen Euro als gesetzliches Zahlungsmittel verpflichtet werden. Wir sind zwar der Auffassung, dass der digitale Euro wettbewerbsfähigere Gebühren ermöglichen würde, dieser Grundsatz würde jedoch sicherstellen, dass die Gebühren für Händler nicht höher sind als die heute für vergleichbare Zahlungsmittel erhobenen Gebühren.

Schließlich würde das Eurosystem seine eigenen Kosten tragen, etwa für Abwicklungstätigkeiten und die Verwaltung der einheitlichen Standards für die Veranlassung und den Erhalt von Zahlungen in digitalen Euro. Dies würde zum Ausdruck bringen, dass der digitale Euro ein öffentliches Gut ist, und derselben Logik folgen, die derzeit für Bargeld gilt. Die Einsparungen, die sich daraus ergeben, würden den Endnutzern zugutekommen.“

„Der Weg vor uns“ – gemäß der EZB

„Die Entscheidung, ob der digitale Euro ein inklusives, wahrhaft europäisches Zahlungsmittel sein wird – das im gesamten Euroraum allgemein nutzbar und zugänglich sowie für Basisdienstleistungen kostenfrei ist und ein Höchstmaß an Privatsphäre bietet – werden letztlich Sie als europäische Gesetzgeber treffen. Der Erfolg eines digitalen Euro liegt also in Ihrer Hand.“

Wie ersichtlich, ist die Einführung eines digitalen Euro beschlossen; es geht nur noch um die Umsetzung bzw. wie „freundlich“ diese nächste Datenkrake wird. Hinweise über Datenschutz, Privatsphäre oder dergleichen sucht man vergeblich. Die Verantwortung der EZB wird angeführt, wobei den nationalen Parlamenten der Eurozone offenbar die Rolle eines „Blitzableiters“ zugemessen wird.

„Die EZB ist weiterhin bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens alle aufkommenden Fragen mit Ihnen zu erörtern. Während der nächsten Phase des Projekts, die voraussichtlich im weiteren Verlauf dieses Jahres eingeleitet wird, werden wir die erforderlichen Anpassungen an der Gestaltung des digitalen Euro vornehmen, die

sich im Zuge der legislativen Beratungen unter Umständen als notwendig erweisen. In dieser Phase werden wir mögliche technische Lösungen und geschäftliche Regelungen ausarbeiten und testen, die für die Bereitstellung eines digitalen Euro erforderlich sind.“

Wie großzügig: die EZB als Teil des regulatorischen Apparates ist „weiterhin bereit“, mit dem Gesetzgeber – der ja in repräsentativ-demokratischen Systemen stellvertretend für den Souverän gilt – „alle aufkommenden Fragen... zu erörtern“. Dies ist wenig mehr als die Umkehrung der Souveränität, die durch die EU hervorgebracht wird: nicht mehr „das Volk“ ist souverän, sondern die Exekutiv- und Aufsichtsorgane.

„Diese beiden Prozesse – Gesetzgebung und Gestaltung – sollten parallel fortgeführt werden, damit wir umgehend mit der Ausgabe eines digitalen Euro beginnen können, falls und wann dies für erforderlich erachtet wird. Der EZB-Rat wird erst nach Verabschiedung des entsprechenden Rechtsakts über die Ausgabe eines digitalen Euro entscheiden.“

Nun soll also parallel – d.h. ohne entsprechendem Auftrag durch „den Gesetzgeber“ – alles vorbereitet werden, um im Fallesfall einsatzbereit zu sein. Dies ist, erneut sei darauf verwiesen, nicht, wie der Gesetzgebungsprozess verlaufen sollte: zunächst das Schaffen gesetzlicher Grundlagen, danach deren Umsetzung. Zu behaupten, die EZB würde sich hier im Sinne demokratisch-rechtsstaatlicher Ordnungen und Normen verhalten ist, gelinde gesprochen, Augenauswischerei.

„Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass der digitale Euro ein wahrhaft öffentliches Gut wird. Alle europäischen Organe müssen jedoch ihren Beitrag zu unserem gemeinsamen Ziel leisten – dass der digitale Euro ein Erfolg wird. Aus diesem Grund sehen wir dem Legislativvorschlag der Europäischen Kommission erwartungsvoll entgegen. Dieser Vorschlag wird für den digitalen Euro einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeuten und Europa an die Spitze der Arbeiten an digitalen Zentralbankwährungen unter den G7 stellen.“

„Der Gesetzgeber“ sind die jeweiligen Parlamente der Mitgliedstaaten, nicht die EU-Kommission.

Der EU/EZB-Putsch

Was gleichsam „durch die Hintertüre“, aber in aller Offenheit gesagt wird ist: das Ende der Reste von nationalstaatlicher Souveränität und individuellen Freiheiten.

„Die da oben“ in Brüssel und Frankfurt am Main (dem Sitz der EZB) geben unumwunden zu, dass hier an einem europaweiten Putsch gegen die europäischen Völker, deren Verfassungen und Rechtsordnungen gearbeitet wird.

Der Lack ist ab, die Maske ist gefallen.

Was aber kann man tun?

Zahlen Sie so oft wie möglich mit Bargeld.

Verweigern Sie so oft wie möglich „digitale Lösungen“.

Parken Sie Ihr „Smartphone“ im „Flugmodus“ so oft wie möglich und benutzen Sie es so wenig wie möglich.

Bereiten Sie sich so gut wie möglich auf die bevorstehenden „Schocktherapie“ der Einführung des digitalen Euro vor.

Quellen:

[1] YouTube: "Bank for International Settlements head Agustin Carstens about CBDC and control", Stand: 28.05.2023 <<https://www.youtube.com/watch?v=rpNnTuK5JJU>>

[2] Europäische Zentralbank, Rede "Ein digitaler Euro: allgemein verfügbar und nutzerfreundlich" von Fabio Panetta am 24. April 2023 <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2023/html/ecb.sp230424_1-f44c7ac164.de.html>

Dieser Text wurde zuerst am 20.02..2023 auf www.globalbridge.ch unter der URL <https://globalbridge.ch/atomkriegsrisiko-und-kuenstliche-intelligenz-informatiker-warnen/> veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, Global Bridge, CC BY-NC-ND 4.0

Symbolbild Apokalypse
(Bild: Fabien Huck, Pixabay, CCo)



Informatiker warnen: **Atomkriegsrisiko und Künstliche Intelligenz**

Unter dem Titel „Künstliche Intelligenz und nukleare Bedrohungen“ ist ein Reader erschienen, dessen Warnung auf dem Hintergrund des Ukraine-Krieges eine beklemmende Brisanz erfährt: Der wachsende Einsatz von KI erhöht die Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen.

Autor: Dr. Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.



In der Nacht vom 25. auf den 26. September (1983, Anm. d. Redaktion), mitten im kältesten Kalten Krieg, schrillte um 0:15 Uhr Ortszeit im sowjetischen Raketenabwehrzentrum Serpuchow bei Moskau die Sirene. Das Frühwarnsystem meldete den Start einer amerikanischen Interkontinentalrakete. Dem diensthabenden Offizier Petrow blieben nur wenige Minuten zur Einschätzung der Lage. Im Sinne der geltenden Abschreckungslogik – „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter!“ – hatte die Sowjetführung weniger als eine halbe Stunde Zeit, den alles vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Petrow analysierte die Situation und meldete nach zwei Minuten der Militärführung Fehlalarm in-

folge eines Computerfehlers. Während er noch telefonierte, zeigte das System einen zweiten Raketenstart an, kurz darauf folgten ein dritter, vierter, fünfter Alarm. Stanislaw Petrow behielt trotz allem die Nerven und blieb bei seiner Entscheidung. Nach weiteren 18 Minuten extremster Anspannung passierte – nichts! Der diensthabende Offizier hatte recht behalten. Es hatte sich in der Tat um einen Fehlalarm gehandelt; wie sich ein halbes Jahr später herausstellte, infolge einer äußerst seltenen Konstellation von Sonne und Satellitensystem, noch dazu über einer US-Militärbasis. Das sowjetische Abwehrsystem hatte diese Konfiguration als Raketenstart fehlinterpretiert.

Was geschehen wäre, wenn Petrow zu einer anderen Einschätzung gelangt und dem als äußerst argwöhnisch geltenden Parteichef Andropow den Anflug mehrerer amerikanischer Interkontinentalraketen gemeldet hätte – und dies im Vorfeld der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und drei Wochen nach dem Abschuss einer südkoreanischen Passagiermaschine über der russischen Insel Sachalin –, das kann sich jeder ausrechnen, der bereit ist, die notwendige Phantasie und den Mut aufzubringen, Eins und Eins zusammenzuzählen. Nie hat die Welt vermutlich so unmittelbar vor einem alles vernichtenden atomaren Weltkrieg gestanden.

Die Rückkehr der Atomkriegsgefahr

Blickt man von heute, fast vierzig Jahre später, auf diesen äußerst kritischen ‚Critical Incident‘, so kommt einem die Ausgangssituation – die ‚Feder‘ sträubt sich, dies niederzuschreiben – fast idyllisch vor! Gab es doch, erstens, weltweit nur zwei relevante Akteure, die mit der Drohung der nuklearen Totalvernichtung einander in Schach hielten; belief sich, zweitens, der Zeitraum für Entscheidungen immerhin noch auf schätzungsweise um die zehn Minuten und drittens hatten wir es, das ist der springende Punkt, noch mit Menschen zu tun, die – wenn auch auf Basis möglicherweise fehlerhafter Computermeldungen – definitiv die Entscheidung über Krieg und Frieden, genauer: über Sein oder Nicht-Sein unseres gesamten Planeten, zu treffen hatten.

Heute, im Jahre 2023, sind all diese Parameter weitestgehend obsolet.

Die erheblich unübersichtlichere multipolare Welt der Gegenwart ist charakterisiert durch mehr als zwei relevante ‚nukleare Player‘, die sich zudem immer weniger an Regeln halten; durch völlig neuartige, schwer zu ortende und zugleich äußerst präzise Waffensysteme wie Hyperschallwaffen – die keine ballistischen Flugbahnen mehr beschreiben – und eine dramatische Verkürzung der Vorwarnzei-



Stanislaw Jewgrafowitsch Petrow bei der Verleihung des Dresden-Preis in der Semperoper; Februar 2013 (Foto: Z thomas, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0)

ten, sodass sich als gespenstische Option am Horizont die Delegation der Entscheidung über ein globales „To be or not to be“ an sogenannte Künstliche Intelligenz abzeichnet. Mit allen Risiken und Nebenwirkungen, die eine solche dystopische Perspektive, namentlich zu Krisen- oder gar Kriegszeiten, impliziert.

Künstliche Intelligenz und Atomkrieg aus Versehen

Unter dem Titel „Künstliche Intelligenz und nukleare Bedrohungen. Risiken eines Atomkriegs aus Versehen“ [1] ist kürzlich ein schmaler, aber inhaltsschwerer Reader erschienen, in dem namhafte Informatiker zusammen mit dem Brigadegeneral a. D. Reiner Schwalb vor genau dieser Entwicklung warnen. Er wurde bereits vor dem (manifesten) Beginn des Ukraine-Krieges konzipiert, hat aber durch diesen eine äußerst beunruhigende Brisanz erhalten. Die Autoren – ausgewiesene Fachleute, die bereits im Mai letzten Jahres über die „Gesellschaft für Informatik“ in einem Offenen Brief an die Bundesregierung [2] auf die reale Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen aufmerksam machten bzw. in der Initiative „Atomkrieg aus Versehen“ [3] organisiert sind – kommen ohne Vorgeplänkel umgehend zur Sache:

Das Risiko eines versehentlichen Atomkrieges könne durch neue technische Entwicklungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erheblich steigen, insbesondere im Falle internationaler Krisen.

Denn die Sicherung der sogenannten „Zweitschlagskapazität“ innerhalb der nach wie vor geltenden Abschreckungslogik, die gemäß der „Mutual Assured Destruction“-Doktrin (abgekürzt: MAD) auch dann noch garantiert sein muss, wenn ein vernichtender Erstschlag der Gegenseite gestartet oder bereits ausgeführt sein sollte, erzwingt möglichst rasches Handeln, wobei angesichts fortschreitender Technik die Anzahl der zu verarbeitenden Daten ständig steigt und zugleich der Zeitraum für Entscheidungen immer rasanter schrumpft. Diese Entwicklung erhöhe den ‚Sachzwang‘, Teilaufgaben für automatisierte Entscheidungen oder zur Vorbereitung menschlicher Entscheidungen an sogenannte Künstliche Intelligenz (KI) zu delegieren. Die sensorengestützte Datengrundlage sei allerdings ihrerseits hoch fehleranfällig, weil die erhobenen Daten unsicher, vage oder unvollständig sein könnten. Entsprechend unsicher, fehleranfällig oder, wie beim Fehlalarm vom September 1983, gar falsch seien auch die von der KI gezogenen Schlussfolgerungen.

Diese Grundsituation, schon zu sogenannten ‚Friedenszeiten‘ brisant genug, könne in Krisen- oder Kriegszeiten alarmierende Ausmaße annehmen, wenn zum Beispiel zeitnah weitere negative Ereignisse – wie z. B. Cyberangriffe – eintreten und/oder die allgemeine Erwartungshaltung mit immer radikaleren Aktionen des Gegners rechne.

Ein – durchaus nicht unmöglicher – Atomkrieg aus Versehen wäre allerdings in seinen Ausmaßen mit dem Einsatz der Atom-bombe in Hiroshima überhaupt nicht mehr zu vergleichen, da die dann eingesetzten nuklearen Sprengkörper ungleich größer und deren Folgen in ihrer Summe gar nicht mehr abzuschätzen wären. Ein ‚nuklearer Winter‘ könne selbst bei einem ‚begrenzten‘ Atomkrieg gravierende bis unabsehbare Folgen u. a. für die globale Nahrungsmittelproduktion haben.

Das lapidare Fazit der Autoren: „Es kann und darf nicht hingenommen werden, dass von der Entscheidung eines einzelnen, unter enormem Zeitdruck stehen-

den Menschen oder gar einer Maschine das Überleben der gesamten Menschheit abhängt. Dieses Problem kann durch den Einsatz von KI-Technologien nicht behoben werden.“

Die Büchse der Pandora

Die Lektüre dieses Readers fällt bisweilen schwer. Und zwar nicht etwa, weil die Autoren unverständlich schreiben würden – sie schreiben, im Gegenteil, kein Fachchinesisch! (Es kommt ihnen erkennbar darauf an, dass ihre brisanten Analysen sich möglichst schnell und weit verbreiten). Sondern weil sie auf unerhörte und atemberaubende Innovationen der Waffentechnologie aufmerksam machen – Minidrohnen mit automatischer Bild- und Gesichtserkennung, hybride Verschmelzungen von Mensch und Maschine, Kampfro-boter, Hyperschallraketen, Bewaffnung des Weltraums, Techniken der elektronischen Kampfführung, den Ausbau von Cyberkriegskapazitäten und die zunehmende Anwendung von Systeme-

men der Künstlichen Intelligenz bis hin zu autonomen Waffensystemen –, die der Bevölkerungsmehrheit immer noch weitestgehend unbekannt sind.

Gerade deshalb ist dieser Band so wichtig. Er gehört in die Hand all jener Politiker, die – wie man so blumig und immer weniger zutreffend zu sagen pflegt – Verantwortung tragen. Noch mehr aber in die Hände der sogenannten ‚einfachen Bürger‘, die sich hoffentlich nun endlich wieder, wie vor vierzig Jahren, zu einer kraftvollen Friedensbewegung zusammenschließen und dafür kompetentes „Gedankenfutter“ benötigen.

Denn nichts ist jetzt dringlicher, als das Öffnen der ominösen Büchse der Pandora im letzten Moment doch noch zu verhindern, damit nicht Fakten geschaffen werden, die im Worst Case irreversibel sind!

Nukleare Abrüstung und Rekonstruktion des Vertrauens

Der einzige, radikale Ausweg aus dieser infernalischen Sackgasse – die Autoren



Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:	
Straße, Nr.:	
PLZ, Ort, Land:	
E-Mail-Adresse:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:	
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-ID-Nr.: DE84ZZZ00001969982
	Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,- Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:
 VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.
 c/o Marika Matthaei
 Karl-Lade-Straße 36a
 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Quellen:

- [1] Verlag Barbara Budrich, Karl Hans Bläsius, Reiner Schwalb, Michael Staack „Künstliche Intelligenz und nukleare Bedrohungen Risiken eines Atomkriegs aus Versehen“, Erscheinungsdatum: 11.07.2022: <<https://shop.budrich.de/produkt/kuenstliche-intelligenz-und-nukleare-bedrohungen/>>
- [2] Gesellschaft für Informatik, Christine Regitz, Prof. Dr. Hannes Federrath, Prof. Dr. Jörg Siekmann, Prof. Dr. Karl Hans Blaesius „Offener Brief: Fehler in Frühwarnsystemen können zu Atomkrieg aus Versehen führen“, am 25.5.2022: <https://gi.de/fileadmin/GI/Allgemein/PDF/OffenerBrief_AtomkriegVermeiden_2022-05-25.pdf>
- [3] atomkrieg-aus-versehen.de Website: <<https://atomkrieg-aus-versehen.de/>>
- [4] Wikipedia, diverse Autoren „Atomwaffenverbotsvertrag“, zuletzt bearbeitet am 10.3.2023: <<https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenverbotsvertrag>>

deuten es an, ohne es explizit auszuführen – liegt für jeden denkenden Menschen auf der Hand: Die Gefahr ist durch – und sei es noch so ausgeklügelte – Technik definitiv nicht zu bannen, zumal es längst die Technik selbst ist, die in immer rasanterem Tempo zum Problem, nein: zur Gefahr, wird!

Die tiefste Wurzel der gesamten Malaise liegt nicht in einer niemals fehlerfreien Technik oder Künstlichen Intelligenz, sondern in dem abgrundtiefen Misstrauen, das alle rivalisierenden Akteure gegeneinander hegen! Die Gefahr der Totalvernichtung kann daher einerseits nur durch die totale physische Vernichtung aller Atomsprenköpfe (und aller anderen Massenvernichtungsmittel) sowie durch ein ultimatives Verbot ihrer Entwicklung und Produktion, kurz: durch die Ächtung aller Massenvernichtungsmittel und radikale Abrüstung, gebannt werden. So wie es der von 91 Staaten unterzeichnete und am 22. Januar 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotvertrag [4] vorsieht. Dies wiederum würde zugleich eine allseitige Politik

der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens unter dem Primat der allgemeinen menschlichen Werte – am prägnantesten zusammengefasst in der Formel „Gemeinsam überleben statt gemeinsam untergehen!“ – voraussetzen. (Wer dies reflexhaft als „naiv und unrealistisch“ oder gar „aus der Zeit gefallen“ abtut, der sollte sich auch illusionslos und in aller Deutlichkeit die Alternative vor Augen führen: Es ist nichts weniger als die menschengemachte Apokalypse, die Totalvernichtung unseres Planeten!)

Das nannte man einmal – lang, lang ist’s her – Neues Denken!


Dessen Hauptprotagonist: Ein gewisser Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

Karl Hans Bläsius/Reiner Schwalb/Michael Staack (Hrsg.): „Künstliche Intelligenz und nukleare Bedrohungen. Risiken eines Atomkriegs aus Versehen“. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto 2022. 7,90.- €



Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber		
<input type="text" value="Vorname, Nachname:"/>	Abweichende Lieferanschrift:	
<input type="text" value="Straße, Nr.:"/>	<input type="text" value="Vorname, Nachname:"/>	
<input type="text" value="PLZ, Ort:"/>	<input type="text" value="Straße, Nr.:"/>	
<input type="text" value="E-mail:"/>	<input type="text" value="PLZ, Ort:"/>	
<input type="text" value="IBAN"/>	<input type="text" value="Kontoführendes Institut:"/>	
<input type="text" value="BIC"/>	<input type="text" value="Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88"/>	
<input type="text" value="Datum, Unterschrift des Kontoinhabers"/>	Mandatsreferenz-Nr. (wird von Free21 ausgefüllt)	

Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.



Sie sind unser Vertrieb!

Seit 2015 existiert das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen, um die Reichweite zu erhöhen. Doch immer wieder kommen wir zu dem Schluss: Das geht einfach nicht! Warum?

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung“ weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler

und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn eine neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

Wir bleiben also dabei: Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.



free21abo.de



Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Wi-

derruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Inner-

halb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewährt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).

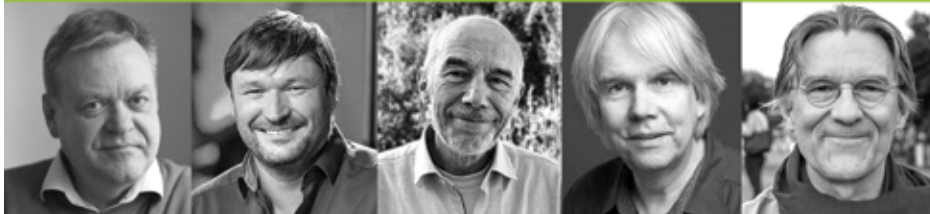


Das Friedensfestival des Jahres
PAX TERRA MUSICA
 vom 26. - 30. Juli 2023
 Freilichtbühne Friesack bei Berlin

Musik von unabhängigen Künstlern!

**KILEZ MORE | ANNA RF
 MORGAINÉ | GASTONE | ÄON
 LUISA LAAKMANN | ILHAAM PROJECT
 KONSTANTIN | GEORG BERMUDA | LASSE TJORBEN
 STREET OPS | WORLDMUKKA | KATJA VON BAUSKE
 UND VIELE MEHR!**

Spannende Vorträge von freien Denkern!



Dirk Pohlmann - Filmmacher & Free21 Chefredakteur
Robert Fleischer - Journalist & Herausgeber von exomagazin.tv
Mathias Bröckers - Freier Journalist & Bestsellerautor
Ekkehard Sieker - Freier Fernsehjournalist (ehem. „Die Anstalt“)
Ralph Boes - Autor & Menschenrechtsaktivist
 Erstmals Live - „Das 3. Jahrtausend“ Podcast als Liveformat!

+ Die Messe der Macher + Workshops + Kinderreich
 + friedensbewegte Menschen & so viel mehr!

Alle Infos & Tickets: pax-terra-musica.de

A magnifying glass icon with a globe inside, next to the text 'Free21 Researcher/in'.

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an research@free21.org

A laptop icon with a globe on the screen, next to the text 'Free21 Layouter/in'.

Wir freuen uns über Layouter/-innen mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 und gestalterischem Geschick. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam einiges bewegen!

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an layout@free21.org

A circular arrow icon with a globe in the center, next to the text 'Free21 Übersetzer/in'.

Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an translate@free21.org